



Nr. 445 | 22.01.2024

Russland-Analysen

Indoktrinierung

■ ANALYSE Indoktrination in Russland Eugenia Nazrullaeva (London School of Economics), Ksenia Northmore-Ball (Queen Mary Universität London), Katerina Tertychnaya (Universität Oxford), Anja Neundorf (Universität Glasgow)	2
■ ANALYSE Wie »gute russische Patrioten« geformt werden: Erziehung, Indoktrinierung und die Jugend in Russland Allyson Edwards (Bath Spa University, Bath)	8
■ DOKUMENTATION Der Staat treibt die Militarisierung des Hochschulwesens in Russland voran. Das Studium selbst tritt immer mehr in den Hintergrund Redaktion von »Groza« (Russland)	14
■ INTERVIEW Der ehemalige Prorektor Andrei Yakovlev im Interview über die postsowjetische Geschichte der Higher School of Economics Andrei Yakovlev (Davis Center, Harvard University; Hanse Wissenschaftskolleg, Delmenhorst)	21
■ DOKUMENTATION Patriotismus und Indoktrinierung in Zahlen	31
■ ANALYSE Das Leben russischer Wissenschaftler:innen als »Relokant:innen« in Deutschland Nikolay Petrov (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	36
■ DOKUMENTATION Russlands Brain Drain	43
■ DEKODER »Wir wollen jedes Kind erreichen«	45
■ CHRONIK 26. Dezember 2023 – 14. Januar 2024	49

Indoktrination in Russland

Eugenia Nazrullaeva (London School of Economics),
Ksenia Northmore-Ball (Queen Mary Universität London),
Katerina Tertychnaya (Universität Oxford),
Anja Neundorf (Universität Glasgow)

DOI: 10.31205/RA.445.01

Zusammenfassung

Gestützt auf Primärdaten aus der Datenbank »Varieties of Indoctrination« (V-Indoc), untersucht dieser Beitrag die Veränderungen, die es von 1945 bis 2021 bei der Politisierung der Schulbildung in Russland gegeben hat. Russland wird hier auch aus komparativer Perspektive betrachtet, wobei die Indoktrinierungsbestrebungen und -inhalte in Russland mit denen anderer nichtdemokratischer Regime verglichen werden. Aus den Daten geht hervor, dass Putin zwar behauptet, russische Schüler:innen würden erst seit den frühen 2000er Jahren gleich nach seinem Machtantritt patriotische Werte in der Schule vermittelt bekommen. Seine anfänglichen Versuche einer Bildungsreform waren jedoch nur begrenzt erfolgreich. Nach der Annexion der Krim 2014 wurde erneut Anstrengungen unternommen, die patriotische Erziehung auszubauen, und die Meinungsfreiheit in den Klassenzimmern wurde zunehmend beschnitten.

Einführung

In den Monaten nach Russlands großangelegter Invasion der Ukraine im Februar 2022 unternahm die russische Regierung weitreichende Reformen im Bildungsbereich. Der »Patriotismus«-Unterricht wurde ausgeweitet, es wurden neue Bildungsgesetze verabschiedet und neue Schulbücher eingeführt. Der Zeitpunkt für diese Reformen war kein Zufall. Aus der Forschung wissen wir, dass Krieg und Konflikte zentrale Triebkräfte für staatliche Erziehungsbemühungen (oder Veränderungen im Bildungswesen) sind (Paglayan, 2022; Aghion et al., 2018). Regierungen investieren in Bildung und Erziehung, um die Präferenzen und das Verhalten der Bevölkerung zu formen und gehorsame Bürger:innen hervorzubringen. Kriege und Konflikte erlauben es Regierungen aufgrund der Bedrohungswahrnehmung und des damit erzwungenen Konsenses, kostspielige und potenziell umstrittene Reformen im Bildungsbereich durchzusetzen.

Die jüngsten Veränderungen im russischen Bildungswesen haben erneut die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, welche Rolle Russlands Bildungssystem bei der Beförderung von Patriotismus und der Erzeugung von Rückhalt für die Regierung und den Krieg spielt. Wir gehen bei unserer Analyse der Frage nach, ob die russische Regierung in der Zeit vor der großangelegten Invasion der Ukraine ihre Anstrengungen intensiviert hat, die Inhalte sowie die Vermittlung von Schulbildung zu kontrollieren. Wir untersuchen die Anstrengungen des Regimes, die jungen Russ:innen in der Schule zu indoktrinieren, und vergleichen Russland hier mit anderen autoritären Regimen. Dazu nutzen wir Primärdaten aus aller Welt zur Indoktrinierung. Mit Hilfe des Teams von V-Dem und 760 neu rekrutierter Bildungsexperten aus aller Welt haben wir weltweit das Ausmaß der Politisierung der Grund- und Mittelschulbildung begrifflich definiert und gemessen (Neundorf et al., 2023a). Die Datenbank »Varieties of Indoctrination« (V-Indoc), die wir bei dieser Arbeit nutzten, ist öffentlich zugänglich und deckt 160 Länder über die Zeit von 1945 bis 2021 ab (Neundorf et al., 2023b).

Unsere Daten zeigen, dass Russlands Annexion der Krim 2014 mit erhöhten Anstrengungen einherging, die patriotische Erziehung auszuweiten. In jener Zeit stieg der Druck auf Lehrkräfte, wobei die Meinungsfreiheit in russischen Klassenzimmern zurückging. Der Prozess der Reaktivierung des Indoktrinierungspotenzials in Russland und der Übergang zu stärker autoritären Bildungsinhalten hat allmählich eingesetzt, und zwar mindestens seit den späten 1990er Jahren, wie aus den Daten von V-Indoc hervorgeht; Allyson Edwards zufolge erfolgte das womöglich noch früher (siehe Edwards, 2021; und ihren Beitrag in dieser Ausgabe).

Facetten der Indoktrinierung in Russland

Um den Grad und die Entwicklungen der Indoktrination im russischen Bildungssystem zu verstehen, müssen die verschiedenen Dimensionen der Indoktrination betrachtet werden. Wir definieren Indoktrination in einem weiteren Sinne als den »von einem Regime geführten Sozialisierungsprozess, der zum Ziel hat, die Kongruenz der Ansichten und Grundsätze des Regimes und der Bürger:innen zu erhöhen (siehe Neundorf et al., 2023a, S. 2). Dabei unterscheiden wir zwischen zwei zentralen Dimensionen des Indoktrinierungsprozesses, dem *Potenzial* und den *Inhalten* der Indoktrination.

Zunächst muss ein Regime über das *Potenzial* zur Indoktrinierung verfügen, also über die Fähigkeit, seinen Bürger:innen die gewünschte Ideologie einzuschärfen. Wir begreifen Ideologie als »die zentralen Prinzipien, Werte und Normen einer Gesellschaft, die vom Regime eingesetzt werden, um dessen Existenz und Vorgehen zu legitimieren« (Neundorf et al. 2023a, S. 11, 16). Regime müssen die Kontrolle über die Entwicklung der Lehrpläne und Lehrbücher haben, um Änderungen vornehmen und erfolgreich politische Inhalte transportieren zu können. Eine auf nationaler Ebene zentralisierte Verabschiedung bzw. Lizenzierung der Lehrpläne und Lehrbücher hilft dem Regime, das gewünschte Narrativ zu propagieren. Diese Kontrolle über den Lehrplan allein ist allerdings nicht ausreichend: Autor:innen müssen auch die Kontrolle über die Lehrkräfte und andere Bildungsfachkräfte erlangen, um sicherzustellen, dass diese auch die vom Regime verlangten Narrative vermitteln. Schließlich muss ein Regime für politische Bildung auch Ressourcen und Aufmerksamkeit aufwenden.

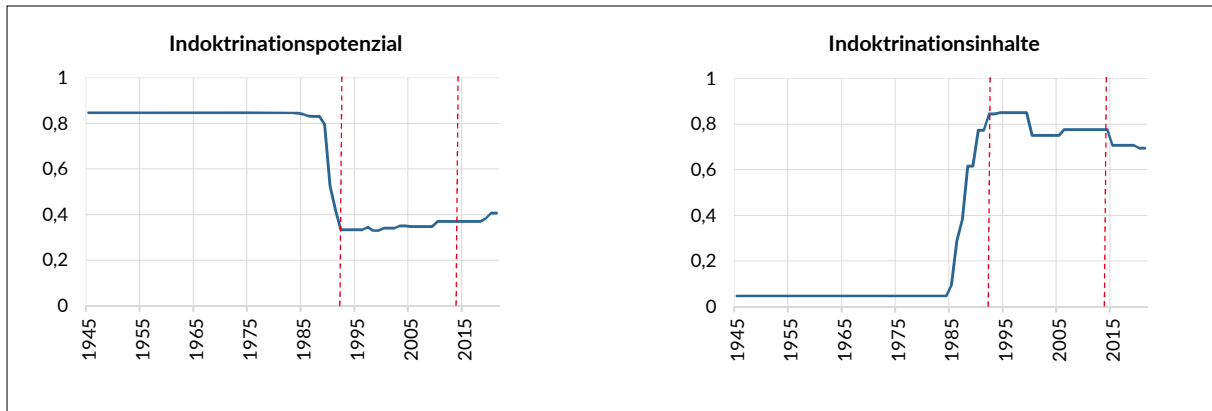
Alle Regime, seien sie nun demokratisch oder autoritär, haben das Potenzial, ihre Bürger:innen durch Bildung zu formen, doch unterscheiden sie sich durch die Art der vermittelten Inhalte. Bei der Frage der Indoktrinierung durch die Bildung liegt der Fokus oft auf den *Inhalten*, ob nämlich ein Lehrplan die vorherrschende Ideologie des Regimes vermittelt (siehe Woods and Barrow 2006); wichtig ist auch die Art der Ideologie, ob es sich beispielsweise um »Personenkult«, Sozialismus oder Kommunismus handelt. Das Vorhandensein einer Ideologie reicht allerdings nicht aus. Für eine erfolgreiche Indoktrinierung ist es notwendig, kritisches Denken im Klassenraum aktiv zu unterbinden und die Meinungsvielfalt zu verbieten. Das angestrebte Produkt dieses Prozesses sind engstirnige, dafür aber loyale Bürger:innen (siehe Taylor 2017).

Was können wir von V-Indoc über die Geschichte der Indoktrinierung in Russland erfahren? Grafik 1 zeigt die Entwicklung des Indoktrinierungspotenzials und der Inhalte in der UdSSR und in Russland. Insgesamt zeigt der Index für das Potenzial in den späten 1980er Jahren, im Vorfeld des Zusammenbruchs der UdSSR, einen leichten Rückgang und in späteren Jahren dann allgemein eine Stabilität mit einem ganz leichten Anstieg. Die Verabschiedung des Bildungsgesetzes 1992 hatte zu einem beträchtlichen Rückgang des Indoktrinierungspotenzials und einer »Demokratisierung« der Bildungsinhalte geführt (siehe Zajda 2017; UNESCO 2011). Das ergibt Sinn, da das Indoktrinierungspotenzial des Regimes entscheidend von trägen Aspekten des Bildungssystems abhängt. Hierzu gehört die zentralisierte Verabschiedung bzw. Lizenzierung von Lehrplänen und Lehrbüchern. Bei den Inhalten ist das anders, weil hierzu denen auch das zählt, was im Klassenraum vor sich geht. Wir müssen hier allerdings erwähnen, dass die Sammlung der Daten für V-Indoc – mit von Bildungsexpert:innen kodierte Indikatoren – an der Tür des Klassenraumes halt macht. Bei der Dimension der Inhalte können wir in Grafik 1 erkennen, dass sie nach den anfänglichen positiven Veränderungen in postsowjetischer Zeit dann allmählich weniger demokratisch werden; ein starker Wandel erfolgte schließlich nach der Annexion der Krim.

Der V-Indoc-Index der Indoktrinierungsinhalte erfasst »das Maß, in dem demokratische Werte im offiziellen Lehrplan betont werden« (siehe Neundorf et al. 2023a, S. 16; dort findet sich auch eine eingehendere Diskussion der V-Indoc-Konzepte und Indices). Ein stärker demokratischer Inhalt bedeutet, dass das Regime eher dazu neigt, über den Lehrplan demokratische Normen und unterschiedliche Sichtweisen zu befördern sowie im Klassenraum kritisches Denken zu unterstützen.

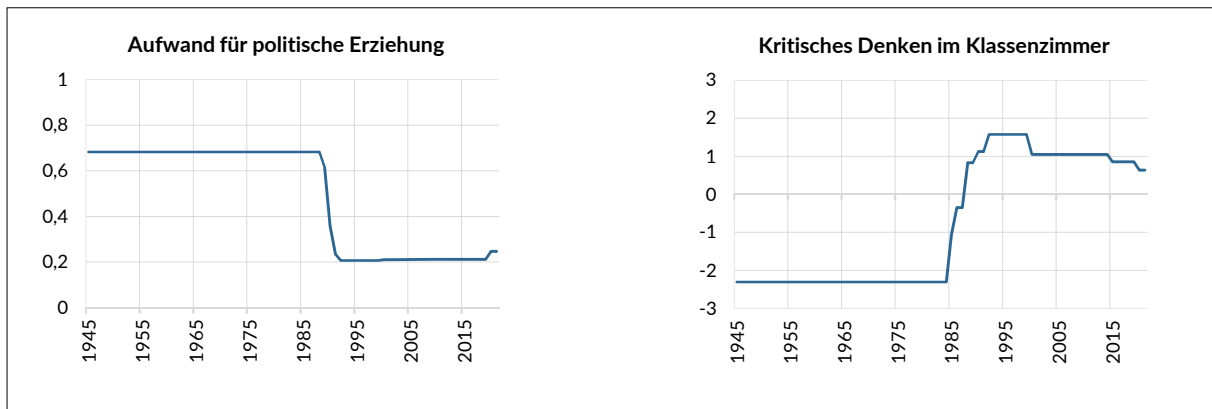
Die nächsten Schritte zu einer Reformierung des Bildungsbereichs in Russland erfolgten in den frühen 2000er Jahren, was besonders deutlich anhand der Bildungsinhalte zu sehen ist (s. Grafik 1), die autoritärer werden. Diese Veränderungen folgen der Nationalen Bildungsdoktrin der Russischen Föderation von 2000 (verabschiedet per Regierungserlass Nr. 751 am 4. Oktober 2000, <https://base.garant.ru/6194474/>) und der Konzeption zur Modernisierung der Bildung in Russland aus dem Jahr 2001 (siehe UNESCO 2011). Das Bildungsministerium wurde 2004 reformiert, und zwischen 2009 und 2012 wurden aktualisierte Bildungsstandards eingeführt (siehe Sitarov 2019), durch die eine allmähliche Rückkehr zu einer Zentralisierung der Bildungspolitik auf nationaler Ebene erkennbar wurde.

In Grafik 2 konzentrieren wir uns auf zwei wichtige Komponenten der aggregierten Indices zum Potenzial und den Inhalten: den Aufwand für politische Erziehung (Teil des Potenzials) und kritisches Denken (Teil der Inhalte). Der Index des Aufwands für politische Bildung misst, in welchem Grad das Regime Schullehrpläne einsetzt, um die gewünschte Ideologie zu befördern (siehe Neundorf et al. 2023a, S. 16). Interessanterweise verbleibt der Aufwand für politische Bildung auf einem niedrigen Niveau, allerdings nicht bei null. Es gibt in der Wissenschaft eine Diskussion, ob Putin tatsächlich eine Ideologie hat, und wie die aussähe (Weiteres zu dieser Diskussion siehe Maria Snegovaya, Michael Kimmage, Jade McGlynn: *The Ideology of Putinism: Is It Sustainable?*, <https://www.csis.org/analysis/ideology-putinism-it-sustainable> sowie die Diskussion zwischen Maria Snegovaya und Sergei Guriev; <https://www.csis.org/events/ideology-putinism-sergei-guriev>). Guriev und Treisman (2022) argumentieren, dass frühere Diktaturen sich auf Ideologien gestützt haben, während zeitgenössische Autokrat:innen keine klaren Doktrinen haben und sich hinter einer Fassade von »Demokratie« verstecken. Putins Ideologie ist zwar nicht so dominant oder kohärent wie

Grafik 1: Indoktrinationspotenzial und -inhalte in der russischen Bildung

Anmerkung: Die Indices reichen von 0 (geringster Wert) bis 1 (höchster Wert). In dieser Grafik werden die Indoktrinationsinhalte als Index »demokratischer Inhalte« dargestellt, wobei ein höherer Wert mehr demokratische Inhalte bedeutet und ein geringerer Wert mehr autoritäre Inhalte. Das Indoktrinationspotenzial ist nicht von sich aus autoritär oder demokratisch. Mehr Details zu den Indices sind im Codebuch von V-Indoc zu finden (siehe Neundorf et al. 2023b; Coppedge et al. 2022). Die vertikalen Linien markieren die größeren Bildungsreformen 1992 und die Annexion der Krim 2014.

Quelle: V-Indoc, Neundorf et al. (2023a,b).

Grafik 2: Aufwand für politische Erziehung vs. kritisches Denken in Russland

Anmerkung: Der Index des Aufwands für politische Erziehung reicht von 0 (geringerer Wert = weniger Aufwand, z. B. es wird keine Ideologie über den Lehrplan befördert) bis 1 (hoher Wert = viel Aufwand, d. h. es gibt eine dominante Ideologie im Lehrplan). Der Indikator für kritische Diskussion ist ein aus dem Messungsmodell konvertiertes Intervall-Maß, das grob von -3 (geringe Werte = keine kritische Diskussion) bis 3 (hohe Werte = viel kritische Diskussion) reicht. Mehr Details zu den Indikatoren sind im Codebuch von V-Indoc zu finden (Neundorf et al. 2023b; Coppedge et al. 2022). Die vertikalen Linien markieren die größeren Bildungsreformen 1992 und die Annexion der Krim 2014.

Quelle: V-Indoc, Neundorf et al. (2023a,b).

die des sowjetischen Regimes, doch zeigt der Indikator für kritisches Denken (kritische Diskussion im Klassenraum) klar einen negativen Trend. Dieser Indikator misst, inwieweit Schüler:innen die Möglichkeit gegeben wird, das, was sie im Geschichtsunterricht vermittelt bekamen, kritisch zu erörtern (Neundorf et al. 2023b). Auch wenn es keine Doktrin (oder Ideologie) geben mag, so hat sich in Russland zumindest eines der Elemente erfolgreicher Indoktrinierung – das Untergraben von kritischem Denken im Klassenraum – unter Putin gehalten und nach 2014 und dann nach 2020 intensiviert.

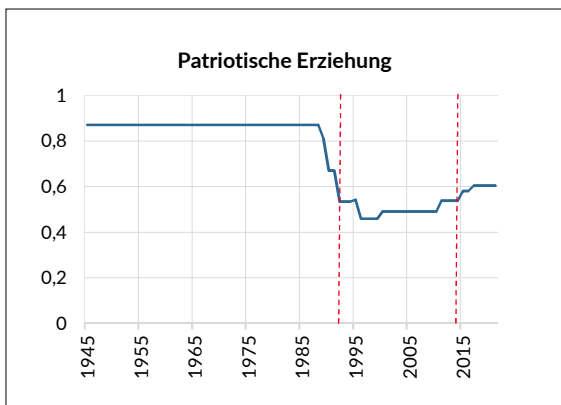
Bemerkenswert ist auch, dass Putin seit seinem Machtantritt in den frühen 2000er Jahren darauf beharrte, dass den Kindern in den Schulen patriotische Werte vermittelt werden müssen. Bei einem Treffen mit Geschichtslehrkräften im Jahr 2003 äußerte Putin seine Besorgnis darüber, dass unterschiedliche Narrative in Geschichtsbüchern »zu einer Plattform für neue politische und ideologische Kämpfe werden« können, was vermieden werden sollte. Er erklärte, dass Lehrbücher bei jungen Menschen Stolz auf ihr Land hervorrufen sollen (Offizielles Stenogramm der Rede Putins: »Eröffnungsrede beim Treffen mit Geschichtslehrkräfte«, 27. November 2003; <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/22227>). Putins Bestreben, ein einheitliches Narrativ in den Geschichtslehrbüchern zu befördern, wurde der russischen Öffentlichkeit im Juni 2007 in aller Deutlichkeit klargemacht, als Putin vor den Delegierten der Allrussischen Konferenz der Lehrkräfte für Geschichte und Gesellschaftswissenschaften das neu

herausgegebene Geschichtshandbuch für Lehrkräfte begrüßte («Zeitgeschichte Russlands: 1945–2006» von Alexander Filippow, 2007; siehe das offizielle Stenogramm der Rede Putins vor der Allrussischen Konferenz der Lehrkräfte für Geschichte und Gesellschaftswissenschaften am 21. Juni 2007; http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/communitiy_meetings/24359.) Er sagte, dass wir ohne einen allgemeinen Standard einen ungeordneten Brei («kascha») haben werden. Putin diskutierte weiterhin die Notwendigkeit von Lehrbüchern mit einem kohärenten Narrativ, das die verschiedenen »Widersprüche« bei der Interpretation von Russlands Geschichte in den bestehenden Lehrbüchern beseitigt. Er nannte auch den Bedarf für eine »positive« Sicht auf die Geschichte Russlands, die helfen würde, bei der Jugend Patriotismus zu fördern. Putins Bestrebungen spiegeln die Vorstellung wider, staatliche Indoktrination zu politischen Zwecken einzusetzen, um Bürger:innen auf eine Weise zu sozialisieren, die die Kongruenz zwischen ihren Ansichten und den Prinzipien des Regimes erhöht. Es dauerte allerdings eine ganze Weile, bis dieser Diskurs in konkrete Pläne mündete. Erst im Jahr 2023 wurde das neue, von Wladimir Medinskij herausgegebene Lehrbuch vorgelegt, in dem sich die revidierte Sicht des Regimes auf die Geschichte manifestiert (<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/09/ukraine-russia-new-history-textbook-is-a-blatant-attempt-to-unlawfully-indoctrinate-school-children-in-russia-and-russian-occupied-ukrainian-territories/>).

Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine: Aufschwung der patriotischen Erziehung?

Über das allgemeine Indoktrinationspotenzial und die Inhalte hinaus ist in Russland eine weitere Dimension zu beachten, nämlich die patriotischen Inhalte. Wir betrachten die Förderung von Patriotismus nicht als eine von sich aus autoritäre Erscheinung. Schließlich versuchen alle Regime, patriotische Werte zu fördern. Autoritäre Regime jedoch kombinieren Patriotismus mit autoritären Doktrinen. Das Bildungssystem ist zwar schon geraume Zeit vor dem Einmarsch in die Ukraine zur Indoktrinierung genutzt worden – um »vorbildliche« Bürger:innen zu erzeugen –, doch zeigt Grafik 3, dass die Annexion der Krim mit einem Schwenk in Richtung patriotischer Bildungsinhalte einhergeht.

Grafik 3: Patriotische Erziehung in Russland



Anmerkung: Der Indikator für Patriotismus (patriotische Erziehung) ist ein aus dem Messungsmodell konvertiertes Intervallmaß, das von 0 (niedrige Werte = nicht patriotisch) bis 1 (hohe Werte = sehr patriotisch) reicht. Die vertikalen Linien markieren die größeren Bildungsreformen 1992 und die Annexion der Krim 2014. Der Index für Patriotismus ist eine Kombination aus Patriotismus im Lehrplan und der Würdigung patriotischer Symbole in den Schulen. Mehr Details zu den Indikatoren sind im Codebuch von V-Indoc zu finden (Neundorf et al. 2023b; Coppedge et al. 2022).

Quelle: V-Indoc, Neundorf et al. (2023a,b).

es keine landesweiten Wahlen gibt, verfügte Russland 2021 nur über ein recht geringes Indoktrinationspotenzial. Es bewegt sich hier im unteren Teil der statistischen Verteilung der Autokratien und hat relativ »demokratische« Inhalte (oberer Teil der statistischen Verteilung). Gleichzeitig hat es relativ hohe Patriotismus-Werte. Bis 2022 ist Russland oft als ein wichtiges Beispiel einer Wahlaokratie betrachtet worden, der häufigsten Diktaturform unserer Zeit. Im Unterschied zu Anführer:innen von Einparteien- oder Militärregimen in der Vergangenheit stützen sich zeitgenössische Diktator:innen auf die Unterstützung von Wähler:innen, um sich zu legitimieren (siehe Matovski 2021). Ein bestimmtes Gesellschaftsmodell oder eine Ideologie spielen weniger eine Rolle. Somit rangiert Russland unter Autokratien wenig überraschend im oberen Teil der statistische Verteilung, was demokratische Inhalte angeht. Allerdings sehen wir auch, dass sich Russland bei den patriotischen Inhalten im Durchschnitt bewegt, was den allgemei-

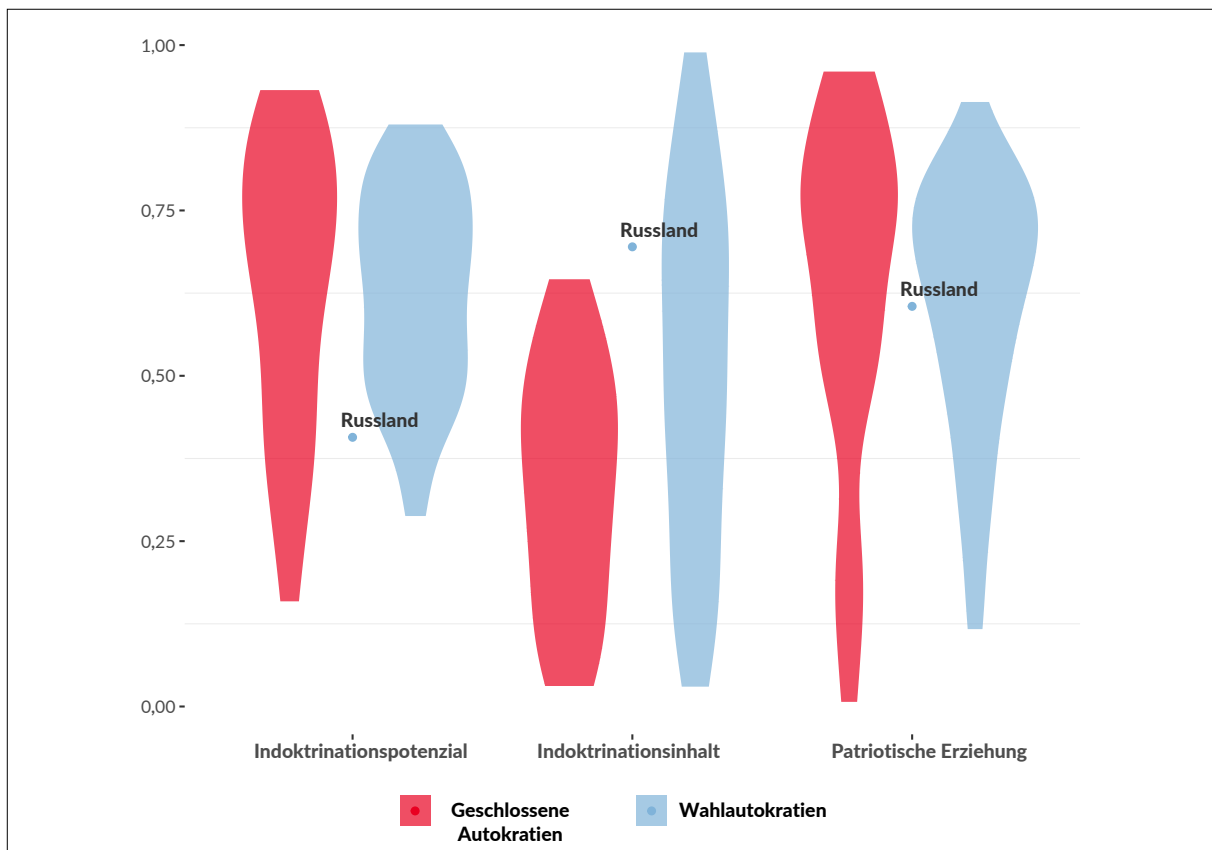
Die Indikatoren für die Würdigung patriotischer Symbole in den Schulen und für patriotische Inhalte im Lehrplan sind nach 2014 gestiegen. 2015 hat Putin den Patriotismus zur vereinenden »nationalen Idee« Russlands erklärt (<https://www.themoscowtimes.com/2016/02/04/putin-declares-patriotism-russias-only-national-idea-a51705>). Der Konflikt wurde auch zum Vorwand genommen, auf Lehrkräfte Druck auszuüben und die Diskussionsfreiheit in den Klassenräumen einzuschränken (siehe Grafik 2 und <https://meduza.io/feature/2018/04/03/orlovskiy-uchitel-pishet-stihi-pro-ukrainu-i-publikuet-ih-v-sotssetyahprotiv-nego-vozbudili-uzhe-pyat-ugolovnyh-del>). Unsere Daten decken zwar das Jahr der großangelegten Invasion nicht ab, doch ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklung fortgesetzt oder gar verstärkt hat.

Wie fällt ein Vergleich Russlands mit anderen Autokratien aus?

Wie steht Russland im Vergleich mit anderen Autokratien da, wenn es um das Niveau der Indoktrination geht? Vergleichen mit anderen Autokratien (siehe Grafik 4), insbesondere mit sogenannten geschlossenen Autokratien wie China, wo

nen Trend widerspiegelt, dass Autokratien Patriotismus befördern. Das ist eine besonders bequeme Strategie, mit der die Loyalität der Bürger:innen gegenüber der politischen Gemeinschaft des Landes gestärkt werden soll. Ein Vorteil ist hier, dass der Aufwand einer Förderung exklusiverer, spaltender Loyalität im Hinblick auf Ethnizität oder Religion vermieden wird (Koesel 2020). Und als Letztes sehen wir – womöglich für Beobachter:innen überraschend –, dass Putins Russland nicht nur hinter dem Indoktrinationspotenzial der ehemaligen Sowjetunion hinterherhinkt, sondern sogar gegenüber anderen Autokratien. Das könnte aber weniger überraschend erscheinen, wenn man die anhaltende Tendenz unter Putin bedenkt, die Kontrolle des Regimes über Bereiche wie die Medien oder die Wirtschaft auf indirektem Wege zurückzuerlangen, und nicht durch direkte Staatseigentümerschaft. Auf ähnliche Weise ist die Eigentümerschaft und Kontrolle über die Produktion von Schulbüchern bis 2019 hin in den Händen von Arkadij Rotenberg konzentriert worden (<https://meduza.io/feature/2019/10/21/ministerstvo-prosveschenie>).

Grafik 4: Indoktrinationspotenzial und -inhalte in Russland im Vergleich mit anderen Autokratien 2021



Anmerkungen: Die Grafik bildet die Verteilung der Punktschätzungen für jeden Index ab. Die Indices reichen von 0 (niedrige Werte) bis 1 (hohe Werte). Hohe Werte bedeuten mehr »demokratische« Indoktrinationsinhalte, mehr Patriotismus und ein höheres Indoktrinationspotenzial. Wir nutzen die »Regimes of the World«-Klassifizierung von V-Dem, um die Regime als geschlossene oder elektorale Autokratien definieren zu können (Coppedge et al. 2022).
Quelle: V-Indoc Neundorfer et al. (2023a,b).

Schlussfolgerungen

Wir haben Indoktrination als einen multidimensionalen Prozess betrachtet, der die Vermittlung von Inhalten umfasst, die auf einer Linie mit den Grundsätzen des Regimes liegen, wie auch das Indoktrinationspotenzial. Die hier präsentierten Daten zeigen, dass es seit den frühen 2000er Jahren einen Wandel hin zu größeren Indoktrinierungsanstrengungen gegeben hat, wobei die Schulbildung mit der Zeit stärker politisiert wurde. Die Annexion der Krim 2014 fiel mit einigen deutlicheren Veränderungen im Bildungsbereich Russlands zusammen, wobei der patriotischen Erziehung, der Gängelung der Meinungsfreiheit in den Klassenräumen und den zunehmenden Entlassungen von Lehrkräften aus politischen Gründen nun eine größere Bedeutung zukam (<https://www.washingtonpost.com/politics/2022/09/14/russia-patriotic-education-reform/>). Auch wenn Russland im Jahr 2021 hinsichtlich seines Indoktrinierungspotenzials und der Inhalte eine typische Autokratie zu sein schien, so hatte es bereits zuvor eine beträchtliche Förderung von Patriotismus in den Schulen gegeben. Die verstärkten Anstrengungen für eine patriotische Erziehung spiegelt die

Absicht des Regimes wider, die zukünftigen Generationen zu einer loyaleren Bevölkerung zu formen. Inwieweit die Bemühungen erfolgreich sein werden, bleibt abzuwarten.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autor:innen

Dr. *Eugenia Nazrullaeva* ist PhD-Fellow an der School of Public Policy an der London School of Economics and Political Science. Sie hat einen Dokortitel in Politischer Wissenschaft der Universität Kalifornien in Los Angeles (2020). Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte. Sie beschäftigt sich in ihrer Forschung mit den historischen Wurzeln politischer Institutionen, den Hürden für wirtschaftliche Entwicklung und den Instrumenten für politische Kontrolle in autoritären Regimen.

Dr. *Ksenia Northmore-Ball* ist Senior Lecturer für Vergleichende Politikwissenschaft an der Queen Mary-Universität London. Sie hat einen Master- und einen Dokortitel der Universität Oxford (Nuffield College). Sie hatte ein Post-Doc-Stipendium der British Academy (2016–2019) an der Universität Nottingham. Ihre Forschungen konzentrieren sich auf politisches Verhalten in neuen Demokratien und autoritären Regimen mit dem Schwerpunkt Osteuropa und Russland. In ihren aktuellen Projekten untersucht sie, wie sich Gewohnheiten im Wahlverhalten in autoritären Regimen herausbilden, wie sich in neuen Demokratien das autoritäre Erbe auf eine rechte oder linke Identität auswirkt. Zudem erforscht sie den Zusammenhang von Bildungsinhalten und der Entwicklung von Präferenzen in postkommunistischen Ländern.

Dr. *Katerina Tertychnaya* ist Associate Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Oxford und Fellow für Politikwissenschaft am Brasenose College. Bevor sie an die Universität Oxford ging, war sie am University College London tätig. Sie hat einen Dokortitel in Politikwissenschaft und einen Mastertitel in Russland- und Osteuropastudien der Universität Oxford. Zu ihren Forschungsinteressen gehören öffentliche Meinung, Proteste und autoritäre Politik. Ihre Beiträge sind unter anderem in den Zeitschriften *American Political Science Review*, *World Politics* und dem *Journal of Politics* erschienen.

Dr. *Anja Neundorff* ist Professorin für Politikwissenschaft und Forschungsmethoden an der Universität Glasgow. Vor ihrer Tätigkeit in Glasgow arbeitete sie als Associate Professor an der Universität Nottingham (2013–2019) und war Postdoctoral Prize Research Fellow am Nuffield College der Universität Oxford (2010–2012). Sie erhielt ihren Dokortitel an der Universität Essex. Ihre Forschungsinteressen liegen an der Schnittstelle von politischem Verhalten, Forschungsmethoden und vergleichender Politikwissenschaft. Gegenwärtig ist sie die leitende Forscherin des Projekts »Democracy under Threat: How Education can Save it«, das mit einem Consolidator Grant vom Europäischen Forschungsrat gefördert wird.

Lesetipps

- Aghion, Philippe; Xavier Jaravel, Torsten Persson, Dorothée Rouzet: Education and Military Rivalry, in: *Journal of the European Economic Association*, 17.2018, Nr. 2, S. 376–412.
- Coppedge, M.; J. Gerring, C. H. Knutsen, S. I. Lindberg, J. Teorell, N. Alizada, D. Altman, M. Bernhard, A. Cornell, M. S. Fish, L. Gastaldi, H. Gjerløw, A. Glynn, S. Grahn, A. Hicken, N. Ilchenko, K. Kinzelbach, J. Krusell, K. L. Marquardt, K. M. McMann, V. Mechkova, J. Medzihorsky, P. Paxton, D. Pemstein, J. Pernes, O. Ryden, J. v. Römer, B. Seim, R. Sigman, S.-E. Skaaning, J. Staton, A. Sundström, E. Tzelgov, Yi-ting Wang, T. Wig, S. Wilson, D. Ziblatt: *V-Dem Codebook v12*, V-Dem Institute, University of Gothenburg, 2021.
- Edwards, Allyson S.: *Russia on a Throne of Bayonets: Militarisation without the Military in Yeltsin's Russia, 1990–2000*, Doctoral dissertation, Swansea University, 2021.
- Guriev, Sergey; Daniel Treisman: *Spin Dictators: The Changing Face of Tyranny in the 21st Century*, Princeton University Press: Princeton 2022.
- Koesel, Karrie: Legitimacy, Resilience, and Political Education in Russia and China, in: Karrie Koesel, Valerie Bunce, and Jessica Weiss (Hg.): *Citizens and the State in Authoritarian Regimes: Comparing China and Russia*, Oxford University Press: 2020, S. 250–278.
- Matovski, Aleksandar: *Popular Dictatorships: Crises, Mass Opinion, and the Rise of Electoral Authoritarianism*, Cambridge University Press: 2021.
- Neundorff, Anja; Eugenia Nazrullaeva, Ksenia Northmore-Ball, Katerina Tertychnaya, Wooseok Kim (2023a): *Varieties of Indoctrination (V-Indoc): Introducing a Global Dataset on the Politicization of Education and the Media* [V-Dem Working Paper Nr. 136], 2023.

- Neundorf, A.; E. Nazrullaeva, K. Northmore-Ball, K. Tertychnaya, W. Kim, A. Benavot, P. Bromley, C. H. Knutson, P. Lutscher, K. Marquardt, A. Paglayan, D. Pemstein, B. Seim, O. Rydén (2023b): Varieties of Political Indoctrination in Education and the Media (V-Indoc): Dataset V1, 2023.
- Paglayan, Agustina S.: Education or Indoctrination? The Violent Origins of Public School Systems in an Era of State-Building, in: American Political Science Review, 2022, S. 1–16.
- Sitarov, V.A.: Istorija obrazovaniia v Rossii: postsovetskoe vremia, in: Problemy pedagogiki i psikhologii, 2019, Nr. 2, S. 201–216.
- Taylor, Rebecca M.: Indoctrination and Social Context: A System-based Approach to Identifying the Threat of Indoctrination and the Responsibilities of Educators, in: Journal of Philosophy of Education 51.2017, Nr. 1, S. 38–58.
- UNESCO: World Data on Education, 7th edition 2010–11: Russian Federation, 2011.
- Woods, Ronald; Robin Barrow: Indoctrination, in: Woods, Barrow (Hg.): An Introduction to Philosophy of Education, 2006, S. 71–83.
- Zajda, Joseph: Globalisation and National Identity in History Textbooks: The Russian Federation, Springer: 2017.

ANALYSE

Wie »gute russische Patrioten« geformt werden: Erziehung, Indoktrinierung und die Jugend in Russland

Allyson Edwards (Bath Spa University, Bath)

DOI: 10.31205/RA.445.02

Zusammenfassung

Eine der Prioritäten des russischen Staates besteht darin, bei jungen Russ:innen patriotische Gefühle zu stärken. Patriotismus bezieht sich hier nicht nur auf die Manifestierung eines Stolzes auf den Staat, sondern auch eine Vaterlandsliebe zu nähren, die so tief geht, dass sich das Kind dafür selbst opfern würde. Meist wird dieses Opfern in den Kontext von Krieg gesetzt. Die jungen Menschen werden in unterschiedlichen Bereichen indoktriniert: in den staatlichen Bildungseinrichtungen, in der populären Kultur, der natürlichen Umgebung, den Medien und im Rahmen von patriotischen Jugendorganisationen. Dieser Beitrag untersucht die Strategien der staatlichen Indoktrinierung, unter anderem durch die staatlich geförderte patriotische Jugendorganisation »Junarmija« (dt.: »Junge Armee«), deren Ziele und die Art und Weise, mit der das Konzept vom »guten Patrioten« in die alltäglichen Aktivitäten der Organisation eingebettet wird. Es wird festgestellt, dass im formalen Bildungsbereich patriotische Erziehung und Militarismus zwar nichts Neues waren, die Indoktrinierung der Jugend allerdings weiterhin eine Politik des Putin-Regimes bildet. Die Jugendorganisationen sind für den Staat nicht nur deshalb von großer Bedeutung, weil sie das Bewusstsein der so organisierten jungen Russ:innen beeinflussen, sondern weil die jungen Mitglieder auch das Denken ihrer Altersgenoss:innen prägen.

Einführung

Die »Junarmija« (»Junaja armija«; dt.: »Junge Armee«) beging am 28. Mai 2022 den sechsten Jahrestag ihrer Gründung. Nikita Nagornyj sandte seine Glückwünsche an die jungen Mitglieder, wobei er sagte: »Auf euren Schultern liegt eine äußerst wichtige Aufgabe, nämlich die Traditionen der patriotischen Erziehung zu bewahren und zu mehren. Ich wünsche euch, dass ihr neugierig seid, dass ihr in eurem Bereich zu Profis werdet, dass ihr euch um eure Familien kümmert und sie liebt wie auch

alles [um euch] herum. Bewahrt die Natur, seid unserem Vaterland von Nutzen. Das nämlich ist echter Patriotismus.« (Junarmija 2022e). Die »Junarmija« ist eine von vielen patriotischen Organisationen, die in Russland für junge Menschen gegründet wurden. Sie wurde 2016 vom russischen Staat unter der Federführung von Verteidigungsminister Sergej Schojgu gegründet, und zwar im Rahmen des staatlichen Projekts »Patriotische Erziehung für Bürger der Russischen Föderation in den Jahren 2016 bis 2020«. Die Organisation bietet Aktivitä-

ten in militärischem Stil an, beispielsweise Märsche, das Auseinander- und Zusammenbauen von Waffen oder die Beteiligung an militärischen Gedenkveranstaltungen (siehe Koshkin et al., 2020, S. 391; Kerntopf 2016, S. 4; Junarmija, 2023). Die Organisation richtet sich an Kinder und Jugendliche von 8 bis 18 Jahren, ist laut eigenen Angaben in »89 Föderationssubjekten« (also sowohl in international anerkannten Regionen Russlands als auch in annektierten Territorien, die ukrainisches Staatsgebiet sind, Anm. d. Redaktion) vertreten und hat gegenwärtig 1,4 Millionen junge Mitglieder. Sie ist außerhalb des russischen Bildungssystems angesiedelt, lehnt sich aber an dieses an und bietet ihre Aktivitäten als Ergänzung zum Lehrplan an. Diese sind zwar nicht obligatorisch, berühren aber die breiteren Narrative des russischen Staates und werden hinsichtlich der Sozialisierung kommenden Generation des Landes genauso wertgeschätzt wie das formale Bildungsangebot. Die Organisation stellt im Kern tatsächlich eine »junge Armee« dar und vermittelt eine sehr spezifische Linie des Patriotismus, die über das ursprüngliche Ziel des Staates hinausgeht, der bei Jugendlichen die Liebe zum Heimatland fördern will. Die Junarmija strebt an, dass junge Russ:innen gewillt sein sollen, sich auch für das Heimatland zu opfern (s.: Viroli, 1995, S. 1 und Anderson zit. nach: Goode, 2018, S. 259).

Opferung und Hingabe für den Staat können auf verschiedene Weise definiert werden, wobei viele Jugendorganisationen wie die »Wolontjory Pobedy« (dt.: »Freiwillige des Sieges«) oder die »Molodaja Gwardija« (dt.: »Junge Garde«) besondere Zwecke verfolgen. Zwar werden nicht alle Mitglieder von »Junarmija« eine militärische Karriere einschlagen, doch werden viele Beteiligte gut für den Wehrdienst gerüstet sein, wenn sie die Organisation verlassen. Das Opfer von Mitgliedern der »Junarmija« für den Staat besteht weitestgehend darin, sich den russischen Streitkräften anzuschließen und in den Krieg zu ziehen. Andere Organisationen werden eher eine Rolle übernehmen, die den Staat unterstützt. Deren Mitglieder mögen zwar nicht physisch auf den Armeedienst vorbereitet werden, doch bringt man sie zu einer Unterstützung der staatlichen Ziele. Es ist dann offen, ob sich das nun letzten Endes in einem Wehrdienst manifestiert, in Aktivitäten wie Spendensammlungen für das Militär oder diskursiver Unterstützung für die militärischen Ziele des Staates. Worin auch immer der zentrale Zweck einer Organisation besteht, der Staat bildet die Mitglieder über körperliche Ertüchtigung und Indoktrination aus. Damit soll eine Anerkennung einer führenden Stellung des Militärs in der Gesellschaft und der Glaube gestärkt werden, dass ein starkes Militär der Sicherheit Russlands dient. Zudem soll über eine umfassende militärische und patriotische Erziehung der Glaube gefestigt werden, dass ein starkes Militär unab-

dingbar für die Sicherheit Russlands ist. Da dieses System der militärischen und patriotischen Erziehung sehr umfassend ist, haben Schüler:innen nur wenig Raum, alternative Narrative oder Einstellungen zu erkunden.

Welche Ideologie wird im russischen Bildungssystem indoktriniert?

Die erwähnte aufopfernde »Vaterlandsliebe« wird über Russlands Bildungssystem vermittelt, das als wirksames Instrument zur Indoktrinierung der zentralen Werte und Ideale des Kreml bekannt ist. Indoktrinierung wird in dieser Analyse in Anlehnung an Robert Sutherlands Studie von 1985 über Jugendliteratur verstanden. Die hat aufgezeigt, wie staatliche Ideologie in sowjetrussische Jugendliteratur eingewoben war und dadurch deren Elemente und Überzeugungen kommenden sowjetischen Generationen vermittelt werden sollten. Die Autorin hat Sutherlands Systematik zur Identifizierung indoktrinierender Elemente in der Literatur an russische Schulbücher angelegt (siehe Edwards 2021a) und herausgefunden, dass in russischen Geschichtslehrbüchern seit den 1990er Jahren Ideologien präsent waren, die sich insbesondere auf militarisierten Patriotismus beziehen. Dabei wird deutlich, dass das Bildungswesen eindeutig als Forum eingesetzt wird, um jungen Menschen Patriotismus einzuträufeln. Nicht nur in der Ära Putin, sondern schon in der Amtszeit Jelzins und davor waren (sowjet-)russische Geschichtslehrbücher und der Unterricht so aufgebaut, dass sie sich um militärische Unternehmungen und Kämpfe Russlands drehen, die letztendlich in Siegen mündeten. Putin hat diesem Patriotismus und dem militärischen Ruhm lediglich ein neues Framing gegeben, indem sie als zentrales Ziel des russischen Staates hingestellt werden. Der Einsatz von Erziehung zur Indoktrinierung ist gewiss kein neues Phänomen in Russland, und auch nicht anderswo (siehe Mathers and Edwards 2022). Indoktrination ist am häufigsten in der politischen Bildung zu beobachten, die ja von Natur aus dazu dient, den Adressaten bestimmte Ideale und Werte über Staat und Nation zu vermitteln.

Studien zu Indoktrinierung im Unterricht sind auch in asiatischen Ländern und in Nordamerika verbreitet. Hier argumentieren Wissenschaftler:innen, dass Indoktrinierung nicht als Vermittlung von Werten in Erscheinung tritt, die für die Nation zentral sind, sondern als Botschaft und Anerziehung für Schüler:innen, damit diese das Vorgehen des Staates einhellig anerkennen. Andernfalls würden sie als unpatriotisch erachtet (siehe Yan Wing Leung 2004, S. 117).

Militaristischer Patriotismus ist seit Jahrhunderten eine der Hauptideologien des russischen Staates. Er war schon zu Zeiten Peters I. (1672–1725) präsent. Da reicht es schlichtweg nicht, Liebe für das eigene Land zu emp-

finden, man soll sich auch dafür opfern. Den jungen Menschen in Russland wird bereits sehr früh in ihrem Leben gesagt, dass es für sie Situationen geben wird, wo sie Russland militärisch verteidigen müssen. Der Staat entwickelt spezielle Seminare für junge Menschen, bei denen es das Ziel war, die Persönlichkeit von Mitgliedern der »Junarmija« weiterzuentwickeln, unter anderem als Verteidiger:in (s.: Yunarmiya 2022d). Dieser vorgefasste Glaube, dass die Jugend auf Russlands nächsten Krieg vorbereitet sein müsse, entstammt der in der russischen Gesellschaft prominenten Vorstellung von einer belagerten Festung. Die Mentalität der belagerten Festung, die eine Weltsicht unterstützt, der zufolge Russland ein verwundbares Land ist, das von feindlichen Nachbarn umgeben ist, kann sicherlich nicht allein als Merkmal der Ära des Putin-Regimes gelten (siehe Edwards 2021b, S. 312).

Militärische und patriotische Erziehung in Russland

Die Förderung eines umfassenden patriotischen Erziehungsprogramms in Russland ist seit langem ein Ziel des russischen Präsident Wladimir Putin gewesen. Unter Putin sind einige beträchtliche Veränderungen am russischen Bildungssystem vorgenommen worden, seit er 1999 Präsident wurde. Die russische Regierung begann 2001 mit der Finanzierung einer Initiative zur patriotischen Erziehung, die darauf abzielte, Menschen auf den Staatsdienst vorzubereiten, und zwar zu Friedens- wie zu Kriegszeiten (siehe Goode 2016, S. 1; Khodzhaeva et al. 2017, S. 2). Seit 2001 ist die Geschichtsbildung ein Bereich, dem Putin besondere Aufmerksamkeit widmet. Er setzte Kommissionen ein und legte Projekte auf, um das, was er als wahre Vergangenheit Russlands betrachtet, gegenüber jenen zu verteidigen, die die Geschichte verzerren wollen. Hierzu zählt eine Initiative zur Einführung eines Schulbuches, das eine eindimensionale, einheitliche Fassung der nationalen Geschichte Russlands vermitteln soll, die frei von Widersprüchen ist (siehe Brandenberger 2015, S. 192; Laruelle 2011). 2013, im Vorfeld der Annexion der Krim, erneuerte der russische Staat sein Bestreben, ein einheitliches Schulbuch für den Geschichtsunterricht einzuführen. Als Begründung für dieses Buch führte der russische Staat viele Diskurselemente an, die heute im Kontext des Krieges gegen die Ukraine verwendet werden. Das gilt vor allem für die These, der Westen würde versuchen, die Geschichte Russlands umzuschreiben. Die Verfassungsänderungen, die 2020 vorgenommen wurden, umfassten auch eine Bestimmung zur »historischen Wahrheit«, die Putins Botschaft bekräftigt und ihr Rechtskraft verleiht. Sie lautet: »Die Russische Föderation ehrt das Gedenken an die Verteidiger des Vaterlandes und gewährleistet den Schutz der historischen Wahrheit. Eine Schmälerung

der Bedeutung der Heldentat des Volkes bei der Verteidigung des Vaterlandes ist nicht zulässig.« (Art. 67.1, Abs. 3, Verfassung der Russischen Föderation). Die Einschränkung einer kritischen Diskussion über den »Großen Vaterländischen Krieg« ist in Russland nichts Neues. 1995 hatte es Rufe gegeben, dass eine Neubewertung der Herrschaft Stalins und dessen Handelns während des Krieges, die seinerzeit von einer Generation neuer Historiker:innen vorgenommen wurde, eine absichtliche »Schwärzung« der Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« darstelle (siehe Edwards and Rabbia 2022, S. 76). Seither haben verschiedene Politiker:innen und NGOs, beispielsweise Veteranenorganisationen, zu einer Versicherheitlichung der Geschichte in Russland aufgerufen, um die Taten jener zu bewahren, die sich damals während des Krieges geopfert haben.

Im August 2023 schließlich verkündete der russische Bildungsminister die Herausgabe neuer Geschichtsbücher für Schüler:innen der höheren Sekundarschulklassen. Diese enthalten das offizielle Narrativ von Russlands »militärischer Spezialoperation« in der Ukraine (siehe Faulconbridge 2023). Diese Geschichtsbücher, die aus Kostengründen noch nicht in den Schulen eingeführt wurden, sind von Wladimir Medinskij herausgegeben worden, dem Vorsitzenden der Interministeriellen Kommission für Geschichtsbildung. Damit wurde das einheitliche Geschichtsbuch Realität, das vor rund zehn Jahren diskutiert wurde. In einem Reuters-Artikel vom 10. August 2023 heißt es, das Buch »spiegelt Putins Blick auf die Geschichte wider: Stolz auf die Leistungen der Supermacht Sowjetunion, Empörung wegen der Erniedrigungen durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und Lobpreisung für die »Wiedergeburt« Russlands unter der Herrschaft des ehemaligen KGB-Spions, die am letzten Tag des Jahres 1999 begann.« (siehe Faulconbridge 2023). Der Artikel beleuchtet das klare Ziel des Staates, Bildung als Instrument einzusetzen, um ein einheitliches Narrativ zur russischen Geschichte voranzutreiben und die Möglichkeit zu verdrängen, dass junge Menschen sich mit alternativen Narrativen und kritischen Überlegungen befassen.

Das Vorantreiben dieser einheitlichen, unifizierten Fassung der russischen Nationalgeschichte durch den Staat ist nicht auf Geschichtsbücher beschränkt. Die sind zwar exzellente Instrumente, um die Ideale des Staates zu vermitteln, doch könnten Schüler:innen sie langweilig oder sich wiederholend finden (siehe Volunteers of Victory 2022). Daher wird die Erziehung im Klassenzimmer durch »aufregendere« und interaktive Bildungsaktivitäten ergänzt, die die Schüler:innen zu aktiven Mitgliedern der russischen Gesellschaft machen sollen. Und hier geht es vorwiegend um Rollen zum Schutz und der Stärkung des Staates. Schulen organisieren Besuche von Veteran:innen, die in die Schulen

kommen, wie auch Besuche zu Hause bei Veteran:innen. Auch gibt es Aktionen zur Pflege von Kriegsdenkmälern und die Beteiligung an militärisch geprägten Sportspielen, sowie im gegenwärtigen Konflikt eine Unterstützung von Soldaten an der Front durch Care-Pakete und Briefe. 2014 bot die Russische Militärgeschichtliche Gesellschaft zusammen mit Russlands Föderaler Tourismus-Agentur (der ebenfalls Medinskij vorstand) Geschichtsexkursionen für junge Menschen an. Damit sollte die Geschichtsbildung gefördert werden, indem die Vermittlung intensiver, anschaulicher und aufregender wird (siehe McGlynn 2023, S. 148). Nach Februar 2022, also dem Beginn des russischen vollumfänglichen Einmarsches in die Ukraine, sind im Mai 2022 im Vergleich zum Mai 2021 doppelt so viele militär-patriotische Veranstaltungen abgehalten worden (siehe RE: Russia 2023).

Während das Bildungswesen in Russland den Schwerpunkt darauf legt, bestimmte, den Staat stützende Werte in der Gesellschaft zu verankern, steht dahinter auch ein sehr praktischer, materieller Zweck: Damit soll sichergestellt werden, dass es in der Zukunft genügend Personal für das Militär gibt (siehe Yunarmiya 2022c). Es wird zunehmend auf eine körperliche Fitness geachtet, die sich an militärischen Fähigkeiten orientiert. Ein Beispiel, bei dem junge Menschen solche Fähigkeiten erwerben, sind Mitglieder des militär-patriotischen Clubs »Welikowraskaja drushina wo imja Swjatogo blagowernogo knjasja Dmitrija Donskogo« (dt. in etwa: »Gefolgschaft Welikij Wrag zu Ehren des Heiligen Fürsten Dmitrij Donskoj«) im Gebiet Nishnij Nowgorod, der der Russisch-Orthodoxen Kirche nahesteht. Zu deren Aktivitäten gehört es, mit MP-Attrappen durch den Schnee zu robben (https://t.me/ostorozhno_novosti/14007). Im September 2023 wurde in russischen Schulen eine militarisierte körperliche Ausbildung junger Menschen eingeführt. Damit umfasste der Lehrplan nun ein obligatorisches Programm zur »militärischen Grundausbildung« (siehe Meduza 2023). Patriotismus wird also in Russlands Bildungssystem durch eine Reihe von Erzählungen im formalen Bildungsbereich vermittelt, die durch eine Kooptierung junger Menschen in bestimmten Rollen ergänzt wird, wobei sie ganz bestimmte Rollen verkörpern und praktizieren können – so, wie es ein »guter Patriot« meist tun würde.

Die Zunahme patriotischer Organisationen unter der Herrschaft von Putin ist ein Phänomen an sich. Organisationen wie »Junarmija«, »Wolontjory pobedy« (»Freiwillige des Sieges«), die »Junge Garde« und die nicht mehr aktiven »Naschi« (»die Unseren«) treten als Anhängsel des russischen Staates in Erscheinung. Auf Fotos dieser Organisationen sind vorwiegend gerade junge Menschen zu sehen. Sie sollen diejenigen erscheinen, die zahlreiche vom Staat genehmigte Aktivitäten initiiert und betrieben haben. Damit soll die Illu-

sion geschaffen werden, dass die Jugend die Initiativen des Kreml massiv unterstützt. Es ist auch zu bedenken, dass viele dieser Organisationen als Reaktion auf politische oder militärische Probleme gegründet wurden, vor denen Russland stand. Die Bewegung »Naschi« wurde beispielsweise als Antwort auf die Orange Revolution 2004 ins Leben gerufen, und zwar mit dem Ziel, sich gegen regierungskritische Aktionen zu organisieren. Die »Freiwilligen des Sieges« wurden 2015, ein Jahr nach der Annexion der Krim, aufgrund ihrer Rolle bei den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges im »Großen Vaterländischen Krieg« gegründet. Die Mitglieder dieser Organisationen dienen als Vorbilder für junge Russ:innen und werden als »gute Patrioten« dargestellt. Auf der Internetseite von »Junarmija« heißt es in einem Beitrag zu den Unterstützungsbriefen an russische Soldat:innen, die in der Ukraine kämpfen: »Junarmija-Leute sind standhaft. Es sind Jugendliche, die man den Stolz des Landes nennen kann.« Dann folgt eine Liste von Qualitäten, die sie bei ihren Aktionen gezeigt hätten (Yunarmiya 2022a).

Diese Organisationen und das Bild, das im staatlichen Diskurs zum militarisierten Patriotismus auf markante Weise von der Jugend gezeichnet wird, machen deutlich, dass die Indoktrinierung mit militärisch-patriotischen Werten, die im formalen Bildungssystem Russlands erfolgt, nur ein Teil des gesamten Puzzles ist. Möglicherweise ist aber noch wichtiger, dass junge Menschen mit Vorbildern in Berührung kommen, die die Narrative glaubhaft machen. Jekaterina Tschishikowa, die stellvertretende Vorsitzende des Zentralen Stabes von »Junarmija«, hat dies treffend deutlich gemacht. Sie verwies darauf, dass Mitglieder von »Junarmija« heldenhafte Taten vollbrachten, damit es ihre Altersgenossen im ganzen Land ihnen gleich tun können (s.: Yunarmiya 2022b). Sie nennt einige Beispiele für »heldenhaftes« Verhalten, unter anderem das einer Junarmija-Einheit, die an dem Projekt »Erinnerung der Generationen« mitwirkt, bei dem die Mitglieder Begräbnisorte von Soldat:innen des »Großen Vaterländischen Krieges« wiederherstellen und Archivrecherchen über Angehörige dieser Helden betreiben.

Fazit

Die Erkenntnis, dass das Bildungssystem in Russland die jungen Generationen aktiv mit militärischen und patriotischen Idealen indoktriniert, ist nicht neu. Die Indoktrinierung hat sich für den russischen Staat als wichtig erwiesen, weil sie bei der Absicherung des Diskurses zum russischen Militarismus erfolgreich ist. Diese Indoktrinierung ist nicht nur in staatlichen Bildungseinrichtungen festzustellen. Sie tritt auch beim Vorgehen des russischen Staates zu Tage, der versucht, kritisches Denken zu bestimmten historischen Themen

zu beschneiden. Die Indoktrinierung ist somit auch – und womöglich sogar vorrangig – in der außerschulischen Erziehung und in Jugendorganisationen wie der »Junarmija« präsent. Dort wird versucht, militarisierten Patriotismus zu einem Spiel zu machen, das Spaß bringt und das man betreiben kann. Sowohl formal wie auch informell wird den jungen Menschen vermittelt, welche Eigenschaften und Unternehmungen dazu gehören, ein guter Patriot zu sein, was letztlich das anzustrebende Ziel ist. Junge Russ:innen werden über Aktivitäten mit Beispielen guter Patriot:innen in Berührung gebracht, z. B. durch Treffen mit Veteran:innen, unterstützende Briefe und Päckchen für russische Soldat:innen an der Front in der Ukraine. Die wohl wichtigsten Vorbilder

für diese Spielart Patriotismus sind die jungen Menschen selbst, wenn sie nämlich angeworben werden, um an militärisch-patriotischen Aktivitäten teilzunehmen, und die Jugend dann als Eigenwerbung gegenüber anderen Jugendlichen wirkt und es so aussehen lassen, als sei es die Eigeninitiative dieser jungen Menschen. Aus der facettenreichen russischen Erziehungslandschaft ergeben sich für den Staat viele Möglichkeiten, die Jugend mit militärisch-patriotischen Idealen zu indoktrinieren. Das legt den Schluss nahe, dass Militarismus und Patriotismus für geraume Zeit prägnante Merkmale der russischen Identität bleiben werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. *Allyson Edwards* ist Dozentin für Weltgeschichte und Internationale Beziehungen an der Bath Spa Universität im Vereinigten Königreich. Sie hat sich auf die Themen russischer Militarismus, Militarisierung der Jugend und das System der patriotischen Erziehung spezialisiert. Sie arbeitet gegenwärtig an einer Monographie über russischen Militarismus in den 1990er-Jahren (McGill Queen University Press) und an einem größeren Projekt über die Militarisierung der Jugend in Russland, zusammen mit Dr. Jennifer G. Mathers von der Universität Aberystwyth.

Bibliografie

- Brandenberger, D., 2015. Promotion of a Usable Past: Official Efforts to Rewrite Russo-Soviet History, 2000–2014. *Remembrance, History, and Justice: Coming to Terms with Traumatic Pasts in Democratic Societies*, pp.191–212.
- Edwards, Allyson. 2021a. "A Vulnerable Russia: Militarisation Through Anxiety in 1990s Russian Historical Textbooks." *Political Crossroads*. Vol. 25, No. 1. Pp. 5–24.
- Edwards, Allyson. 2021b. "Russia on a Throne of Bayonets: Militarisation without the Military in Yeltsin's Russia, 1990-2000." Doctoral Thesis. Swansea University. <https://cronfa.swan.ac.uk/Record/cronfa58694>.
- Edwards, Allyson and Jennifer G. Mathers. 2022. "Russia: Programme of 'Patriotic Education' aims to create next generation of Putin faithful." *The Conversation*, April 21. Available at <https://theconversation.com/russia-programme-of-patriotic-education-aims-to-create-next-generation-of-putin-faithful-181511>.
- Edwards, Allyson and Roberto Rabbia. 2022. "The 'Wild nineties': Youth Engagement, Memory and Continuities between Yeltsin's and Putin's Russia." In *Youth and Memory in Europe: Defining the Past, shaping the future*. Ed. by Félix Krawatzek and Nina Friess. Berlin. De Gruyter. Part 1: Chapter 4. Pp. 75–84.
- Faulconbridge, Guy. 2023. "Kremlin aide rewrites Russian history for a society at war" *Reuters*, 11 August. <https://www.reuters.com/world/europe/kremlin-aide-rewrites-russian-history-society-war-2023-08-10/>.
- Goode, Paul J. 2016. "Everyday Patriotism and Putin's Foreign Policy." *PONARS Eurasia: New Approaches to Research and Security in Eurasia*. Memo No. 432. Pp. 1–7. Available at [Pepm432_Goode_July2016\(2\)_2.pdf](https://ponarseurasia.org/Pepm432_Goode_July2016(2)_2.pdf)
- Goode, Paul J. 2018. "Everyday Patriotism and Ethnicity in Today's Russia." in *Russia before and after Crimea: Nationalism and Identity, 2010-17*. Ed. By Paul Kolsto and Helge Blakkisrud. Edinburgh: Edinburgh University Press. Chapter 11, pp. 258–281.
- Kerntopf, Martin. 2016. Russia's Contemporary Hegemonic Turn and Change in Collective Memory, Lund Conference 2016: The Collapse of Memory – Memory of Collapse, Conference paper, pp. 1–8, Available at https://www.researchgate.net/profile/Martin-Kerntopf/publication/309429456_Russia's_Contemporary_Hegemonic_Turn_and_Change_in_Collective_Memory/links/58109f2508aef2ef97b28f57/Russias-Contemporary-Hegemonic-Turn-and-Change-in-Collective-Memory.pdf.
- Khodzhaeva, Ekaterina and Irina Meyer. 2017. "Mobilising Patriotism in Russia: Federal Programs of Patriotic Education. *Russian Analytical Digest*. No. 207. Pp. 2–6.
- Koshkin, Andrey, Egor Moroz, Aleksandr Yankilevich, and Daria Andreeva. 2020. "Russian experience of patriotic education: generalisation tendencies of the consensus around militarism." *Proceedings of the VIII International Scientific and Practical Conference "current problems of social and labour relations" Advances in social science, education and humanities research*, vol. 527. Pp. 390–393.

- Laruelle, Marlene. 2011. Negotiating history: Memory wars in the enar abroad and pro-Kremlin youth movements. *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*. 19(3) 223–252.
- Leung, Yan Wing. 2004. “Nationalistic Education and Indoctrination.” *Citizenship, Social and Economics Education*. Vol. 6, No. 2. Pp. 116–130.
- Meduza. 2023. “Federation Council says Russian students will learn basics of combat drone use in school”, July 21. Available at <https://meduza.io/en/news/2023/07/21/federation-council-says-russian-students-will-learn-basics-of-combat-drone-use-in-school>.
- McGlynn, Jade. 2023. *Memory Makers: The Politics of the Past in Putin’s Russia*. London. Bloomsbury Academic.
- RE: Russia. 2023. “The War of Patriotism: Russia’s Extensive Campaign of School Militarism is Designed to Suppress the Modern Attitudes of Russian Youth.” July 4. Available at <https://re-russia.net/en/review/321/>.
- Sutherland, Robert (1985) “Hidden Persuaders: Political Ideologies in Literature for Children,” *Children’s Literature in Education* 16, No. 3. Pp. 143–157.
- The State Duma. 2020. “What changes will be in the constitution of the Russian Federation?” March 12. Available at <http://duma.gov.ru/en/news/48039/>.
- Violi, Maurizio (1995) *For Love of Country: An Essay of Patriotism and Nationalism*. Oxford/ New York: Oxford University Press.
- Volunteers of Victory. 2022. “Maria Vasilieva – Volunteer of Victory of Voronezh oblast.” June 6. Available at <https://xn--90abhd2amfbbjx2jf6f.xn--p1ai/news/id/5560>.
- Yunarmiya. 2022a. “The Power of Writing.” Yunarmiya Press Release, April 8. Available at <https://yunarmy.ru/press-center/news/sila-pisma/>.
- Yunarmiya. 2022b. “Ekaterina Chizhikova: The Guys in Yunarmiya form Basic Values.” Yunarmiya Press Release, May 12. Available at <https://yunarmy.ru/press-center/news/ekaterina-chizhikova-u-rebyat-v-yunarmii-formiruyutsya-bazovye-tsennosti/>
- Yunarmiya. 2022c. “Awards to 2022 ‘Warm Hearts’ prize winners were presented in Moscow.” Yunarmiya Press Release, May 19. Available at <https://yunarmy.ru/press-center/news/nagrazhdenie-laureatov-goryachee-serdtse-2022-proshlo-v-moskve/>.
- Yunarmiya. 2022d. “Yunarmiya Members of the country will visit the All-Russia thematic forum ‘Yunarmiya ZA’.” Yunarmiya Press Release, May 26. Available at <https://yunarmy.ru/press-center/news/yunarmeytsy-strany-posetyat-vserossiyskiy-tematicheskiy-forum-yunarmiya-za/>.
- Yunarmiya. 2022e. “Yunarmiya’s birthday began with the visit of honoured guests.” Yunarmiya Press Release, May 28. Available at <https://yunarmy.ru/press-center/news/den-rozhdeniya-yunarmii-nachalsya-vizitom-pochetnykh-gostey/>.
- Yunarmiya. 2023. “About the movement Yunarmiya.” Available at <https://yunarmy.ru/headquarters/about/>.

Der Staat treibt die Militarisierung des Hochschulwesens in Russland voran. Das Studium selbst tritt immer mehr in den Hintergrund

Redaktion von »Groza« (Russland)

Einleitung von Groza

Seit dem Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine haben die russischen Behörden die Universitäten zunehmend als Plattform für militaristische Propaganda und die Vorbereitung der Studierenden auf den Krieg genutzt: Studierende werden gezwungen, an kriegspropagandistischen Veranstaltungen teilzunehmen und Hilfsgüter für das Militär zu sammeln, während die Professor:innen den Studierenden über hybride Kriegsführung und die »NATO-Osterweiterung« dozieren.

Universitäten zwangsexmatrikulieren Studierende und entlassen Professor:innen, weil sie den Krieg ablehnen, während Militärangehörige und ihre Kinder inzwischen Vorteile bei der Studienplatzvergabe genießen. »Groza« hat speziell für »Mediazona« untersucht, wie die russische Hochschulbildung in den letzten anderthalb Jahren militarisiert wurde.

Drohnenflugschule und Kriegsertüchtigung: Welche Bildungsprogramme und Kurse wurden seit Kriegsbeginn an russischen Hochschulen eingerichtet?

In den letzten eineinhalb Jahren wurden an russischen Universitäten vermehrt Lehrveranstaltungen angeboten, deren Inhalt den Krieg gegen die Ukraine und den Abbruch der Beziehungen zu den westlichen Staaten rechtfertigen. Sie könnten auch dazu dienen, die Studierenden auf den Krieg vorzubereiten. Wir stellen die bemerkenswertesten Lehrveranstaltungen der neuen Lehrpläne vor.

Hybride Kriege

Im Jahr 2022 genehmigte das Ministerium für Bildung und Wissenschaft einen Kurs über hybride Kriegsführung, der an der Russischen Staatlichen Sozialen Universität (RGSU) entwickelt wurde, wo das Studium von »Elementen der Theorie und Praxis« der hybriden Kriegsführung in den meisten Studienprogrammen enthalten ist.

»Hybride Kriege sind eine Realität des 21. Jahrhunderts. Es handelt sich nicht um Kriege auf dem Schlachtfeld, sondern um Wirtschafts- und Medienkriege, um Kriege in den Köpfen der Menschen. Jeder von uns ist unmittelbar daran beteiligt. Man kann der hybriden Kriegsführung nicht entkommen, indem man sich zum Deserteur oder Pazifisten erklärt, sie wird einen trotzdem einholen. Man muss nur darauf vorbereitet sein. Und an der RGSU arbeiten wir daran, Fachleute auszubilden, die in der Lage sind, ihr Land zuverlässig zu verteidigen: mit wirtschaftlichen Mitteln, mit Informationen, in ideologischer Hinsicht und so weiter.«, sagte Dschomart Alijew, erster Vizerektor der RGSU.

Präsident Putin ist der Ansicht, dass »der Westen« einen hybriden Krieg gegen Russland führt: Im September 2022 sagte er, dass »Gier und das Streben nach unbegrenzter Macht die wahren Gründe für den hybriden Krieg sind, den der kollektive Westen gegen Russland führt«, und im Juli erklärte er auf Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, dass er die »antirussischen Sanktionen« als hybriden Krieg betrachte.

Im September 2022 hat die politikwissenschaftliche Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität (MSU) mit der Ausbildung von Spezialist:innen für die »Bekämpfung von modernen Informationstechnologien, hybriden Kriegen, Handelskriegen und Farbrevolutionen« begonnen. Die Studierenden lernen pseudowissenschaftliche neurolinguistische Beeinflussung, »Praktiken der Informationsoperationen«, den »Kampf gegen Fake News« und die Informationsunterstützung für »militärische Operationen«.

Auch an Universitäten werden vereinzelt Vorlesungen zur hybriden Kriegsführung gehalten: So fand im Dezember 2022 an der Moskauer Higher School of Economics ein zweitägiger Kurs zum Thema »Kampf gegen hybride Kriegsführung als Variante des Terrorismus« statt, bei dem die Studierenden über die Arbeit des »ZIPsO« und [seiner] »westlichen Kuratoren« informiert wurden (ZIPsO steht für Zentrum für informationspsychologische Operationen. Das ZIPsO ist als Cyber-Truppe eine Einheit der ukrainischen Spezialeinheiten und beschäftigt sich mit Informationskriegsführung: Mit Hilfe von Informationen soll psychologischer Druck auf den Gegner ausgeübt werden, Anm. d. Red. von Russland-Analysen).

Drohnen

Die russischen Behörden wollen die Zahl der Studierenden, die die Entwicklung von Drohnen erlernen, bis 2025 auf 40.000 und bis 2030 auf 180.000 erhöhen. Im föderalen Haushalt sind für den Zeitraum 2024–2030 57,7 Mrd. Rubel vorgesehen, davon allein 5,3 Mrd. Rubel im Jahr 2024.

Universitäten werben bereits um Studierende, die die Fähigkeit erlernen sollen, Drohnen zu bedienen. In St. Petersburg beispielsweise eröffnen die Polytechnische und die Elektrotechnische Universität (LETI) sowie die Staatliche Universität für Telekommunikation gesonderte Abteilungen und Fakultäten für Drohnenspezialist:innen: Letztere plant, in den kommenden Jahren spezialisierte Lehreinheiten und Fakultäten einzurichten.

Im Mai dieses Jahres organisierte das LETI einen Firmentag des »Speziellen Technologiezentrums (STZ)«, dem Herstellers der Militärdrohnen Orlan. Bei dieser Veranstaltung informierten Mitarbeiter:innen des STZ die Studierenden über Praktika im Unternehmen und über die neuesten Entwicklungen. Mit Hilfe von Orlan-Drohnen werden Studierende des St. Petersburger Colleges für Elektronik und Gerätetechnik bereits in der Reparatur von Drohnen ausgebildet. Sie haben die Aufgabe, Fehler an den Geräten zu finden und diese zu beheben.

In Tatarstan werden minderjährige Studierende des »Alabuga. Polytechnic« gezwungen, in Russland unter iranischer Lizenz hergestellte Shahed-Drohnen zusammenzubauen. Die Überstunden werden den Studierenden nicht bezahlt. Sie beschwerten sich, dass ihnen wegen der zusätzlichen Arbeitsbelastung keine Zeit zum Lernen bleibt. Die Studierenden werden auch gezwungen, »patriotisches« Paintball zu spielen, bei dem sie auf »Faschisten« mit NATO-Symbolen auf ihren Flaggen schießen.

Im November kündigte Oleg Koschemjako, der Gouverneur der Region Primorje, an, dass Studierende der regionalen Universitäten rekrutiert werden sollen, um Drohnen zu fertigen: »Bis Ende des Monats werden wir 100 Stück gebaut haben«, schrieb Koschemjako.

Militärischer Drill

Im Dezember 2022 hat das russische Ministerium für Bildung und Wissenschaft den Universitäten empfohlen, ab dem 1. September 2023 den gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium entwickelten Kurs »Grundlagen der militärischen Ausbildung« (Osnowy Woennoj Podgotowki, OWP) in den Lehrplan aufzunehmen. Am Ende des Kurses legen die Studierenden eine Prüfung ab. Die Autor:innen des Kurses schlugen vor, dass die Hochschulen selbst entscheiden sollten, ob das Lehrmodul auch von Frauen belegt wird. Ursprünglich war der Kurs für beide Geschlechter konzipiert.

Im Kurs »Grundlagen der militärischen Ausbildung« bauen die Studierenden ein Kalaschnikow-Sturmgewehr zusammen, bereiten sich auf den Einsatz von Granaten im Gefecht vor, studieren die Statuten der Streitkräfte der Russischen Föderation und lernen die Grundlagen der Formationsausbildung kennen.

Die Studierenden werden auch über »den Platz Russlands in einer multipolaren Welt« informiert und lernen, »militärische und politische Ereignisse aus der Sicht eines Patrioten des Vaterlandes« zu beurteilen.

An den meisten Universitäten der Region Jaroslawl wurde der Kurs bereits eingeführt: An der Pädagogischen Universität wird die militärische Ausbildung von allen Studierenden des ersten Studienjahres als eigenständiges Fach belegt, an der Technischen Universität von den Studierenden des zweiten und dritten Studienjahres im Rahmen des Faches »Bevölkerungsschutz«. An der Medizinischen Universität wird das Modul in die Fächer »Verwundeterversorgung« und »Katastrophenmedizin« integriert. Die Kurse werden von Veteranen des Krieges gegen die Ukraine geleitet.

Auch an den Moskauer Universitäten wurde der Kurs eingeführt, allerdings unterscheidet sich der Umfang erheblich: Am Institut für Physik und Technologie werden den Studierenden beispielsweise acht Stunden OWP vermittelt, an der Staatlichen Linguistischen Universität 108 Stunden. An den Staatlichen Juristischen und Pädagogischen Universitäten ist das Modul in den Zivilschutz integriert, während an der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und Öffentliche Verwaltung (RANChiGS) der Unterricht online stattfindet und die Vorlesungen zuvor aufgezeichnet wurden. An der Staatlichen Universität für Bauwesen hat die Universitätsleitung zugesagt, einen elektronischen Schießstand und Waffenmodelle in Originalgröße für den OWP-Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Die Russische Staatliche Soziale Universität bietet seit September 2022 einen Wahlkurs für die militärische Grundausbildung an. Der Rektor erklärte, dass die Studierenden selbst darum gebeten hätten und bezeichnete dies als »würdige zivile Antwort der Jugend auf die aktuellen Ereignisse«. In diesem Jahr plant die Universität, die »Grundlagen der militärischen Ausbildung« zu einer Pflichtveranstaltung zu machen.

Kriegsjournalismus

An der Kasaner Föderalen Universität und der Moskauer Staatlichen Universität wurde die Absicht geäußert, Lehrgänge für Militärjournalismus einzuführen, und an der Föderalen Ural-Universität (UrFU) wollte der Leiter des Fachbereichs Journalismus einen Weiterbildungskurs für Kriegsreporter:innen einführen. Bisher hat jedoch keine dieser Universitäten einen solchen Kurs eingerichtet.

Die Moskauer Staatliche Rasumowskij-Universität für Technologie und Management hat einen Studiengang »Medientechnologien und Informationspolitik der Kosaken« eingerichtet, in dem auch die Tätigkeit als Kriegsreporter:in und »Gegenpropaganda« gelehrt wird.

Auch in den annektierten Gebieten werden Militärjournalisten ausgebildet: An der Staatlichen Universität Melitopol wird ein Kurs für »Kriegsreporter« eröffnet, und im April fand an der Staatlichen Universität Luhansk mit Unterstützung der Staatlichen Universität St. Petersburg eine »internationale« Konferenz zum Thema »Militärjournalismus in der heutigen Welt« statt.

Früher wurden solche Veranstaltungen als Crashkurse durchgeführt. Im November 2022 organisierte die Higher School of Economics beispielsweise eine Master Class für Studierende über Kriegsreporter:innen, die von Alexander Sladkow, Korrespondent der staatlichen Mediengesellschaft WGTRK, geleitet wurde.

Veränderungen im Geschichtsunterricht

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation hat ein neues Konzept für den Geschichtsunterricht an Hochschulen genehmigt, mit dem die Studierenden am 1. September 2023 beginnen werden. Im Unterrichtsblock über das moderne Russland werden die Studierenden über »die NATO-Osterweiterung« und »die Weigerung der USA, der NATO und der EU, über die Bedrohung der nationalen Sicherheit Russlands zu diskutieren« sowie über »die bewaffneten Provokationen und die Vorbereitungen des ukrainischen Regimes für eine gewaltsame Übernahme der Donbass-Republiken« unterrichtet.

Ebenfalls zum 1. September wird die Zahl der Pflichtstunden für das Studium der Geschichte in den nicht-historischen Fächern von 108 auf 144 Stunden erhöht. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft hat diesen Erlass gemeinsam mit der Russischen Historischen Gesellschaft im Rahmen des Konzepts der »patriotischen« Erziehung der Jugend erarbeitet.

»Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation schreibt: »Eine verstärkte Aufmerksamkeit für das Studium der russischen Geschichte an den Hochschulen wird es ermöglichen, der Verfälschung der Geschichte in all ihren Erscheinungsformen entgegenzuwirken und in den Studierenden ein Gefühl des Patriotismus, des Bürgersinns, des Respekts vor dem Gedächtnis der Generationen und der Verantwortung für das Schicksal des Landes zu entwickeln.«

Die Präsidialverwaltung hat auch die Lehrveranstaltung »Grundlagen und Prinzipien der russischen Staatlichkeit« aufgelegt, für Studierende aller Fachrichtungen eingerichtet. Der Kurs soll »Akzente in der Weltanschauung der Studierenden setzen« und ihnen unter anderem erklären, warum Russland »schon immer den Angriffen verschiedener äußerer Gegner standhalten musste«.

Im November 2022 gab der russische Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung, Walerij Falkow, bekannt, dass 480 russische Universitäten, an denen 90 Prozent der Studierenden des Landes eingeschrieben sind, ein Bildungsmodul zur staatsbürgerlichen, »patriotischen« und »geistig-moralischen Erziehung der Jugend« mit dem Titel »Der Große Vaterländische Krieg verjährt nicht« eingeführt haben. Das Modul wurde von der Staatlichen Universität Pskow entwickelt, um »die historische Erinnerung an die Tragödie der sowjetischen Zivilbevölkerung als Opfer der Kriegsverbrechen der Nazis und ihrer Komplizen während des Großen Vaterländischen Krieges, zu bewahren«.

Seit 2021 werden Studierende an sechs Hochschulen zu diesem Bildungsmodul zugelassen: an der Südlichen Föderalen Universität Rostow, der Baltischen Föderalen Universität Kaliningrad, der Technischen Staatlichen Universität Don, der Föderalen Universität Krim sowie an den Staatlichen Universitäten Chabarowsk und Pskow. Nur die Südliche Föderale Universität hat das Modul für alle Studiengänge verpflichtend eingeführt: Bachelor-Studierende absolvieren den Kurs 36 Stunden im Hörsaal und 108 Stunden in selbständiger Arbeit, Master-Studierende – 72 Stunden im Hörsaal und 108 Stunden in selbständiger Arbeit.

Ein Generalmajor als Rektor und Kriegsveteranen als Lektoren für »Patriotismus«: Wie Militärs in der Hochschulbildung eingesetzt werden

Im November 2022 übernahm Igor Murog, ein regionaler Abgeordneter (Einheitliches Russland), ehemaliger Staatsbeamter und pensionierter Generalmajor der Armee, das Amt des Rektors der Staatlichen Universität Rjasan. Kurz nach seiner Ernennung spendeten die Studierenden 50 Kilogramm Äpfel für das russische Militär, die Vorlesungen begannen mit dem Hissen der russischen Flagge, und Priester wurden zur Einweihung des Universitätsschwimmbads eingeladen. Eine Woche nach Murogs Ernennung erschien im Internet eine Petition, die den Rücktritt des Rektors forderte und bis März von 1.300 Personen unterzeichnet wurde. Murogs Führungsstil sei »eher für das Militär geeignet«, so der Verfasser der Petition (<https://www.groza.media/posts/my-kak-ispravitelnaya-koloniya>).

Ein weiterer Silowik hat eine Stelle an der KFU angetreten: Der pensionierte Polizeioberst Ilnur Chajrullin wurde zum stellvertretenden Prorektor für allgemeine Angelegenheiten ernannt. Zuvor war er Leiter der Abtei-

lung für die Bekämpfung von Korruption und Veruntreuung von Haushaltsmitteln (im Innenministerium von Tatarstan, Anm. d. Red.) und ist nun für das Eigentum der Universität sowie für ihre wirtschaftliche und zivile Sicherheit zuständig.

Auch föderale Projekte befassen sich mit dem Einsatz von Militärangehörigen in der Hochschulbildung. So hat Rosmolodjosch (die Jugendagentur der russischen Zentralregierung, Anm. d. Red.) das Projekt »Dein Held« ins Leben gerufen, in dessen Rahmen Soldaten, die aus dem Krieg gegen die Ukraine demobilisiert wurden, für die Arbeit in »patriotischen« Bildungszentren an Universitäten, Schulen und Jugendeinrichtungen umgeschult werden. Mehr als 200 ehemalige Soldaten nehmen bereits an diesem Projekt teil.

Die erste Hochschule, die im Rahmen des Projekts Soldaten umgeschult hat, war die Staatliche Technische Universität Don. Dort haben sich 22 Veteranen des Krieges gegen die Ukraine für den Kurs »Lehrkraft über den zweiten Bildungsweg« eingeschrieben.

»Unsere Universität ist daran interessiert, günstige Bedingungen für die Sozialisierung und Anpassung der Teilnehmer an der SWO (Abkürzung für die »Militärische Spezialoperation«, Anm. d. Red.) und ihre weitere Integration in das System der patriotischen Erziehung in der Region zu schaffen. Ich bin davon überzeugt, dass die Erfahrungen der Soldaten der jungen Generation helfen werden, die richtigen Entscheidungen für ihren zukünftigen Lebensweg zu treffen«, sagte der Rektor der Staatlichen Technischen Universität des Dagebiets Besarion Meschi.

Kostenloses Essen für einen kämpfenden Vater: Welche Vergünstigungen bieten Universitäten Kriegsveteranen und ihren Kindern?

Im Mai 2022 unterzeichnete Putin einen Erlass, demzufolge 10 Prozent der Studienplätze an Universitäten an Kinder von Angehörigen des Militärs und des Innenministeriums vergeben werden, die am Krieg teilgenommen haben. Im August desselben Jahres gewährten die Behörden diese Vergünstigung den Kindern von Offizieren der Gefängnisaufsichtsbehörde FSIN, die gegen die Ukraine gekämpft hatten, und im Dezember den Soldaten, die mit dem Titel »Held Russlands« oder mit drei Tapferkeitsmedaillen ausgezeichnet worden waren.

Ist ein Elternteil einer:s Bewerber:in im Krieg gefallen oder verwundet worden, so kann der oder die Bewerber:in ohne Prüfung an allen Hochschulen, mit Ausnahme der Kunst- und Musikhochschulen, zugelassen werden.

Im Jahr 2023 haben Kriegsveteranen und ihre Kinder dank der staatlichen Quote 8.500 Studienplätze belegt. Mehr als 800 von ihnen wurden an Spitzenuniversitäten zugelassen, die meisten von ihnen hatten die Aufnahmeprüfung mit schlechteren Noten oder gar nicht bestanden.

Im März 2023 schlug die Partei »Neue Leute« vor, Kriegsveteranen selbst sowie Kindern, deren Väter gegen die Ukraine gekämpft haben, eine bevorzugte Zulassung zu den Universitäten zu gewähren.

Einige Universitäten haben von sich aus zusätzliche Vergünstigungen gewährt: Die Higher School of Economics befreite Studierende, die im Krieg gekämpft hatten, von den Studiengebühren, während denjenigen, die bereits gebührens pflichtig studierten, versprochen wurde, dass sie bei guten akademischen Leistungen durch Stipendien von den Studiengebühren befreit würden. Die Russische Akademie für Volkswirtschaft und Öffentlichen Dienst beim Präsidenten der Russischen Föderation (RANEPa) hat für das akademische Jahr 2022/2023 300 Stipendien für die Übernahme der Studiengebühren für Kinder aus Militärfamilien zur Verfügung gestellt.

Im Oktober begann die Uraler Föderale Universität mit der finanziellen Unterstützung von Kriegsheimkehrern und Kindern von gefallenen oder schwer verwundeten Soldaten, während die Regierung von Tatarstan beschloss, Studierenden, deren Familienangehörige einberufen wurden, kostenlose Mahlzeiten zur Verfügung zu stellen.

Im Mai richtete das Ministerium für Bildung und Wissenschaft ein Schreiben an die Universitäten, in dem Maßnahmen zur Unterstützung von Kriegsveteranen und Kindern von Kriegsveteranen, die an Universitäten studieren, empfohlen werden. So soll insbesondere von den Hochschulen bereitgestellt werden:

- materielle Unterstützung
- Ermäßigung der Ausbildungskosten
- Ermöglichung von Ratenzahlungen
- Bevorzugte Bereitstellung eines Wohnheimplatzes

Das Bildungsministerium empfahl den pädagogischen Hochschulen ähnliche sozialpolitische Maßnahmen.

Im Mai dieses Jahres unterzeichnete der russische Premierminister Michail Mischustin einen Erlass, der es Kriegsveteranen und Familienangehörigen gefallener Soldaten ermöglicht, sich an drei Universitäten in »stark nachgefragten Fachrichtungen« umschulen zu lassen: an der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und öffentliche Verwaltung, am Institut für die Entwicklung der Berufsbildung in Moskau und an der Staatlichen Universität Tomsk. Arbeitgeber erhalten Zuschüsse, wenn sie Absolventen dieser Programme einstellen.

Den Krieg zu verurteilen ist ein »unmoralischer Akt«: Wie Universitäten Lehrkräfte entließen und Studierende exmatrikulierten, weil sie gegen den Krieg waren

Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine versuchen die Universitäten, Kriegsgegner:innen loszuwerden: Ihre politischen Ansichten werden als »unmoralisch« bezeichnet, oft müssen sie nach Verlassen der Universität ins Exil gehen.

So hat die Higher School of Economics Ilja Inischew, außerordentlicher Professor für Kulturwissenschaften, und Dinara Gagarina, außerordentliche Professorin an der Permer Niederlassung der Hochschule, entlassen, weil ihre Antikriegsbeiträge in sozialen Netzwerken vom Ethikausschuss der Hochschule als »unmoralische Handlungen« eingestuft wurden. Inischew postete auf Facebook »Russisches Kriegsschiff, fick dich!«, während Gagarina schrieb:

»Ich denke, wie viele Menschen um mich herum, ständig an den Krieg. Selbst wenn ich mich einer kleinen oder sehr wichtigen Aufgabe widme, meinem Kind ein Minecraft-T-Shirt aussuche oder über einen Witz lache. Der Krieg ist jetzt das Prisma in meinem Kopf, durch das ich unsere Handlungen und die Stärke unserer Gefühle beurteile, unsere Werte überprüfe und uns neu positioniere.«

Nach Angaben der Universitätsverwaltung haben sich Eltern von Studierenden über Gagarinas Beiträge beschwert. Dinara versucht, die Universität zu verklagen, da das russische Arbeitsrecht die Entlassung wegen »unmoralischer Handlungen« nicht zulässt. Gagarina hat vor kurzem eine Stelle als Dozentin an der American University of Central Asia in Bischkek erhalten.

Denis Skopin, Dozent an der Fakultät für freie Künste und Wissenschaften der Staatlichen Universität St. Petersburg, wurde ebenfalls wegen »unmoralischer und mit der Lehre unvereinbarer Handlungen« entlassen. Er war im September bei einer Demonstration gegen die Mobilmachung festgenommen worden.

An der Staatlichen Universität Belgorod wurde Professorin Tatjana Nowikowa entlassen, nachdem sie der »Diskreditierung der Armee« beschuldigt worden war. Zuvor war sie zu einer Geldstrafe von 30.000 Rubel verurteilt worden. Nowikowa wurde wegen eines Antikriegskommentars in VKontakte verurteilt, den sie in der Verhandlung auf einen Zustand »seelischer Erregung« über den Tod ihres Neffen in der Ukraine und das Schicksal ihrer Brüder, die im März in Charkiwer Kellern übernachteten mussten, zurückführte:

»Ich konnte meine Emotionen nicht zurückhalten und meine Wortwahl nicht kontrollieren, ich konnte einfach nicht anders, als mich in die Debatte einzumischen, als eine Diskussion über das Verhalten einer Frau entbrannte, die mit einem Plakat ›Nein zum Krieg‹ protestierte, worauf ich reagierte: ›Warum, ist es denn besser, den Krieg zu bejahen?!‹«, sagte Nowikowa.

An der Staatlichen Universität Brjansk wurde ein außerordentlicher Geschichtsprofessor entlassen, nachdem er russische Soldaten in sozialen Medien als »frisch gebratenes Kanonenfutter in Zinkbehältern« bezeichnet hatte. An der Staatlichen Universität Pjatigorsk wurde die außerordentliche Professorin Jelena Kabakowa wegen »Diskreditierung der Armee« entlassen und mit einer Geldstrafe belegt, nachdem sie einer Studentin, deren Schwiegervater im Krieg gegen die Ukraine gekämpft hatte, gesagt hatte, sie wünsche ihrem Schwiegervater »den Tod« (wörtlich: »eine mit Glassplittern durchsetzte Erde«, also einen schmerzhaften Tod, Anm. d. Red.).

Pawel Kolosnizyn, Dozent an der Staatlichen Universität Nowgorod, wurde ebenfalls nach einer Ordnungswidrigkeit wegen »Diskreditierung der Armee« entlassen. Er wurde anonym wegen eines Artikels über die Mobilmachung angezeigt:

»Mobilmachung ist, wenn Menschen, die nicht sterben wollen, Menschen, die nicht kämpfen wollen, in den Tod schicken«, schrieb Pawel in seinen sozialen Netzwerken.

Der außerordentliche Geschichtsprofessor Michail Belousow wurde von der Staatlichen Universität St. Petersburg wegen eines Telegram-Posts entlassen, der von Studierenden an die Universitätsleitung weitergeleitet wurde. Darin unterstützt ein Mann mit dem Nachnamen Belousow die ukrainischen Streitkräfte und bezeichnet die »direkte und offene Befürwortung des Raschismus« (die russische Form des Faschismus, Anm. d. Red.) als abstoßend. Dies geschah vor dem Hintergrund einer Trauerfeier an der Universität für Fjodor Solomonow, einen Studenten der Staatlichen Universität St. Petersburg, der im Krieg gefallen war. Belousow behauptet, das Profil, von dem aus die Nachrichten geschrieben wurden, gehöre ihm nicht.

Die Universitäten versuchen nicht nur, Lehrkräfte mit unliebsamen Ansichten loszuwerden. Auch Studierende werden wegen ihrer Antikriegshaltung massenhaft exmatrikuliert.

Gleichzeitig mit der Entlassung Belousows schloss die SPSU (Staatliche Universität St. Petersburg) sieben ihm nahestehende Studierende des Instituts für Geschichte aus. Als Grund dafür gaben kriegsbefürwortende Quellen die »Zelle der Russophobie« an, die angeblich in der SPSU unter der Leitung von Belousow existiere. In den Beschlüssen der Ethikkommission hieß es, die Studierenden hätten das Andenken von Fjodor Solomonow, einem im Krieg gefallenen Studierenden der Staatlichen Universität St. Petersburg, »verleumdet« und sich über ihn »lustig gemacht«.

An der Moskauer Staatlichen Universität wurden zwei Studentinnen der Fakultät für Journalismus exmatrikuliert, nachdem sie in Chats der Universität die »patriotische« Aktion eines Kommilitonen verurteilt hatten, der im Gebäude der Journalismus-Fakultät in einem T-Shirt mit einem Z eine »LNR«-Flagge (der völkerrechtlich nicht anerkannten »Volksrepublik Luhansk«, die im September 2023 von Russland annektiert wurde, Anm. d. Red.) schwenkte. Die Studierenden wiesen darauf hin, dass politische Aktionen an der Universität verboten sind, und waren empört, dass die Universität nur regierungskritische politische Äußerungen bestraft. Sogar Wladimir Solowjow (ein Fernseh- und Youtube-Propagandist mit einem Millionenpublikum, Anm. d. Red.) kommentierte den Vorfall. Er postete Screenshots des Dialogs der Studierenden auf seinem Telegram-Kanal, ohne ihre Namen zu schwärzen, woraufhin die Studierenden Drohungen von Kriegsbefürworter:innen erhielten.

Wladislaw Igolinskij, Student im zweiten Jahr an der Russischen Technischen Universität MIREA in Moskau wurde exmatrikuliert, nachdem sich der Leiter des Wohnheims über seinen Antikriegs-Profilbild im sozialen Netzwerk VKontakte beschwert hatte. Das Profil enthielt die Aufschrift »Nein zum Krieg« sowie ukrainische und russische Flaggen. Der Leiter des Studierendenwohnheims postete das Profilbild im Chat des Wohnheims, woraufhin der Aufseher die Seite von Wladislaw überprüfte und ihn dem Direktor des Wohnheims meldete. Wladislaw wurde ohne Erklärung von der Universität exmatrikuliert und verließ Russland.

Die Polytechnische Universität Tomsk exmatrikulierte Bogdan Owtschinnikow nach einer Mahnwache gegen den Krieg. Im März 2022 ging er mit einem Plakat mit der Aufschrift »Tragödie« auf die Straße und wurde zu einer Geldstrafe von 45.000 Rubel verurteilt. Nach seiner Exmatrikulation wanderte Bogdan nach Georgien aus.

»In der Sitzung des Exmatrikulationsausschusses hörte ich einen lustigen Minivortrag darüber, dass man den russischen Staat in solchen Zeiten nicht kritisieren dürfe, dass man den Soldaten nicht in den Rücken spucken dürfe und dass dies eigentlich »unser« Land (gemeint ist die Ukraine, Anm. d. Red.) sei, und sobald das Gesindel weg sei, würden wir dort den Kommunismus einführen. Nach solchen Äußerungen habe ich wenig Lust, an diese Universität zurückzukehren«, sagt Bogdan.

Sammlung von Hilfsgütern für die Armee und Partnerschaft mit Universitäten der »Volksrepubliken Donezk und Luhansk« (L/DNR) – Wie Universitäten dem Krieg Vorschub leisten

Die Universitäten versuchen auf verschiedene Weise, die russische Aggression zu unterstützen. Zum Beispiel, indem sie Hilfsgüter für die Soldaten sammeln und den Universitäten der »L/DNR« (Teile der Gebiete sind von Russland besetzt, völkerrechtlich gehören die Regionen zur Ukraine, Anm. d. Red.) helfen.

Zusammenarbeit mit Universitäten in den besetzten Gebieten

Die Staatliche Universität Kuban hat Lehrkräfte zur »methodischen Unterstützung« nach Melitopol entsandt, während die Staatliche Juristische Ural-Universität Lehrkräfte aus Melitopol in russischem Recht ausbildet. Regionale Studierendenteams aus dem Gebiet Swerdlowsk haben zugesagt, Studierende zum »Wiederaufbau des Donbass« zu entsenden.

Russische Universitäten haben Abkommen mit Universitäten in den besetzten Gebieten geschlossen: Im Mai dieses Jahres unterzeichnete Minister Falkow einen Erlass über Partnerschaftsabkommen zwischen 23 russischen Universitäten und 22 Universitäten der »DNR« und der »LNR«.

So wurden beispielsweise die Moskauer Staatliche Universität, die Bergbauuniversität St. Petersburg, die Moskauer Staatliche Juristische Universität, die Staatliche Ural-Wirtschaftsuniversität und die St. Petersburger Polytechnische Universität Partner der Universitäten der »Volksrepubliken«, während die Higher School of Economics ein Abkommen über »strategische Zusammenarbeit im Bildungsbereich« mit der Regierung (gemeint ist die Besatzungsverwaltung, Anm. d. Red.) der »LNR« unterzeichnete.

Auf dem Ersten Bildungsforum der Hochschulen Russlands und des Donbas im Juni dieses Jahres unterzeichneten das russische Ministerium für Bildung und Wissenschaft und die Bildungsministerien der Republiken Memoranden »Über gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung«.

»Die Kriegsstimmung im Donbass hautnah miterleben«. Kriegshetze gegen die Ukraine

Die Woronescher Choreografeschule stellte einen Aufsteller über den Nationalsozialismus auf, auf dem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit Heinrich Himmler verglichen wurde. An der Staatlichen Universität Nowosibirsk war der Flur des Studierendenwohnheims mit Schneeflocken »geschmückt«, in deren Mitte Fotos von Studierenden mit einem »Z« standen (dem Buchstaben, der symbolisch für Russlands sogenannte »militärische Spezialoperation«, also den Krieg gegen die Ukraine, steht, Anm. d. Red.).

Die Medizinische Universität Nowosibirsk schaltete auf ihrer Website eine Anzeige für die »Volksfront«, in der Geld für Quadropter und Munition für die Streitkräfte der »DNR« und »LNR« gesammelt wurde.

Studierende der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und öffentliche Verwaltung in Lipezk wurden gezwungen, die Show »Höfliche Leute« zu besuchen (auf Russisch *weschliwye ljudi*, wo das erste Wort mit dem lateinischen Buchstaben »V« statt mit dem kyrillischen Buchstaben »В« beginnt, der neben dem »Z« ein weiteres Symbol des Krieges gegen die Ukraine ist, Anm. d. Red.). Auf dem Werbeplakat für die Veranstaltung hieß es, dass die Zuschauer:innen »in Echtzeit die Arbeit der militärischen Spezialeinheiten sehen können, Terroristen der ukrainischen Armee sehen und die Atmosphäre des Krieges im Donbass hautnah erleben«.

Erstsemester der Fakultäten für Soziologie und Politikwissenschaft der Staatlichen Universität St. Petersburg versammelten sich unter dem Vorwand der »Lösung organisatorischer Fragen« zu einem provokativen Vortrag von Michail Romanow, Abgeordneter der Staatsduma für die Partei »Einiges Russland«. In seiner Rede verwendete er Zitate des rechtsextremen Publizisten Alexander Dugin und behauptete, als Folge des Krieges gegen die Ukraine müsse »die Struktur der unipolaren Welt zerstört werden«.

Im April 2022 verließen die Studierenden der Föderalen Ural-Universität in Scharen eine Vorlesung »über den schädlichen Einfluss der Ukraine und der NATO«, und an der Staatlichen Universität Mordowien versammelten sich die Studierenden im Oktober, um einen Teilnehmer des Krieges gegen die Ukraine zu treffen. Der Soldat erzählte, dass »die örtliche Bevölkerung größtenteils die russische Armee unterstützt« und erinnerte an einen Vorfall, bei dem eine Großmutter »eine ganze Tasche mit selbstgemachten Geschenken mitgebracht hatte und versuchte, sie den russischen Soldaten zu übergeben«.

An der KFU (Kasaner Föderale Universität) sprachen Oleg Morosow, ein Abgeordneter der Staatsduma, der dazu aufrief, die »Operation siegreich zu beenden«, und Marat Baschirow, ein Polittechnologe und ehemaliger Vorsitzender des Ministerrats der »LNR«, über die »militärische Spezialoperation«. Baschirow sagte, er gehe an die Universitäten, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die nicht fernsehen:

»Die meisten von euch schauen nicht fern. Ihr seid die Generation TikTok, Menschen mit einer Clip-Mentalität. Ihr surft leicht im Internet, aber ihr wisst noch nicht, wo die Wahrheit und wo die Lüge ist. Für euch ist das, was jetzt in der Ukraine passiert, der erste große Schock dieses Ausmaßes«, sagte Baschirow.

Socken, Hosen, Ikonen und Flaggen. Sammeln von Hilfsgütern für das Militär

An der Staatlichen Agraruniversität Kuban wurden die Studierenden gebeten, 300 Rubel für die russische Armee zu spenden, die Mitarbeitenden der Staatlichen Universität Tambow wurden gebeten, 250 Rubel für Trockenrationen der Soldaten zu spenden, und die Mitarbeitenden der Staatlichen Universität Woronesch wurden gebeten, ein Tagesgehalt für die russischen Streitkräfte zu spenden.

An der Kasaner Staatlichen Agraruniversität sammelten Lehrkräfte und Master-Studierende Geld für das Bataillon »Timer« in Tatarstan, und an der Föderalen Ural-Universität sammelten sie Hilfsgüter für die Söldnertruppe Wagner. Die »patriotische« Gemeinschaft der Higher School of Economics »Weißer Rabe« übergab »feierlich« Quadrokopter an die russische Armee.

Die Staatliche Medizinische Ural-Universität sammelte 350 Kilogramm Hilfsgüter für das Militär, die Kasaner Föderale Universität 400 Kilogramm, und an der Baschkirischen Staatlichen Universität wurden die Studierenden aufgefordert, Socken, Unterwäsche, Ikonen und Flaggen für die Soldaten mitzubringen.

An der Kasaner Staatlichen Universität nähten die Studierenden Bekleidung und Ausrüstung für die Bataillone »Timer«, »Alga« und »Bars«. An der Staatlichen Universität Pskow und der Staatlichen Elektrotechnischen Universität St. Petersburg wurden Tragen für das Militär hergestellt. Studierende der Staatlichen Universitäten Omsk, Surgut, Orjol und Altaj sowie der Sibirischen Staatlichen Medizinischen Universität verteilten während der Mobilmachung Einberufungsbescheide, und Studierende der Berufsschulen in Orjol, Krasnojarsk und Tomsk stellten »Burschujka-Herde« für die Armee her. Dies sind nur einige Beispiele.

Militärische Ausbildungszentren und wissenschaftliche Kompanien

Seit Beginn des Krieges hat der Staat die Zahl der militärischen Ausbildungszentren weiter erhöht: Im Dezember 2022 beschloss der russische Premierminister Michail Mischustin die Gründung von 16 neuen Ausbildungszentren, die im September 2023 ihren Betrieb aufnahmen. Unter anderem werden Zentren an den staatlichen Universitäten in Nowgorod, Smolensk, Sachalin und Astrachan eröffnet.

Im Jahr 2023 eröffneten die Behörden weitere Ausbildungszentren: Im Februar ordnete Mischustin die Eröffnung eines Zentrums an der Universität für Wissenschaft und Technologie in Ufa an. Die Universitäten von Kaluga und Majkop berichteten über die Vorbereitungen zur Eröffnung eines Ausbildungszentrums, und die Behörden der Region Magadan berichteten über die Eröffnung eines Ausbildungszentrums an der Nordöstlichen Staatlichen Universität.

Darüber hinaus hat das russische Verteidigungsministerium nach Beginn der Mobilmachung Hochschulabsolventen aktiv ermutigt, sich wissenschaftlichen Kompanien anzuschließen, also militärischen Einheiten in russischen Forschungsorganisationen. Zu dieser Zeit begannen Vorlesungen über wissenschaftliche Kompanien an Universitäten im ganzen Land, zum Beispiel an der Kasaner Föderalen Universität und der Nowosibirsker Staatlichen Universität.

Studierende der Staatlichen Technischen Universität Nowosibirsk wurden ermutigt, sich im Gegenzug für den Erlass ihrer Studiengebührens schulden »wissenschaftlichen Kompanien« der russischen Streitkräfte anzuschließen. Studierende der Föderalen Ural-Universität wurden per E-Mail aufgefordert, in wissenschaftliche Kompanien der Nationalgarde (Roswardija) einzutreten. Die Moskauer Staatliche Universität, das Moskauer Institut für Physik und Technologie, die Kasaner Föderale Universität, die Föderale Ural-Universität und die Nowosibirsker Staatliche Universität veröffentlichten auf ihren Websites Rekrutierungsanzeigen.

Die Russland-Analysen bedanken sich bei der Redaktion von Groza für die Erlaubnis, diesen Text in deutscher Übersetzung abdrucken zu dürfen. Das Original ist zugänglich unter <https://www.groza.media/posts/militarizazzia> und erschien am 19. Oktober 2023.

Über das Autor:innenkollektiv

Groza (dt. Gewitter) ist ein unabhängiges, russischsprachiges Netzwerk von Journalist:innen, die über die Probleme der russischen Wissenschaft und der Hochschulbildung, Korruption an den Universitäten, Zensur, rechtswidrige Exmatrifikationen und Repressionen gegen Studierende und Lehrkräfte berichten.

INTERVIEW

Der ehemalige Prorektor Andrei Yakovlev im Interview über die postsowjetische Geschichte der Higher School of Economics

Andrei Yakovlev (Davis Center, Harvard University; Hanse Wissenschaftskolleg, Delmenhorst)

T-invariant: In der ersten Hälfte der 90er Jahre wurden in Russland mehrere einzigartige Universitäten gegründet. Dazu gehörten die Schaninka (Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften), die Europäische Universität in St. Petersburg, die NES (New Economic School) und die HSE (Higher School of Economics). Aufgabe dieser Hochschulen war es, den Nachwuchs in den Sozial- und Geisteswissenschaften auszubilden und neues Wissen zu generieren. Die Gründungsmodelle dieser Hochschulen waren jedoch sehr unterschiedlich. Heute, fast 30 Jahre später, befinden sich alle vier in einer schwierigen Situation. Beobachten wir den Niedergang der insgesamt sehr gut entwickelten geistes- und sozialwissenschaftlichen Universitäten in Russland?

Andrei Yakovlev: Diese Universitäten wurden in der Tat ungefähr zur gleichen Zeit gegründet, aber die Situation der Higher School of Economics und der anderen von Ihnen genannten Universitäten ist heute eine andere. Ja, alle vier Projekte haben ernsthafte Probleme, weil sie darauf ausgerichtet waren, neue Bildungsstandards in Russland zu etablieren, eng mit ausländischen Partnern zusammenzuarbeiten und sich in globale akademische Netzwerke zu integrieren. Dies ist nun kaum oder gar nicht mehr möglich. Im Falle der Higher School of Economics ist dieser Rückschritt gegenüber den ursprünglichen Zielen der HSE noch deutlicher.

T-invariant: Warum? Weil die Wyschka (Spitzname für die HSE, Anm. d. Red.), wie Ihr Kollege Igor Lipsiz es ausdrückt, »zu einer mundtoten Universität geworden ist«?

Andrei Yakovlev: Nein, das ist nicht der Grund. Ganz ähnlich ergeht es der NES, der Europäischen Universität und der Schaninka. Vor allem gilt das für die Schaninka nach all den Strafverfahren gegen den ehemaligen Rektor Sergej Sujew.

T-invariant: Und warum ist das so?

Andrei Yakovlev: Weil noch keine einzige:r Professor:in der Europäischen Universität, der NES oder der Schaninka einen Atomschlag gegen Europa gefordert hat. Aber an der Higher School of Economics hat sich eine solche Person gefunden, und wir alle kennen ihren Namen (gemeint ist Sergej Karaganows Artikel »Eine schwere, aber unerlässliche Entscheidung« vom 19.6.2023, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/eine-schwere-aber-unerlaessliche-entscheidung/>, Anm. d. Red.).

Außerdem gibt es sogar eine offizielle Entscheidung der Ethikkommission des Akademischen Rates der Higher School of Economics, dass solche Äußerungen unproblematisch sind. Zuvor hatte dieselbe Ethikkommission bei Äußerungen anderer Professor:innen, deren persönliche Meinung weitaus weniger öffentliche Aufmerksamkeit erregt hatte, genau das Gegenteil entschieden. Zudem reist die Hochschulleitung der Schaninka, der Europäischen Universität und der NES nicht in den Donbas. Und soweit ich von Kolleg:innen dieser Universitäten weiß, gibt es dort immer noch ein ziemlich hohes Maß an akademischer Selbstverwaltung, was in der Tat eines der grundlegenden Merkmale dieser neuen Universitäten zum Zeitpunkt ihrer Gründung war.

T-invariant: Für diejenigen, die mit dem russischen Hochschulsystem nicht so vertraut sind, ist es ziemlich schwierig, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Wyschka zu erklären. Manche fragen sich sogar: »Nun, wir erleben den Niedergang einer großen Universität, aber warum sollte man ihr nachtrauern? Es gibt doch die Moskauer Staatliche Universität, die St. Petersburger Staatliche Universität, die Russische Akademie für Volkswirtschaft und Öffentliche Verwaltung; dort wird es auch nicht besser. Warum löst gerade die Wyschka eine so emotionale Reaktion aus?« Wenn Sie mit Amerikaner:innen sprechen, womit würden Sie die Wyschka vergleichen? [...]

Andrei Yakovlev: Gute Frage! Eigentlich gibt es in den USA keine Analogie, denn die Bedeutung der Higher School of Economics in den letzten zwanzig Jahren war dadurch bestimmt, dass sie nicht nur eine Universität war, sondern auch eine der größten Denkfabriken, die für die Regierung und für die Gesellschaft als Ganzes gearbeitet hat. Das möchte ich betonen. Insofern ist die Bildungslandschaft in den USA anders strukturiert. Dort gibt es viele starke Universitäten, die miteinander vergleichbar sind und im Wettbewerb stehen. Eine ähnliche Kluft wie in Russland zwischen der Higher School of Economics und anderen Universitäten, zumindest im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften, gibt es in den USA, Deutschland oder Frankreich nicht. In den USA und Westeuropa unterscheiden sich die Universitäten nicht um Größenordnungen.

In den USA und Europa sind es zudem nicht die Universitäten selbst, die Analysen für die Regierung oder die Gesellschaft erstellen, sondern sogenannte Think Tanks – kompakte und autonome Denkfabriken.

T-invariant: Aber Sie arbeiten doch gerade in einer dieser Denkfabriken in Harvard, nicht wahr?

Andrei Yakovlev: Ja, das Davis Center, an dem ich derzeit arbeite, ist auf die Forschung zu Russland und der ehemaligen Sowjetunion spezialisiert. Es ist ein interdisziplinäres Wissenschaftszentrum, in dem es Philolog:innen, Historiker:innen, Kulturhistoriker:innen und Politikwissenschaftler:innen gibt, aber fast keine Wirtschaftswissenschaftler:innen. Das ist aber nicht einmal annähernd vergleichbar mit den Instituten, die es an der Wyschka gab und gibt, wie das Institut für Bildungswesen, das Institut für staatliche und kommunale Verwaltungsfragen, das Institut für Sozialpolitik oder das Institut für Wissensökonomie und statistische Forschung, wo mehrere hundert Expert:innen zusammenarbeiten und jedes Jahr Dutzende von Großprojekten durchgeführt werden. Das Besondere an der Higher School of Economics war, dass sie lange Zeit eine Universität mit akademischen Grundwerten und gleichzeitig eine Art staatliche Reformbehörde war. Ich kenne nichts Vergleichbares.

T-invariant: Zurück zu den vier neuen Universitäten. Die Wyschka begann ihren Weg als kleine Hochschule. Wie wurde daraus die Wyschka, die zugleich Denkfabrik und klassische Forschungsuniversität ist?

Andrei Yakovlev: Alle vier Universitäten setzten von Anfang an darauf, international etablierte Bildungsstandards in den Sozialwissenschaften auch in Russland einzuführen. Denn das Erbe der Sowjetzeit musste überwunden werden. Die Sozialwissenschaften wurden in der Sowjetunion durch ideologische Scheuklappen und die Notwendigkeit, die marxistisch-leninistische politische Ökonomie und den wissenschaftlichen Kommunismus zu studieren, an ihrer Entwicklung gehindert. Das Wissen, das sich im Westen in den letzten hundert Jahren zu einer echten Wissenschaft entwickelt hatte, war in der Sowjetunion bestenfalls im Spezchran, also in Sonderabteilungen von Bibliotheken und Archiven mit unterschiedlichen Geheimhaltungsstufen, zu erwerben, wenn man überhaupt Zugang dazu hatte.

Dieser katastrophale Zustand der Sozialwissenschaften hat entscheidend zum Zusammenbruch der Sowjetunion beigetragen. Denn selbst diejenigen, die aufrichtig etwas verändern wollten, hatten wenig Ahnung von dem, was um

sie herum geschah. Neue Universitäten wurden gegründet, weil in der öffentlichen Verwaltung und in der Wirtschaft ein akuter Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften herrschte. Die Marktwirtschaft entwickelte sich und es bestand ein großer Bedarf an Wirtschaftswissenschaftler:innen, Manager:innen, Jurist:innen und Soziolog:innen. Sie waren sowohl in der Wirtschaft als auch in der Staatsverwaltung gefragt. Bei allem Respekt vor den ehrlichen und keineswegs korrupten Beamten, die im Gosplan-System der UdSSR gearbeitet hatten und Anfang der 90er Jahre im russischen Wirtschaftsministerium landeten, konnte man von ihnen keine kompetente Wirtschaftspolitik erwarten. Sie waren in einer völlig anderen Realität aufgewachsen.

Die primäre Aufgabe aller vier Universitäten war es daher, international anerkannte Standards in der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung in Russland zu etablieren. Gleichzeitig hatten alle Universitäten einen Anspruch, der weit über die Ausbildung der Studierenden hinausging: Es sollten auch neue Ideen für Gesellschaft und Staat generiert werden. Dies geschah auf unterschiedliche Weise. In der Zeit, als Sergej Gurijew Rektor der NES war, war die NES ein recht einflussreiches Zentrum, das Ideen hervorbrachte, die im Umfeld von Präsident Dmitrij Medwedjew gefragt waren. Die Europäische Universität hat traditionell eng mit verschiedenen Personen aus St. Petersburg zusammengearbeitet, die später in der föderalen Regierung tätig waren. Beispielsweise arbeitete die Europäische Universität im Rahmen des Zentrums für strategische Entwicklung 2016–17 sehr aktiv mit Alexej Kudrin zusammen. Solche staatlichen Partner haben der Universität dann geholfen, als sie von den Sicherheitsbehörden frontal angegriffen wurde. Schaninka hat auf dem Gebiet der Sozialforschung viel Wichtiges geleistet. Ihr Gründer Teodor Shanin hat nicht nur gelehrt, sondern der russischen Gesellschaft ein neues Verständnis sozialer Prozesse vermittelt.

Was also unterscheidet die Wyschka von den drei anderen Hochschulen? Zunächst einmal der viel größere Ehrgeiz von Jaroslaw Kusminow (Kusminow gehört zu den Gründern der Higher School of Economics und war seit 1992 ihr erster und einziger Rektor. Im Juli 2021 wurde er von Nikita Anissimow abgelöst, seither ist Kusminow Wissenschaftlicher Leiter der HSE, Anm. d. Red.). Denn Kusminow wollte von Anfang an nicht nur eine neue Universität gründen, sie sollte auch groß und einflussreich sein. Ja, die Wyschka begann als kleine Organisation, die sich damals noch »College« nannte. So wurde sie in einem Förderantrag an die Europäische Kommission bezeichnet, und diese Förderung war dann auch die Grundlage für die Higher School of Economics bei ihrer Gründung. Aber Kusminow war von Anfang an viel ehrgeiziger.

Ich erinnere mich noch gut an die Situation in der zweiten Hälfte der 1990er und Anfang der 2000er Jahre, als es Gerüchte über seinen möglichen Wechsel in die Regierung gab. Aber irgendwann wollte Kusminow gar nicht mehr gehen, denn als Rektor der Higher School of Economics war er inzwischen schon einflussreicher als mancher Minister. Als Minister hätte er Rechenschaft über die Ergebnisse der Arbeit seines Ministeriums ablegen müssen. Aber in der Rolle eines hochrangigen Beraters, der Einfluss auf die Entscheidungsfindung hat, aber nicht für die Umsetzung verantwortlich ist, war er in einer viel günstigeren Position. Und er hat das sehr gut verstanden. Sergej Gurijew war zeitweise in einer vergleichbaren Position. Weder die Europäische Universität noch die Schaninka hatten Personen mit ähnlichen politischen Ambitionen an der Spitze.

Der zweite wichtige Unterschied zwischen der Wyschka und ähnlichen Hochschulen ist ihr Anspruch auf Größe. Vielleicht ist dies der Grund, warum die HSE, im Gegensatz zu anderen neuen Universitäten, als staatliche Organisation gegründet wurde. Dieser Status brachte seine eigenen Zwänge mit sich, eröffnete aber auch zusätzliche Wachstumschancen. Die HSE setzte also auf Größe, und diese strategische Ausrichtung hatte wiederum weitreichende Folgen. Ich glaube, dass die Europäische Universität, die NES und Schaninka gerade dadurch, dass sie kleine Organisationen geblieben sind, eine besondere, eher freie akademische Atmosphäre bewahren konnten.

Diese Atmosphäre herrschte an der Higher School of Economics auch in den 1990er Jahren. Damals gab es keine wesentlichen Unterschiede zwischen der HSE als staatlicher Organisation und der NES, der Europäischen Universität und der Schaninka als nichtstaatlichen Hochschulen. Es gab keine Distanz zwischen den Mitarbeiter:innen, von den leitenden Dozent:innen bis zum Rektor konnten alle frei miteinander kommunizieren. Aber wenn eine Universität Zehntausende von Studierenden und Tausende von Mitarbeiter:innen hat, entsteht unweigerlich die für große Organisationen typische bürokratische Hierarchie. Und da die Wyschka relativ schnell in die Kategorie der großen Organisationen aufgestiegen ist, ist es ab diesem Zeitpunkt sinnvoller, sie mit anderen großen russischen Universitäten wie der Moskauer Staatlichen Universität, dem MGIMO (Moskauer Staatliches Institut für Internationale Beziehungen, Anm. d. Red.) oder der Finakademija (Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation, Anm. d. Red.) zu vergleichen. Der grundlegende Unterschied zu diesen großen Bildungseinrichtungen bestand darin, dass Kusminow nie davor zurückschreckte, starke Leute in sein Team zu holen. Er versuchte, unkonventionelle Denker:innen in der HSE um sich herum zu scharen, die durchaus länger mit ihm diskutieren konnten. Vielleicht war das in den letzten Jahren nicht mehr ganz so, aber zumindest in den ersten 15 bis 20 Jahren gab es sowohl im Rektorat als auch im Akademischen Rat lebhaftere Diskussionen. Das heißt, es war eine echte akademische Selbstverwaltung in einer großen Organisation, was für Universitäten mit sowjetischem Erbe eher untypisch war.

Dieses Modell hat zu zahlreichen hochschulpolitischen Innovationen geführt. Dazu gehören das International Institute of Economics and Finance (IIEF) als sehr erfolgreicher Studiengang mit einem Doppelabschluss mit der Universität London, der die Einstellung von Lehrkräften mit internationaler Erfahrung in Gang brachte; die ausschließliche Zulassung von Bewerber:innen auf der Grundlage formalisierter Tests, die an der HSE lange vor der Einführung des Einheitlichen Staatsexamens (Jedinyj Gosudarstwennyj Examen, JeGE, Anm. d. Red.) begann; internationale Laboratorien, Forschungs- und Lehrlaboratorien, Dissertationsausschüsse und eine gezielte Reproduktion des akademischen Personals; ein internes Anreizsystem und ein System zur Evaluierung der Lehr- und Forschungskräfte; HSE-Campus in den russischen Regionen, die sich grundlegend vom Modell anderer Universitäten unterschieden und es den regionalen HSE-Campus ermöglichten, zu gleichwertigen Konkurrenten der lokalen etablierten Volluniversitäten zu werden.

Gleichzeitig hatte Kusminow immer ein autoritäres Element in seinem Führungsstil, aber er lud Leute ein, die in der Lage waren, sich ihm zu widersetzen. Auch wenn diese Personen später aus verschiedenen Gründen in weniger prominente Positionen gedrängt wurden, blieben sie der Universität erhalten. Kusminow blieb seinen Mitarbeiter:innen lange Zeit treu, auch wenn sie nicht mit ihm übereinstimmten.

T-invariant: Jewgenij Grigorjewitsch Jasin, eine der wichtigsten Persönlichkeiten für die Wyszka, ist kürzlich verstorben. Wie würden Sie seine Rolle beschreiben?

Andrei Yakovlev: Die ursprüngliche Idee der Higher School of Economics, die dann als Förderantrag bei der EU zu Papier gebracht wurde, entstand im Austausch zwischen Kusminow und Jasin, das erzählten mir einige Personen, die direkt an der Gründung beteiligt waren. Anfang und Mitte der 1990er Jahre half Jasin dann bei der Einwerbung von Drittmitteln für die Weiterentwicklung der HSE und bei der Integration der Gebäude der Wirtschaftsakademie und des Instituts für Mikroökonomie (des ehemaligen Forschungsinstituts von Gosplan) in die HSE. In den 2000er Jahren spielte Jasin eine herausragende Rolle: Es waren seine Bemühungen, die das öffentliche, liberale Image der HSE maßgeblich prägten. In dieser Hinsicht ist der Kommentar eines HSE-Absolventen zu meinem Facebook-Post über Jasins Tod (<https://www.facebook.com/yakovlev.andrei.5/posts/pfbid0hEWraUQxYV5aH69ZHpiCuL2pgi8WUpRuk4aZCoDZJc68Zv3xVPBBcGBDcfK6CeT4I>) sehr charakteristisch: »Jewgenij Grigorjewitsch ist einer der Menschen, die mich dazu motiviert haben, mich an der Wyszka einzuschreiben. Und dann, als ich bereits an der Wyszka studierte, besuchte ich als Gasthörer seine brillanten und unglaublich faszinierenden Vorlesungen über die Geschichte der russischen Reformen in der Pokrowka (eines der vielen, weit verstreuten Gebäude der HSE im Stadtzentrum Moskaus am Pokrowskij Bulwar, Anm. d. Red.). Jewgenij Grigorjewitsch ist das Gesicht Russlands, wie ich es mir wünsche: freundlich, friedlich, hell, offen, frei. Er strebte nach den wichtigsten Idealen und Werten, um Russland und seine Menschen zum Besseren zu verändern.«

T-invariant: Wie ist die Wyszka reich geworden? Sie sagten bereits, dass sie als Hochschule mit Fördermitteln der Europäischen Union begonnen hat. Woher kam das Geld, sie zu einer angesehenen und reichen Universität zu machen? Einer der hartnäckigsten Mythen, die sich um die Wyszka ranken, ist die Tatsache, dass die finanziellen Mittel für die Entwicklung der Hochschule vom Tandem der Familie Kusminow-Nabiullina bereitgestellt wurden (die Zentralbankchefin Elwira Nabiullina ist seit ihrer Promotionszeit an der Moskauer Staatlichen Universität in der späten Perestrojka mit Jaroslaw Kusminow verheiratet; Nabiullina war von 2007 bis 2012 Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung, Anm. d. Red.). Außerdem unterstand die Wyszka bis 2008 dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung Russlands und wurde 2008 an die russische Regierung übergeben. Sie waren lange Zeit für die Finanzen der Wyszka zuständig und haben miterlebt, wie alles begann. Wie war es denn wirklich?

Andrei Yakovlev: Das habe ich auch schon gehört, aber das hat nichts mit der Realität zu tun. Zum besseren Verständnis möchte ich hinzufügen: Ab Herbst 1993 hatte ich fünfzehn Jahre lang fast täglich mit Kusminow zu tun. Auch Nabiullina kenne ich seit meiner Studienzeit an der Moskauer Staatlichen Universität (sie war zwei Jahre älter als ich und war Doktorandin von Jasin, als ich bei ihm mein Diplom schrieb). Dann kreuzten sich unsere Wege im Experteninstitut und im Wirtschaftsministerium, wo sie ihre Tätigkeit begann, als Jasin Minister wurde. Im Laufe ihrer Karriere sind wir uns immer seltener begegnet, aber was ich über Nabiullina weiß, ist, dass sie ein außergewöhnlich sensibler Mensch ist. Seit ihrer Ernennung zur Ministerin im Jahr 2007 (als sie die Möglichkeit hatte, die Finanzen wesentlich zu beeinflussen) gab es innerhalb der HSE ernsthafte Diskussionen darüber, wie man das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung als übergeordnete Behörde verlassen könnte. Denn aufgrund der Eigenheiten von Nabiullinas Charakter war es für die Spitzenmanager:innen der HSE offensichtlich, dass sie nun in ihrer Beratungstätigkeit doppelt so viel arbeiten müssen würden, ohne zusätzliche Gelder zu bekommen. Aus diesem Grund wurde die HSE der Regierung unterstellt.

T-invariant: War das notwendig, um einen direkten Interessenkonflikt zu vermeiden?

Andrei Yakovlev: Ja, aber das war nicht der einzige Grund. Der Punkt ist, dass Kusminow bereits eine Finanzstrategie entwickelt hatte, die mit der Ernennung Nabiullinas zur Ministerin nicht mehr realisierbar gewesen wäre. Kusminow setzte auf Entwicklung, d. h. er investierte kontinuierlich in die Einstellung neuer hochqualifizierter Lehrkräfte, in die Einführung neuer Programme und Projekte und in den Aufbau neuer Abteilungen. Für solche Zwecke gab es im Finanzplan den Posten »Reserve des Rektors«, und im Laufe des Haushaltsjahres wurden die Ausgaben durch die Einnahmen ausgeglichen. Die Verpflichtungen waren jedoch langfristiger Natur, so dass die finanziellen Mittel über das Jahr hinaus unweigerlich knapp wurden. Deshalb forderte Kusminow ständig zusätzliche Mittel aus dem föderalen Haushalt an, versprach neue Ergebnisse, und deckte gleichzeitig alte Verpflichtungen mit neuen Haushaltsmitteln ab. So entstand eine Art »Pyramide«, die mit Nabiullina nicht mehr durchgegangen wäre. Ihre Entschlossenheit in solchen Angelegenheiten ist bekannt. Ich glaube übrigens, dass diese Eigenschaft neben ihrer Fachkompetenz der Grund dafür ist, dass Nabiullina sich bis heute im Machtsystem halten konnte. Die Silowiki können ihr nichts anhaben, auch wenn sie mit ihrer Politik als Zentralbankchefin unzufrieden sind. Meiner Meinung nach war der erhebliche politische Druck, der ab 2019 auf Kusminow ausgeübt wurde, zu einem großen Teil nicht einmal Druck auf die Higher School of Economics, sondern auf Nabiullina. Denn zu diesem Zeitpunkt war Nabiullina bereits eine viel einflussreichere politische Akteurin als [ihr Mann, Anm. d. Red.] Kusminow.

[...]

T-invariant: Wenn Nabiullina nicht der Schlüssel zum finanziellen Erfolg der Wyszka war, wer dann?

Andrei Yakovlev: In erster Linie waren es die persönlichen Eigenschaften von Jaroslaw Kusminow. Er hatte die Fähigkeit, Gelder aufzutreiben und die Geber davon zu überzeugen, dass es gerechtfertigt war, sie der HSE zukommen zu lassen. Kusminow gehört zu einer seltenen Gattung von öffentlichen Unternehmer:innen. Es handelt sich um eine seltene Spezies in der russischen Hochschullandschaft.

Die Higher School of Economics war bereits in den 1990er Jahren eine finanziell erfolgreiche Organisation, da ein großer europäischer Projektantrag zur Gründung der Higher School of Economics bewilligt wurde. Es folgten weitere Fördermittel, um das Studium der Wirtschaftswissenschaften in den russischen Regionen mit neuen Bildungsstandards zu reformieren. Jasin spielte dabei eine wichtige Rolle. Beide Projekte wurden in Zusammenarbeit mit der Universität Rotterdam durchgeführt. Die Gelder wurden für klassische technische Unterstützung verwendet, indem Ausrüstung und Literatur angeschafft wurde. Darüber hinaus gab es Praktikplätze für Dozierende der HSE in den Niederlanden, in Frankreich und im Vereinigten Königreich. Damals standen die jungen, frisch promovierten Doktorand:innen inmitten des damaligen Chaos vor der Wahl, in die Wirtschaft zu gehen, im Ausland zu promovieren oder in der russischen Wissenschaft zu verbleiben. Die Wyszka war schon damals in der Lage, ihnen angemessene finanzielle Bedingungen zu bieten, allerdings nicht in Form eines garantierten Gehalts aus dem Haushalt des damaligen Bildungsministeriums, sondern in Form von Stipendien, die im Rahmen dieser europäischen Praktika gezahlt wurden.

Aber neben dem Geld war ein ebenso wichtiger Faktor, dass es eine Vision gab, eine Zukunftsvision und eine Strategie. All dies ging weitgehend von Kusminow aus. Gleichzeitig hatte die HSE bis Anfang der 2000er Jahre kein offizielles Strategiepapier. Das Gefühl, dass die Zukunftsperspektiven vielversprechend waren, vermittelte Kusminow in persönlichen Gesprächen. Die Atmosphäre im Wissenschaftsbetrieb war informell und sehr angenehm.

T-invariant: Wann hat sich das Finanzierungsmodell im Laufe der Zeit geändert?

Andrei Yakovlev: Die erste Trendwende gab es Anfang der 2000er Jahre, als es weniger Mittel, aber mehr Studierende gab. Wenn ich mich nicht irre, wurden allein im Jahr 2002 fünf neue Fakultäten eröffnet. Und allein die Zahl der Einschreibungen hat sich mehr als verdoppelt. Bei dieser rasanten Entwicklung mussten schnell viele neue Lehrkräfte eingestellt werden. Die Qualität der Lehre drohte darunter zu leiden. Zuvor hatte Wyszka die Crème de la Crème des russischen Hochschulmarktes abgeworben. Anfang der 2000er Jahre war diese Ressource weitgehend ausgeschöpft.

Gleichzeitig sind aber auch Einnahmen aus kommerziellen Projekten hinzugekommen: Studiengebühren, MBA- und Zweitstudiengänge, Vorbereitungskurse für Schüler:innen. Auch die Auftragsforschung für verschiedene staatliche Behörden trug dazu bei. Die verschiedenen Finanzierungsquellen, darunter staatliche Haushaltsmittel (einschließlich Mittel für Gebäudeinstandhaltung und Investitionen), Fördermittel und kommerzielle Einnahmen, hielten sich in etwa die Waage.

Zu diesem Zeitpunkt haben wir beschlossen, einen Teil der Einnahmen aus kommerziellen Projekten in die Entwicklung der Universität zu investieren. So entstand die Wissenschaftsstiftung der HSE, die interne Stipendien vergab und ein Bonussystem einführte, das wissenschaftliche Leistungen belohnte. Kusminow bemühte sich, die Gehälter der Lehrkräfte zu erhöhen, unabhängig davon, ob sie an der Wirtschaftsfakultät, der Geschichtsfakultät oder der Mathematikfakultät arbeiteten. Aber für mich als damaliger Vizerektor für Wissenschaft und Finanzen war es offensichtlich, dass der Markt für Wirtschaftswissenschaftler:innen und Historiker:innen unterschiedlich funktioniert.

Das Bonussystem für wissenschaftliche Exzellenz wurde eingeführt, um hochqualifiziertes Lehrpersonal durch finanzielle Anreize an die HSE zu binden. Wissenschaftliche Publikationen galten als messbarer Indikator für erfolgreiche Forschungstätigkeit. Diese wiederum galt als wichtiges Kriterium für die Beurteilung der Qualität der Lehre. Die Boni standen nur Lehrenden zur Verfügung, aber auch Forscher:innen, die gute Veröffentlichungen vorweisen konnten und mindestens 0,25 Stunden unterrichteten. Es gab also einen Anreiz, Forscher:innen in den Lehrbetrieb einzubeziehen.

T-invariant: Wie hat sich das Geschäftsmodell der Wyszka nach 2008 verändert, als die Universität der Regierung unterstellt wurde?

Andrei Yakovlev: Dies war die zweite Weggabelung. Entscheidend war hier nicht nur der Interessenkonflikt zwischen Nabiullina und Kusminow. Vielmehr wollte Kusminow weiter expandieren und wachsen, wofür ihm aber die eigenen Ressourcen fehlten. Also musste entweder das Wachstum gebremst werden oder es mussten andere, nicht private Wachstumsressourcen erschlossen werden. Aus diesem Grund hatte ich damals regelmäßig Auseinandersetzungen mit Kusminow. Das führte zunächst dazu, dass ich die Verantwortung für die Finanzen abgab. Später trat ich als Vizerektor zurück.

Ein Wendepunkt war für mich die Sitzung des Akademischen Rates Ende 2007, als wir den Finanzplan für das kommende Jahr besprachen und gleichzeitig einen Antrag an die Regierung auf zusätzliche Mittel diskutierten. In der Begründung zu diesem Antrag wurde geschrieben, dass wir aktiv in die Entwicklung der Wissenschaft investieren, auch in Form von leistungsabhängigen Boni, die aus HSE-Mitteln finanziert werden. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die Boni weiter erhöht werden und nun sogar das Grundgehalt der Lehrkräfte übersteigen sollen. In der gleichen Anfrage an die Regierung wurden jedoch auch Zahlen genannt, dass wir neben zusätzlichen Mitteln für Forschung und Entwicklung, Ausrüstung, Gebäudeinstandhaltung und Kapitalinvestitionen auch Geld für die Gehälter der Reinigungskräfte und Klempner:innen benötigen, da diese an der HSE nur die Hälfte des Durchschnittsgehalts in Moskau betragen.

T-invariant: Das heißt Kusminows und Ihre Wege haben sich getrennt, weil Sie sich nicht über Klempner:innen und Reinigungskräfte einigen konnten?

Andrei Yakovlev: Dies ist nur ein konkretes Beispiel. Insgesamt ging es um die Frage, inwieweit die Entwicklung der Universität von der staatlichen Finanzierung abhängig gemacht werden soll. Diese Diskussion dauerte mehr als eine Stunde in Anwesenheit des gesamten Akademischen Rates, und kurz danach reichte ich mein Rücktrittsgesuch als Prorektor ein, da der Akademische Rat mich nicht unterstützte. Die Mehrheit unterstützte Kusminow, und die akademische Selbstverwaltung beschloss, beim Staat zusätzliche Mittel für die Entwicklung der Universität zu beantragen. So kam es Ende der 2000er Jahre zu einem Paradigmenwechsel, als sich die HSE verstärkt auf die Einwerbung staatlicher Mittel zur Förderung von Spitzenuniversitäten konzentrierte: vom Programm der Forschungsuniversitäten zum Programm 5-100 (d. h. Universitäten konnten den Status von Nationalen Forschungsuniversitäten (Nacionalnyj Issledowatelskij Universitet, NIU) erlangen). Ziel des Programms 5-100 war es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der russischen Universitäten zu verbessern und mindestens fünf von ihnen unter die 100 besten Universitäten der Welt zu bringen, (Anm. d. Red.) Die HSE, vertreten durch Kusminow, hat sich aktiv für die Einführung dieser staatlichen Programme eingesetzt. Durch diese Programme erhielten nicht nur die HSE, sondern auch mehrere Dutzend führende Universitäten erhebliche finanzielle Mittel für ihre Entwicklung. Gleichzeitig wurden die Universitäten aber auch an den Staat gebunden. Ein Beispiel sind die Rektoren, deren Wahl abgeschafft wurde und die nun von der Regierung ernannt wurden.

T-invariant: Wie fatal war diese Entscheidung? War Ihnen sofort klar, dass die Wyszka nicht nur in finanzieller, sondern auch in ideologischer Hinsicht eine staatliche Universität werden würde?

Andrei Yakovlev: Die Gespräche mit Kusminow über diese Themen begannen bereits Anfang der 2000er Jahre. Ein entscheidender Wendepunkt war die Yukos-Affäre. Danach wurden Kontakte zwischen Universitäten und Großun-

ternehmen, die nicht vom Kreml genehmigt waren, misstrauisch beäugt. Davor hatten wir auf Einladung von Jasin bei den April-Konferenzen der Higher School of Economics viele Leute aus der Wirtschaft, darunter auch Chodorowski. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es für eine große Universität völlig normal ist, Kontakte zu verschiedenen Interessengruppen zu pflegen: zum Staat, zur Wirtschaft und zu wichtigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Ich habe ein solches Kooperationsmodell unterstützt. Aber Kusminow hatte von Anfang an eine viel »staatsfreundlichere« Einstellung. Jasin war in den 2000er Jahren am aktivsten in der Kommunikation mit der Wirtschaft. Kusminow sprach vor allem über den Aufsichtsrat der Higher School of Economics mit Wirtschaftsvertreter:innen. Dessen Vorsitzender war zunächst Wolodin, später Kirijenko (gemeint sind Wjatscheslaw Wolodin und Sergej Kirijenko in ihrer Funktion als stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung, wo sie für die Innenpolitik zuständig waren bzw. sind, Anm. d. Red.) Der Dialog mit der Wirtschaft fand also unter der Aufsicht des Kremls statt. Kusminow empfand jede eigenständige Kommunikation mit der Wirtschaft als Risiko.

T-invariant: Wollen Sie damit sagen, dass Kusminow mehr Angst vor der Wirtschaft als vor dem Staat hatte, und dass diese Einstellung die zukünftige Ausrichtung der HSE bestimmte?

Andrei Yakovlev: Es war eine Kombination von zwei Faktoren. Ein Faktor war die Abhängigkeit von Haushaltsmitteln als Haupteinnahmequelle. Im Allgemeinen ist es einfacher, gegenüber dem Staat Rechenschaft über die Ausgaben abzulegen als gegenüber der Wirtschaft. Der zweite Faktor ist die ständige Vergrößerung der HSE. Wir haben neue Fakultäten gegründet und die Zahl der Studierenden in den alten Fakultäten erhöht. Diese Expansion war wiederum ein Instrument, um zusätzliche Haushaltsmittel zu erhalten. Diese Strategie führte zu einer zunehmenden Abhängigkeit der HSE vom Staat.

T-invariant: [...] Was war dann der nächste Scheideweg?

Andrei Yakovlev: Da muss ich etwas ausholen. Im Dezember 2008 fand der »Marsch der Nichteinverständenen« (Marsch nesoglasnych) statt, bei dem Studierende der Higher School of Economics festgenommen wurden. Im Januar 2009 erhielt die HSE ein Schreiben des Moskauer Innenministeriums mit der Aufforderung, gegen diese Studierenden vorzugehen. Soweit mir bekannt ist, haben auch andere Hochschulen solche Schreiben erhalten, woraufhin diese Studierende exmatrikuliert wurden. Die offizielle Antwort von Kusminow lief darauf hinaus, dass Bürger:innen das Recht haben, ihre Meinung zu äußern. Und wenn vor Gericht bewiesen wird, dass sie tatsächlich ein Verbrechen oder einen Gesetzesverstoß begangen haben, dann sind wir (als Higher School of Economics, Anm. d. Red.) bereit, darüber zu diskutieren. Ansonsten müssten wir alle Studierenden exmatrikulieren, die bei Rot über die Ampel gehen. Damals konnte sich die HSE mit solchen formalen Antworten noch aus der Affäre ziehen. Aber damals war auch der Präsident ein anderer... (gemeint ist Dmitrij Medwedew, Anm. d. Red.).

T-invariant: Ein Präsident, für den »Freiheit besser ist als Unfreiheit«...

Andrei Yakovlev: Genau, so war das. Später, im März 2011, gab es eine öffentliche Debatte zwischen Kusminow und Nawalnyj in dem Saal, in dem auch der Akademische Rat der HSE tagt. Die Debatte wurde von Jewgenij Grigorjewitsch Jasin moderiert. Aus heutiger Sicht ist das kaum zu glauben, aber das alles hat es gegeben. (auf der Webseite der HSE findet sich ein Bericht über die Veranstaltung mit Stenogramm <https://www.hse.ru/news/communication/27534931.html>, die dreieinhalbstündige Debatte kann auch auf Youtube angeschaut werden https://youtu.be/K9B2nzcI8ww?si=uRs9gMI7m_1av_UM, Anm. d. Red.).

T-invariant: Hatte Jewgenij Grigorjewitsch Jasin Einfluss auf Kusminows Entscheidungen? Wollte er das überhaupt?

Andrei Yakovlev: Nach seinem Rücktritt aus der Regierung und seinem Wechsel zur HSE fungierte Jasin nur noch als Berater. Er äußerte seine Meinung, überließ aber Kusminow als Rektor die Entscheidungen. Nichtsdestotrotz war es Jasin, der das Image der HSE in den 2000er Jahren maßgeblich prägte und sowohl starke Lehrkräfte als auch motivierte Studierende an die Hochschule lockte. Trotz der Veränderungen, denen die HSE heute unterliegt, bin ich sicher, dass der Geist von Jasin in den Absolventen der HSE weiterleben wird. Ich hoffe, dass die HSE eines Tages den Namen von Jewgenij Grigorjewitsch Jasin tragen wird.

T-invariant: Wann hat sich die HSE der herrschenden Staatsideologie angenähert?

Andrei Yakovlev: Die Situation war aus meiner Sicht zwischen den Jahren 2012 und 2014 bereits unumkehrbar geworden. Im Jahr 2014 nahm Kusminow an den Wahlen zur Moskauer Stadtduma teil. Soweit ich gehört habe, wollte er das eigentlich gar nicht. Aber er wurde dazu gedrängt, weil Nawalnyj bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen 2013 fast 30 Prozent der Stimmen gewonnen hatte und es notwendig war, Sobjanin (den vom Kreml unterstützten amtierenden Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin, Anm. d. Red.) zu unterstützen. Die politische Lage sollte stabilisiert werden, indem die Moskauer Stadtduma mit Leuten aus Wissenschaft, Kultur und Bildung besetzt wurde, die anerkannte Macher waren und nicht Politik machen wollten. Kusminow stimmte zu. Er nahm seine Abgeordnetentätigkeit tatsächlich ernst, er putzte Klinken und kam mit den Moskauer:innen ins Gespräch. Dabei wurde er tatkräftig von Walerija Kasamara unterstützt, die später Vizerektorin wurde.

Kusminows Tätigkeit als Abgeordneter der Moskauer Stadtduma brachte der HSE Aufträge der Moskauer Regierung für verschiedene Forschungsprojekte ein. Nach den Präsidentschaftswahlen 2012 wandte sich die HSE, die bis dahin vor allem Auftragsforschung für Regierungsbehörden durchgeführt hatte, zunehmend von der Regierung ab und konzentrierte sich auf die Präsidialverwaltung als Hauptauftraggeberin. Insbesondere wurde die HSE mit dem Monitoring der Umsetzung der Mai-Dekrete beauftragt (die Mai-Dekrete setzten Putins Wahlprogramm in konkrete politische Ziele um, die föderale und regionale Akteure nach Vorgaben aus Moskau umsetzen sollten). Für die qualitative und quantitative Bewertung der Umsetzung der Zielwerte benötigte der Kreml fachliche Expertise, Anm. d. Red.) 2014 wurde Wolodin (stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung, zuständig für Innenpolitik) Aufsichtsratsvorsitzender der Higher School of Economics.

Die Situation spitzte sich weiter zu. Bei den nächsten Wahlen zur Moskauer Stadtduma 2019 trat Kusminow nicht mehr an. Er hatte immer ein gutes Gespür und schickte Walerija Kasamara ins Rennen. Das hatte er sich gut überlegt. Viele werden sich noch an die skandalösen Vorfälle während des Wahlkampfes erinnern (Kasamara trat im Team von Bürgermeister Sergej Sobjanin in jenem Wahlkreis an, in dem auch der von Nawalnyj unterstützte Oppositionelle Ilja Jaschin kandidieren wollte, der auch bei den Studierenden der HSE große Sympathien genoss. Jaschin wurde nicht zur Wahl zugelassen und Kasamara verlor gegen Magomet Jandijew von »Gerechtes Russland«.)

Gleichzeitig häuften sich politisch motivierte Entlassungen an der Wyschka. Im Jahr 2018 wurde das Labor von Transparency International unter der Leitung von Jelena Panfilowa aufgelöst (das studentische Labor befasste sich mit Korruptionsbekämpfung, auch oppositionelle Aktivist:innen nahmen an den Treffen des Labors teil, Anm. d. Red.) Im Jahr 2019 verließen mehrere prominente Politikwissenschaftler:innen die HSE im Zuge der Umstrukturierung des Fachbereichs Politikwissenschaft und seiner Zusammenlegung mit dem Fachbereich Öffentliche Verwaltung. Im Jahr 2020 wurde der Fachbereich Verfassungsrecht im Zuge der Entlassung zahlreicher führender Professor:innen, die sich öffentlich gegen Verfassungsänderungen ausgesprochen hatten, aufgelöst.

T-invariant: Sie beschreiben hier also einen paradoxen Prozess: Die Ambitionen von Jaroslaw Kusminow, die Wyschka hinsichtlich des Umfangs der Aufgaben, der Zahl der Fakultäten und der Zahl der Studierenden zu vergrößern, trugen zum Aufblühen der Wyschka und zu ihrem Aufstieg zu einer führenden russischen Universität bei. Andererseits trugen die gleichen Ambitionen des Rektors zum Niedergang der Wyschka bei.

Andrei Yakovlev: Daran ist nichts Paradoxes. Ich habe Kusminow bewusst als sozialen Unternehmer bezeichnet. Unternehmensverhalten und Unternehmensführung gehören zu meinen Hauptforschungsgebieten. Es ist ein ganz typisches Phänomen in der Wirtschaft, dass ein Start-up entsteht, sich erfolgreich entwickelt, zu einem mittleren Unternehmen wird, dann zu einem großen, dann zu einer riesigen Holding und schließlich in Konkurs geht.

Ich sage nicht, dass die HSE ein Unternehmen ist. Das ist sie nicht. Aber es gibt gewisse Ähnlichkeiten. An einem bestimmten Punkt ihrer Entwicklung hat die HSE eine Größe erreicht, die es ihr ermöglicht, die Hochschulkultur zu bewahren, die die Grundlage für das Ansehen der HSE in Russland bildet.

Gegenwärtig befindet sie sich in einem Prozess der Umwandlung in eine gewöhnliche große russische Universität, die den Nachwuchs ausbildet. Das Russland der letzten zehn Jahre brauchte die Higher School of Economics, die in den 1990er Jahren ihre Blütezeit erlebte und in den 2000er Jahren glänzte, eigentlich nicht mehr.

Die HSE ist heute eine Bildungseinrichtung, die Wirtschaftswissenschaftler:innen, Manager:innen, Jurist:innen, Soziolog:innen, Psycholog:innen, IT-Spezialist:innen und gleichzeitig Physiker:innen und Mathematiker:innen massenhaft ausbilden kann. Und als solche wird die HSE auch weiterhin gefragt sein. Alle neuen Ideen sind überflüssig geworden, vor allem die, die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern auszubauen. Und im Grunde brauchte das vor zehn Jahren auch niemand mehr, aber erstaunlicherweise gab es trotzdem solche Aktivitäten. Es standen Haushaltsmittel aus dem Programm 5-100 zur Verfügung und die Verwaltung musste sich für die Umsetzung des Programms 5-100 verantworten.

T-invariant: War der schockierende Rücktritt von Kusminow im Jahr 2021 eine »Spezialoperation«?

Andrei Yakovlev: Der Rücktritt glich in gewisser Weise einer »Spezialoperation«. Denn erst 2019 war Kusminow für weitere fünf Jahre zum Rektor bestellt worden. Seine Amtszeit dauerte also bis 2024. Dabei war seine Wiederwahl 2019 schon keine Selbstverständlichkeit mehr. Ende 2018 gab es eine diskreditierende bildungspolitische PR-Kampagne gegen die HSE. Zuvor hatte es von einzelnen Personen Seitenhiebe gegeben, weil viele bildungspolitische Initiativen der HSE auf Widerstand gestoßen waren. Aber das hatte noch nicht den Charakter einer Kampagne. Ganz im Gegensatz zum Herbst 2018. Anfang 2019 gab es einen Wechsel beim FSB: Bisher war der FSB-Dienst für wirtschaftliche Sicherheit für die Aufsicht über die HSE zuständig, ab 2019 wechselte die HSE in den Bereich des FSB-Dienstes für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung und Terrorismusbekämpfung (jede Regierungsbehörde wird vom FSB durch die Entsendung von »Kuratoren« überwacht. Der Wechsel der Zuständigkeiten innerhalb des FSB deutet darauf hin, dass die HSE vor allem in ideologischer Hinsicht kontrolliert werden soll, um abweichendes Denken zu verhindern, Anm. d. Red.). Und ich erinnere mich gut daran, wie Kusminow im Frühjahr 2019 bei einer Sitzung, die dem neuen Konzept für die Entwicklung der Hochschule gewidmet war, drei Personen vorstellte, die die ganze Zeit irgendwo am Rande gesessen hatten: Es wurden zusätzliche Mitarbeiter:innen abgestellt, die sich in erster Linie um die Studierenden kümmern werden, aber auch in die Abteilungen kommen können, also seien Sie bereit, mit Ihren Kolleg:innen zu sprechen.

T-invariant: Was war der Grund für diesen Wechsel?

Andrei Yakovlev: Die politische Situation wurde immer komplizierter, und deshalb bat die HSE-Leitung das FSB um eine engere Zusammenarbeit. So wurde es uns erklärt. Die allgemeine Lage verschlechterte sich, doch Kusminow setzte weiterhin auf internationale Kontakte, den Ausbau der Zusammenarbeit, die Rekrutierung von Lehrkräften aus dem internationalen wissenschaftlichen Arbeitsmarkt und die Aufnahme ausländischer Studierender. Und obwohl er ein solches Konzept vorgelegt hatte, wurde er als Rektor wiedergewählt.

Das heißt aber nicht, dass sich die Situation nicht verändert hat. Mir scheint, dass das Jahr 2018 der endgültige Wendepunkt war, nicht nur für die Wyszka, sondern für ganz Russland. Vor den Präsidentschaftswahlen gab es noch Hoffnung, dass sich die Innenpolitik doch noch ändern würde. Doch nach den Wahlen wurde eine »neue alte Regierung« mit Dmitrij Medwedew als Premierminister eingesetzt. Gleichzeitig machte sich in der Gesellschaft eine Ermüdung des »Krim-Konsens« breit. Das ist durchaus verständlich, denn die Gesellschaft kann nicht dauerhaft in einem Zustand der Mobilisierung verharren. Zumal immer deutlicher wurde, dass sich die Elite selbst nur mäßig mobilisiert hatte und insgesamt keine substanziellen Veränderungen eingetreten waren. Zur gleichen Zeit begannen im ganzen Land Proteste: in Archangelsk und Schijes, in Jekaterinburg, Baschkirien und Chabarowsk.

Ich denke daher, dass die Entlassung von Kusminow damit zusammenhing, dass die politischen Risiken (aus Sicht des Kremls, Anm. d. Red.) bis 2021 zu groß geworden waren und eine so große und einflussreiche Organisation wie die HSE unter Kontrolle gebracht werden musste. Eine ähnliche Situation war an der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und öffentliche Verwaltung (RANChiGS) zu beobachten, als eine Reihe von Strafverfahren eingeleitet wurde, die mit dem Rücktritt von Wladimir Mau (seit 2002 Rektor der RANChiGS, Anm. d. Red.) endeten.

T-invariant: Der Rücktritt Kusminows ist also letztlich eine Entscheidung Putins?

Andrei Yakovlev: In jedem Fall. Die Ernennung des Rektors der HSE ist ein Vorrecht des Präsidenten, ebenso wie die Ernennung des Rektors der RANChiGS, des Rektors der Moskauer Staatlichen Universität oder der Staatlichen Universität St. Petersburg.

T-invariant: Wäre Jaroslaw Kusminow bis heute Rektor geblieben, hätte das für die Wyszka seit Kriegsbeginn einen wesentlichen Unterschied gemacht?

Andrei Yakovlev: Ich glaube nicht, dass das in der aktuellen Situation einen Unterschied gemacht hätte. Ich erinnere mich an die Verhaftung des HSE-Studenten Jegor Schukow im Jahr 2019. Damals unterzeichneten Lehrkräfte der HSE einen offenen Brief, um Schukow zu unterstützen. Kusminow rief die Mitglieder des Akademischen Rates der HSE an.

T-invariant: Hat er Sie auch angerufen?

Andrei Yakovlev: Nein, er hat mich nicht angerufen. Aufgrund unserer sehr langen Bekanntschaft wusste er wahrscheinlich, dass es keinen Sinn mehr hatte, mich zu überreden, meine Unterschrift zurückzuziehen. Aber ich hörte, wie er mit einem anderen Kollegen sprach, einem Mitglied des Akademischen Rates. Kusminow erklärte diesem Kollegen, dass es für die Universität sehr gefährlich sei, solche offenen Briefe zu unterzeichnen: »Sie werden die Hochschule einfach auseinandernehmen, und dann wird es einen anderen Rektor geben«.

Man sollte auch bedenken, dass eine zu lange Amtszeit selbst die talentiertesten und kreativsten Menschen verändert. Auch Kupferrohre beginnen irgendwann zu rosten. Ich glaube, dass es für Kusminow Anfang der 2020er Jahre bereits wichtiger war, zur Elite zu gehören, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein und Zugang zu Personen zu haben, die Entscheidungen auf höchster Ebene treffen, als die Universität zu erhalten. In unserem letzten langen persönlichen Gespräch im Dezember 2021 hatte ich den Eindruck, dass ihm seine Position als Vorsitzender des Expertenrats der Regierung viel wichtiger war als die des wissenschaftlichen Leiters der Hochschule, die er nach seinem Rücktritt als Rektor übernommen hatte.

Kusminows Aktivitäten nach Kriegsbeginn sind meiner Meinung nach auch recht bezeichnend, vor allem im Vergleich zu Nabiullina, die für einen bedeutenden Teil der russischen Wirtschaft verantwortlich war und Verpflichtungen gegenüber vielen Menschen hatte, die sie zu sich geholt hatte. Kusminow hatte keine solchen Verpflichtungen mehr, er war bereits als Rektor zurückgetreten. Er hätte sicherlich die Möglichkeit gehabt, eine Nebenrolle zu spielen und zumindest Stillschweigen zu bewahren.

Aber soweit ich von Kolleg:innen weiß, ist Kusminow ziemlich aktiv. Er fordert, dass Vertreter:innen anderer Universitäten in den Expertenrat der Regierung aufgenommen werden. Er hat die Schließung des IGITI (Institut für geisteswissenschaftliche und historisch-theoretische Forschung an der HSE, Anm. d. Red.) und des Budnizkij-Zentrums an der HSE (Zentrum für Geschichte und Soziologie des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen unter Leitung von Prof. Oleg Budnizkij, Anm. d. Red.) initiiert. Bei Arbeitstreffen mit Regierungsbeamten hält er regelmäßig patriotische Reden, obwohl diese gar nicht gefragt sind. Die Regierung will eher praktische Ratschläge. Angesichts all dessen glaube ich, dass sich auch dann nicht viel geändert hätte, wenn Kusminow Rektor geblieben wäre.

T-invariant: Dann stellt sich die Frage: Warum wollten Sie trotz allem, was Sie gerade gesagt haben, die Wyschka nicht verlassen? Sie sind nicht freiwillig gegangen, und in Ihrem Abschiedsbrief (<https://www.facebook.com/yakovlev.andrei.5/posts/pfbid0BBdbqLEnXqfUh9QhY9GUooD161fuSKFcySh1wVjeGZrHLA51Us2cmpbrGsyplzLzl>) schreiben Sie, dass Sie hoffen, an die Wyschka zurückkehren zu können. Obwohl Sie wahrscheinlich wissen, dass einer Ihrer Kolleg:innen diesen Brief einen optimistischen Nachruf genannt hat. Wie erklären Sie sich also Ihren Optimismus?

Andrei Yakovlev: Ich betrachte meinen Facebook-Post keineswegs als einen Nachruf auf die Higher School of Economics. Die HSE setzt ihre Tätigkeit fort und unterrichtet Studierende. Ja, eine ganze Reihe von Forscher:innen und Lehrkräften hat die Universität verlassen, und das wird sich im Laufe der Zeit auswirken: Dennoch werden in den grundständigen Studiengängen immer noch die gleichen Formate und Inhalte gelehrt wie vor drei Jahren. Das Bildungssystem ist generell sehr träge.

Es handelt sich also keineswegs um einen Nachruf. Ja, die Wyschka hat sich verändert, aber sie ist keineswegs vom Erdboden verschwunden. Genau das macht meinen Optimismus aus. Ich glaube, dass die HSE das gegenwärtige politische Regime, das nicht mehr lange zu leben hat, überleben wird. Ich gehe davon aus, dass die »dunkle Gegenwart« bald vorbei sein wird und Russland wieder aufgebaut werden muss. Dies wird in erster Linie von den Menschen in Russland geleistet werden müssen. Deshalb ist es für mich wichtig, mich mit meinen Kolleg:innen auszutauschen und durch den Kontakt mit ihnen zu verstehen, was im Land geschieht. [...]

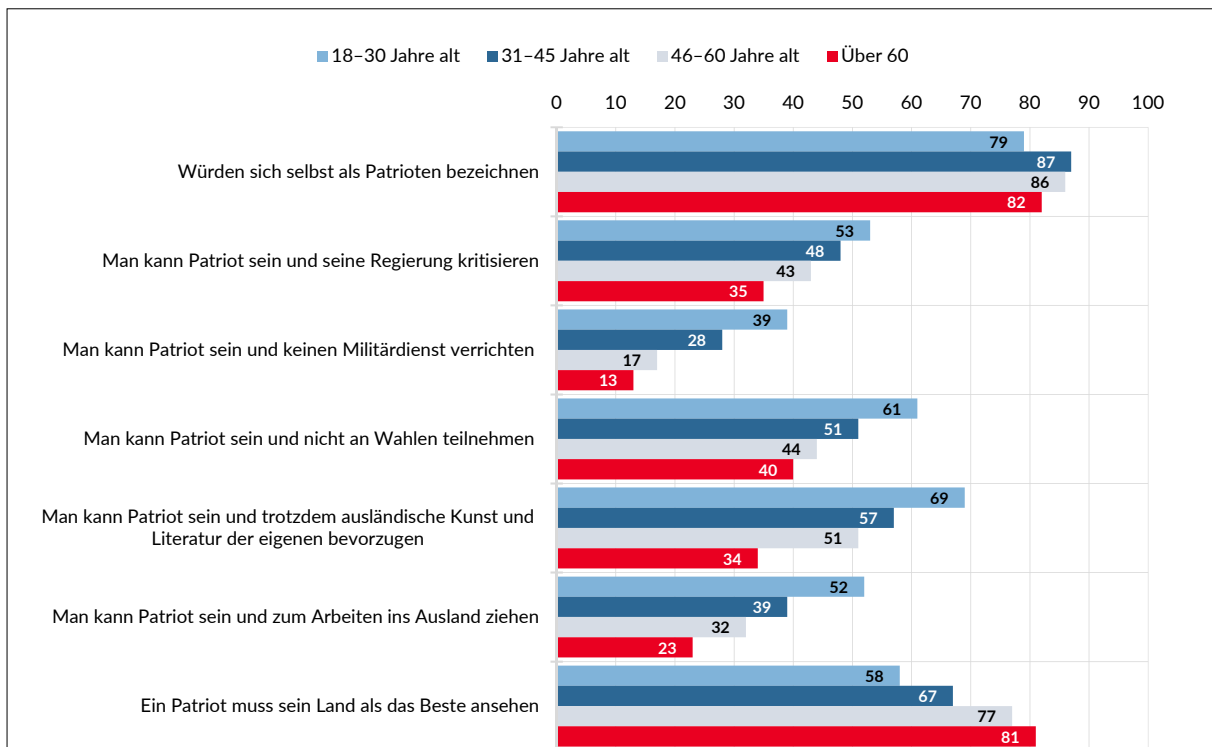
*Das Interview führte Olga Orlowa, Chefredakteurin von T-invariant.
Die Russland-Analysen veröffentlichen das Interview in leicht gekürzter Fassung.*

Über den Interviewten

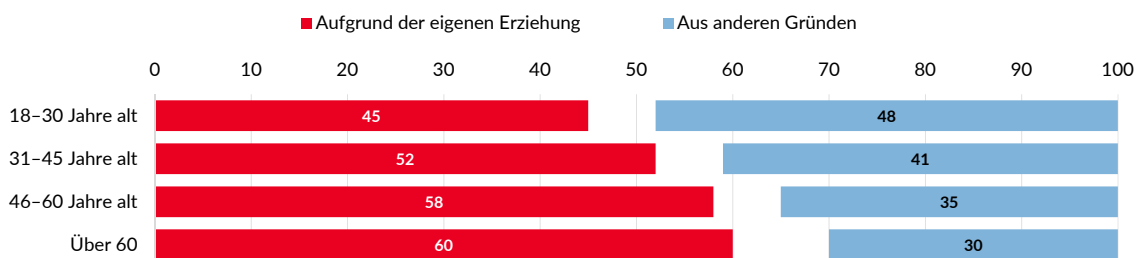
Prof. Dr. *Andrei Yakovlev* arbeitete von September 1993 bis August 2023 an der HSE, wo er von 1993 bis 2012 als Vizerektor für angewandte und akademische Forschung, Finanzen, Entwicklungsstrategie und die Organisation der internationalen April-Konferenz der HSE zuständig war. Seine Forschungsinteressen umfassen die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft, Corporate Governance, Industriepolitik, öffentliches Beschaffungswesen und Anreize im Staatsapparat. Seit Oktober 2022 ist Yakovlev Gastwissenschaftler am Davis Center der Harvard University. Derzeit ist er Society Fellow am Hanse-Wissenschaftskolleg in Delmenhorst.

Patriotismus und Indoktrinierung in Zahlen

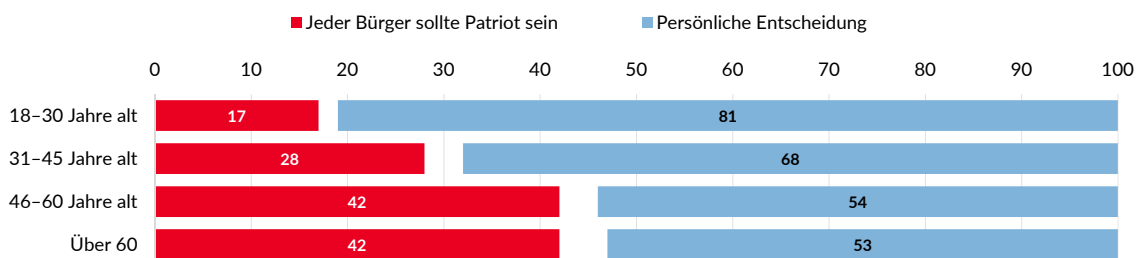
Grafik 1: Einstellungen zum Patriotismus bei Russ:innen, 2023, Prozentpunkte der Befragten



Wird man Patriot aufgrund seiner Erziehung oder aus anderen Gründen?

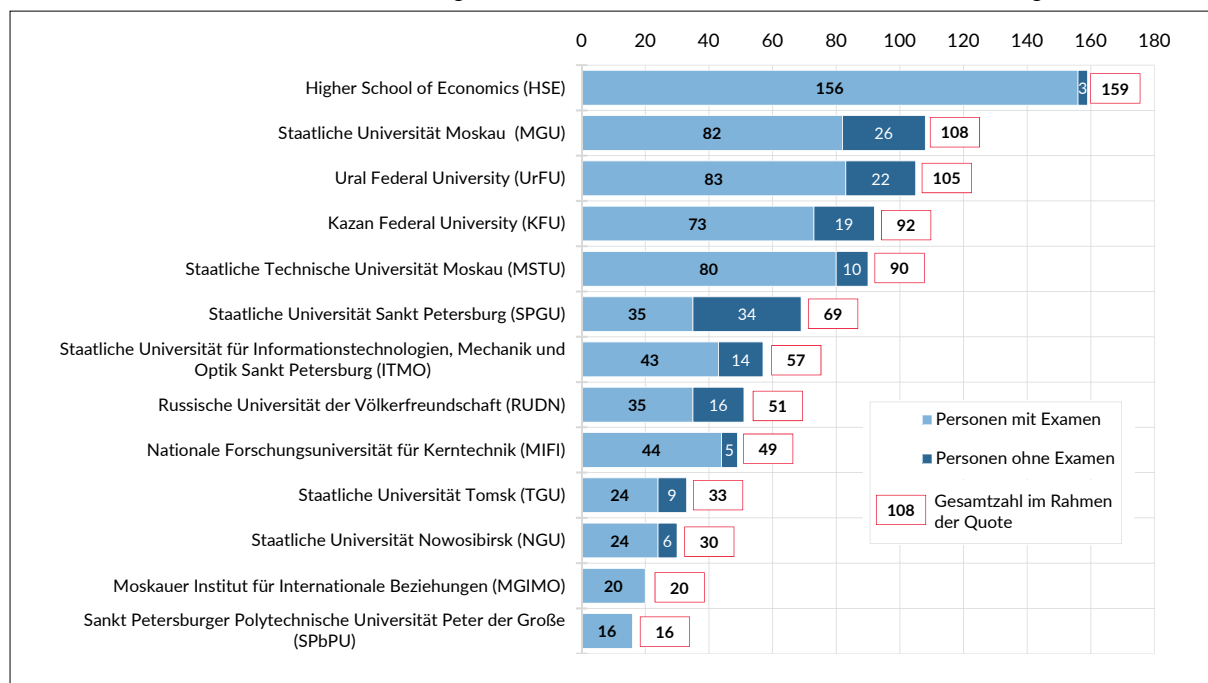


Sollte jeder Bürger ein Patriot sein, oder ist das eine persönliche Entscheidung?



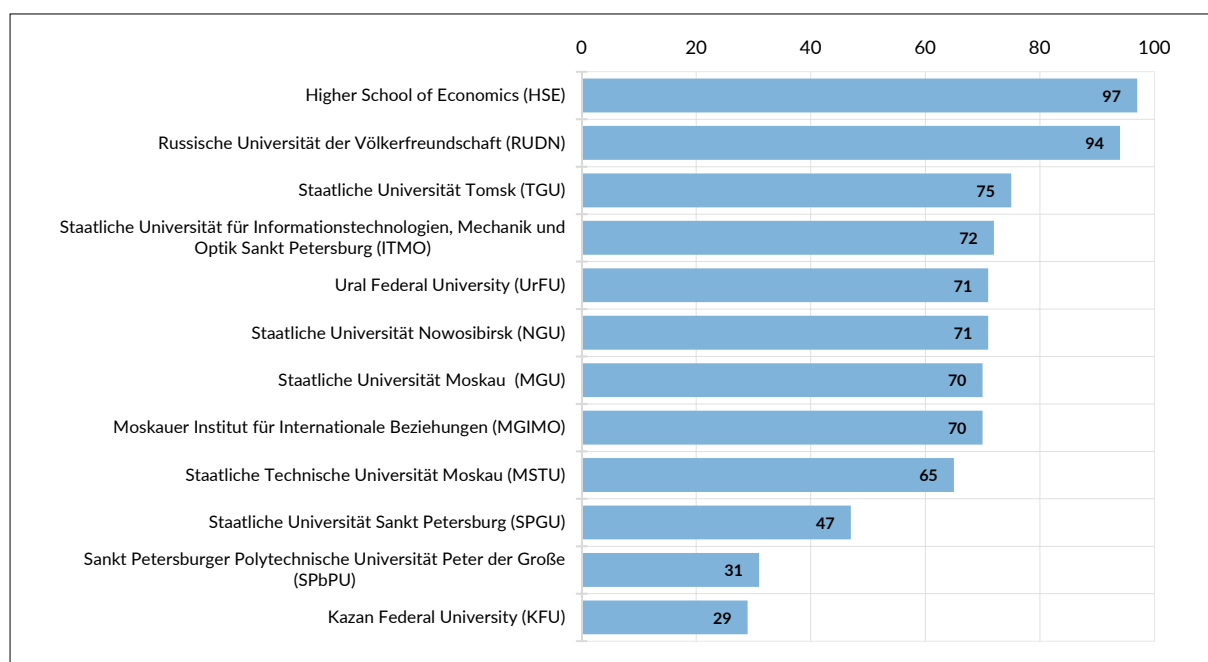
Quelle: Re:Russia (2023). The War of Patriotism: Russia's extensive campaign of school militarism is designed to suppress the modern attitudes of Russian youth. <https://re-russia.net/en/review/321/>

Grafik 2: Mehr als 800 Personen wurden im Rahmen von Quoten für die Teilnahme am Krieg in der Ukraine an den besten russischen Universitäten zugelassen
Anzahl der Personen, die durch die »gesonderte Quote« an den besten russischen Universitäten eingeschrieben wurden



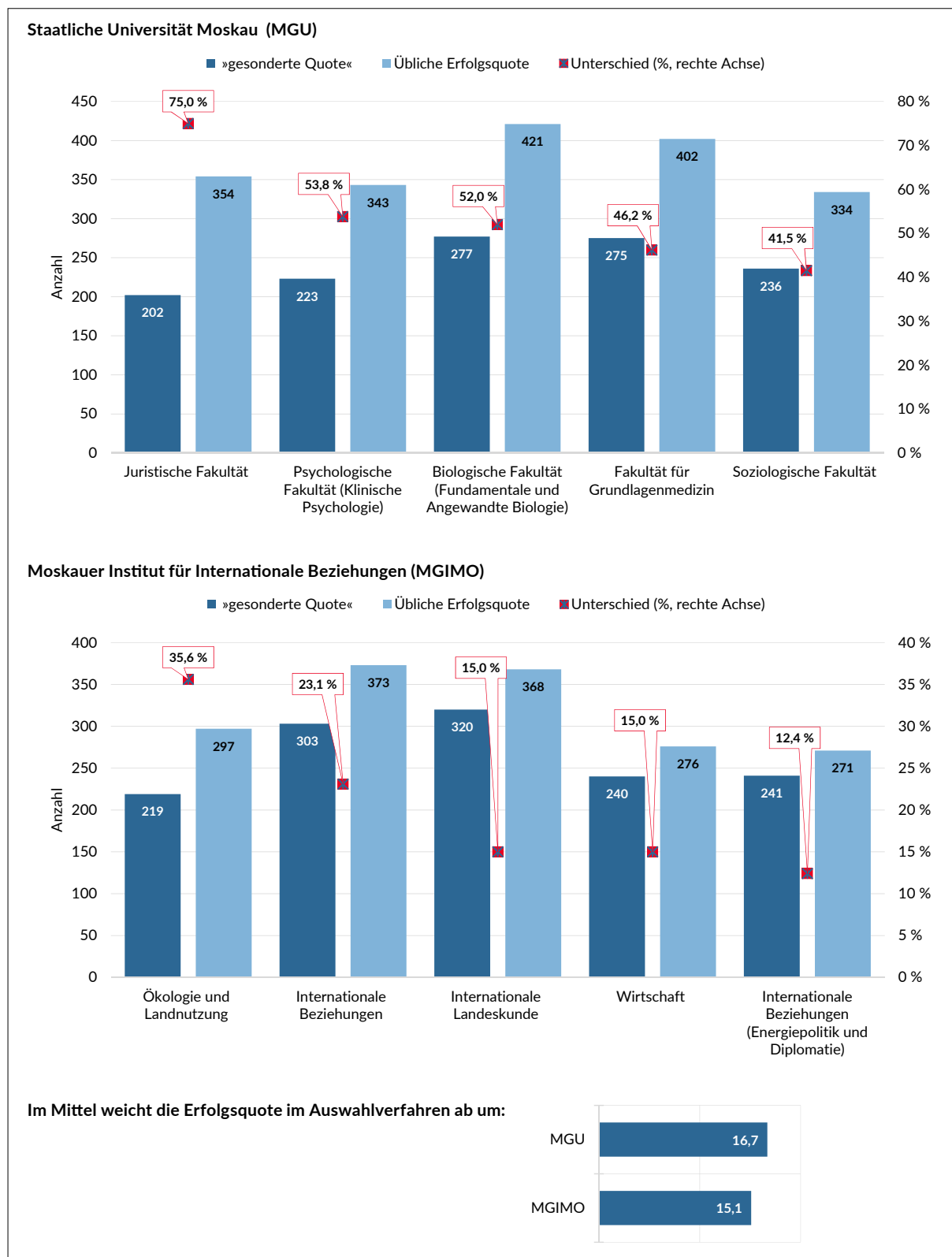
Quelle: Washnije Istorij (2023). Die Teilnehmer des Krieges in der Ukraine und ihre Kinder, die das Einheitliche Staatsexamen nicht bestanden oder gar nicht erst abgelegt haben, studieren kostenlos an den renommiertesten Universitäten Russlands. <https://istories.media/stories/2023/08/09/v-samikh-prestizhnikh-vuzakh-rossii-besplatno-budut-uchitsya-uchastniki-voini-v-ukraine-i-ikh-deti-kotorie-zavallili-yego-ili-voobshche-yego-ne-sdavali/>

Grafik 3: Die meisten, die im Rahmen der Quote für Kriegsveteranen und deren Kinder an den besten Universitäten eingeschrieben wurden, bestanden das Einheitliche Staatsexamen nicht
Anteil derjenigen, die im Rahmen der »gesonderten Quote« zugelassen wurden und deren Ergebnisse beim Einheitlichen Staatsexamen die Hürde für die Studienfächer nicht erreichen konnten



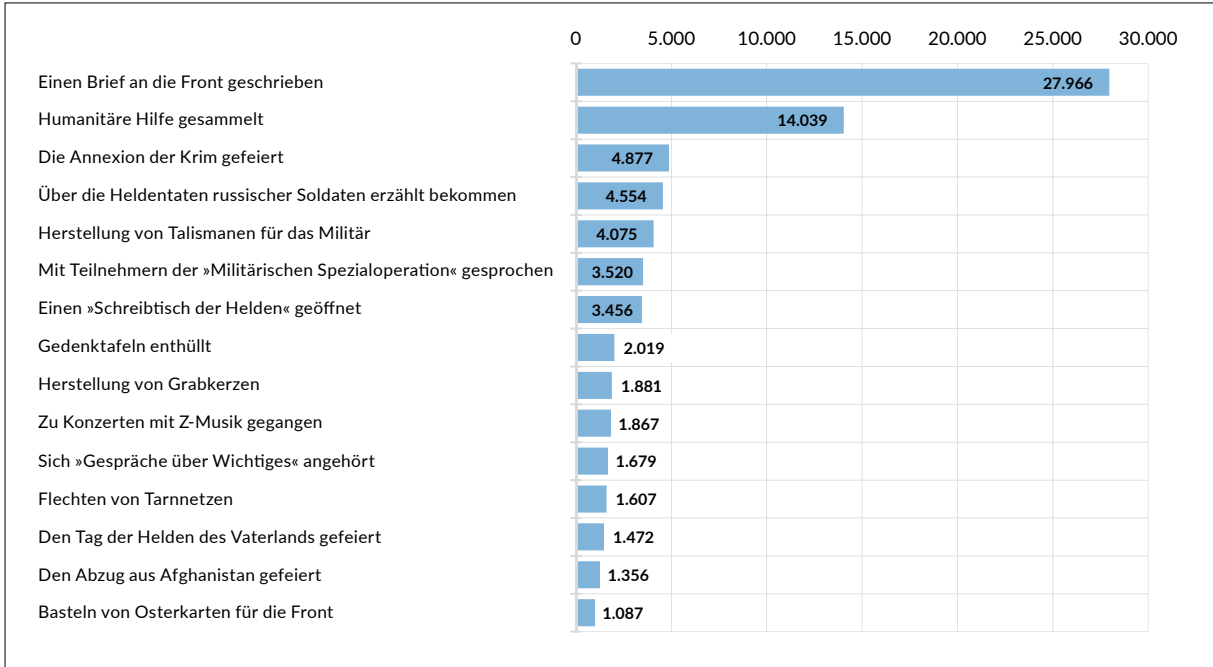
Quelle: Washnije Istorij (2023). Die Teilnehmer des Krieges in der Ukraine und ihre Kinder, die das Einheitliche Staatsexamen nicht bestanden oder gar nicht erst abgelegt haben, studieren kostenlos an den renommiertesten Universitäten Russlands. <https://istories.media/stories/2023/08/09/v-samikh-prestizhnikh-vuzakh-rossii-besplatno-budut-uchitsya-uchastniki-voini-v-ukraine-i-ikh-deti-kotorie-zavallili-yego-ili-voobshche-yego-ne-sdavali/>

Grafik 4: Wo MGU und MGIMO die größte Lücke zwischen dem Wettbewerbsergebnis und der »gesonderten Quote« für Kriegsveteranen aufwiesen



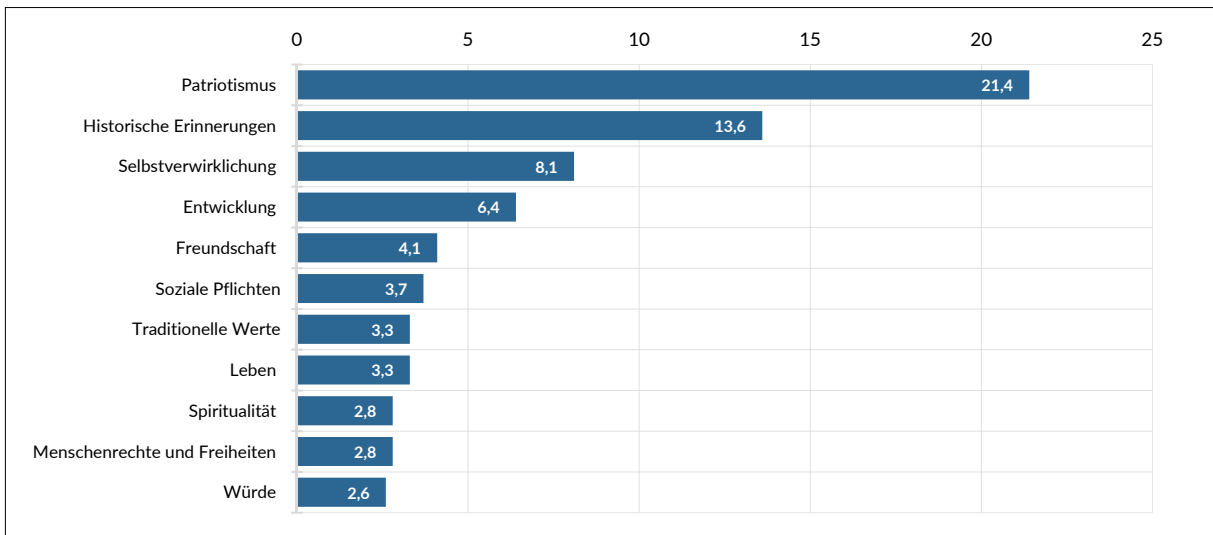
Quelle: Agentstwo News (2023). An einigen Fakultäten der MSU war die Erfolgsquote beim allgemeinen Auswahlverfahren bis zu 75 % höher als bei der »Militärquote«. <https://t.me/agentstvonews/3929>

Grafik 5: Was taten russische Kinder, um den Krieg zu unterstützen?
Anzahl der Aktivitäten, welche von Bildungseinrichtungen seit Beginn der Invasion durchgeführt wurden



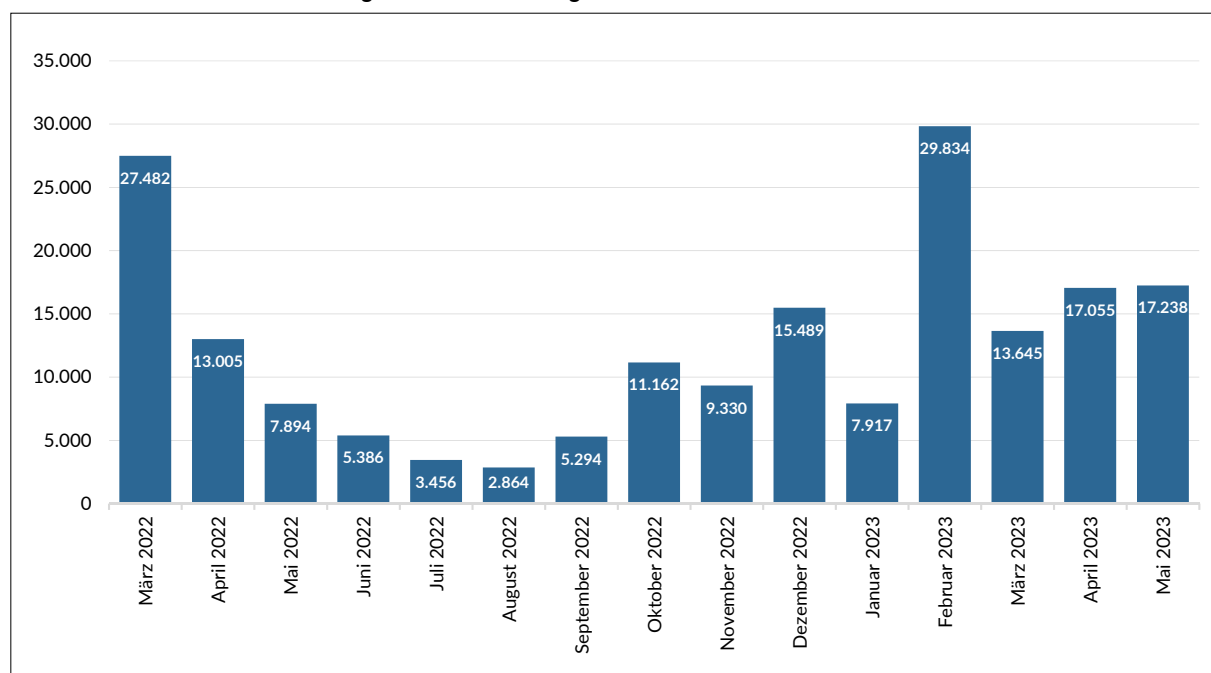
Quelle: Darja Talanowa (2023). *Der Junge und das Mädchen haben jeweils 200 Gramm Sprengstoff bei sich.* (I w maltschischke, i w dewtschonke jest po 200 gramm wsrywtschatki). *Nowaja Gazeta*. <https://novayagazeta.eu/articles/2023/06/23/i-v-malchishke-i-v-devchonke-est-po-200-gramm-vzryvchatki>

Grafik 6: Welche Themen werden bei den »Gesprächen über Wichtiges« angesprochen?
Anteil in % der verschiedenen Themen an den 35 Unterrichtsstunden, die vorgesehen sind



Quelle: Darja Talanowa (2023). *Der Junge und das Mädchen haben jeweils 200 Gramm Sprengstoff bei sich.* (I w maltschischke, i w dewtschonke jest po 200 gramm wsrywtschatki). *Nowaja Gazeta*. <https://novayagazeta.eu/articles/2023/06/23/i-v-malchishke-i-v-devchonke-est-po-200-gramm-vzryvchatki>

Grafik 7: Anzahl der Veranstaltungen zum Thema »Krieg in der Ukraine«



Quelle: Darja Talanowa (2023). *Der Junge und das Mädchen haben jeweils 200 Gramm Sprengstoff bei sich. (I w maltschishke, i w dewtschonke jest po 200 gramm wsrywtschatki)*. Nowaja Gazeta. <https://novayagazeta.eu/articles/2023/06/23/i-v-malchishke-i-v-devchonke-est-po-200-gramm-vzryvchatki>

Das Leben russischer Wissenschaftler:innen als »Relokant:innen« in Deutschland

Nikolay Petrov (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

DOI: 10.31205/RA.445.03

Zusammenfassung

Der Beitrag liefert die Skizze zu einem kollektiven Portrait russischer Wissenschaftler:innen im Exil (»Relokant:innen«). Dabei wird ihre Situation analysiert und eine Reihe von Empfehlungen für Verbesserungen formuliert. Der Beitrag stützt sich auf die Ergebnisse einer Umfrage, die im Sommer 2023 unter russischen Wissenschaftler:innen durchgeführt wurde, die seit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine nach Deutschland und in andere Länder emigrierten. Die wichtigste Schlussfolgerung lautet, dass die philanthropischen Anstrengungen für die vom andauernden Krieg Betroffenen, die traditionell von westlichen Ländern unternommen werden, beträchtlich verlängert wurden. Es ist dringend notwendig, die Ansätze zu ändern und Strategien zu entwickeln, die auf eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen abzielen. Anstatt lediglich finanzielle Hilfe zu leisten, sollte man sich auf den Aufbau einer Infrastruktur konzentrieren, um das Potenzial der emigrierten Wissenschaftler:innen maximal auszuschöpfen.

Allgemeine Situation und Entwicklungsperspektiven

Seit Beginn des großangelegten russischen Krieges in der Ukraine haben Hunderttausende Russ:innen ihr Land verlassen. Das Portal »Re: Russia« schätzt nach einer Analyse der verfügbaren Daten aus den Aufnahmeländern die Zahl der Russ:innen, die das Land seit dem 24. Februar 2022 verlassen haben, auf zwischen 820.000 und 920.000.

Daten von Eurostat zufolge haben sich zwischen 100.000 und 105.000 in der Europäischen Union niedergelassen, was etwas mehr sind als die rund jährlich 70.000 in früheren Jahren. Es ist aber festzuhalten, dass wegen der abrupten Unterbrechung diverser Austauschprogramme in Bildung und Wissenschaft zu erwarten war, dass die standardmäßige Zahl von Russ:innen, die eine Niederlassungserlaubnis erhalten, 2022 drastisch zurückgehen würde. Daher schätzen Expert:innen den »kriegsbedingten« Zustrom von Migranten nicht auf 30–35.000, sondern eher auf über 50.000 (<https://re-russia.net/review/347/>).

Es gibt allerdings auch eine entgegengesetzte Migrationsbewegung von Russ:innen, die ihr Land nach Kriegsbeginn verlassen hatten und nun zurückkehrten. Expert:innen des »European University Institute« (EUI) schätzen die Zahl dieser Rückkehrer:innen unter den »kriegsbedingten« Emigrant:innen aufgrund einer Umfrage unter 5.000 Personen auf rund 15 Prozent. Das würde insgesamt 120.000 Personen entsprechen bzw. 7–8.000 aus der EU.

Die Dimensionen der Abwanderung von Wissenschaftler:innen aus Russland sind beträchtlich, sollten aber nicht übertrieben werden. Dieser Exodus erfolgte vorwiegend aus den beiden Hauptstädten Moskau und St. Petersburg, wo die führenden Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen des Landes ihren Sitz haben. Diese waren zudem intensiv in eine internationale Zusammenarbeit eingebunden, weswegen dort mehr Verbindungen zu ausländischen Kolleg:innen bestehen – und mehr Möglichkeiten fortzugehen.

Die Abwanderung von Wissenschaftler:innen aus Russland hatte zwei Höhepunkte, einen zu Beginn des Krieges im Februar 2022, und einen nach Verkündung der Mobilmachung im September 2022. Der Strom ist nicht vollständig versiegt. Da aber neue Push-Faktoren fehlen (wie eine erneute Mobilmachung oder eine Welle von Repressionen), wird die Abwanderung in nur geringem Maße weitergehen. Dann wird es sich vor allem um jene handeln, die nicht sofort gegangen waren und jetzt einen Platz an einer ausländischen Universität suchen, Visa beantragen wollen oder Familienangelegenheiten zu regeln haben.

Was diejenigen anbelangt, die bereits emigriert sind, so haben viele von ihnen kurzfristige Hilfsprogramme in Anspruch genommen. Nun befinden sie sich im ersten oder zweiten Jahr ihrer Anstellung. Selbst wenn diese Programme verlängert würden, so laufen sie gleichwohl aus. Dann steht der/die »Relokant:in« vor der Frage: Wie weiter? Dabei geht es nicht nur um finanzielle Unterstützung, sondern es betrifft auch den rechtlichen Status und die Möglichkeit, im derzeitigen Aufenthaltsland bleiben zu können. Gleichzeitig ist in vielen Fällen eine Rückkehr nach Russland keine Option, und zwar nicht nur wegen der großen Unwägbarkeiten im normalen Leben, sondern auch mit Blick auf die eigene Freiheit. Einige Personen haben bereits politisches Asyl beantragt und warten auf den Ausgang ihres Verfahrens. Sie befinden sich in Ungewissheit. Bei einer Ablehnung des Asylantrags gebe es immerhin die Möglichkeit, in ein Land mit Visafreiheit für Russ:innen zu ziehen, wie eine:r der Befragten meinte, dessen/deren Visumsverlängerung abgelehnt wurde, und der/die deshalb Asyl beantragen musste.

Methodologie

Der Autor hat gemeinsam mit Nikita Sokolow 48 Tiefeninterviews mit Angehörigen der Wissenschaftscommunity geführt, die Russland nach dem Februar 2022 verlassen haben. Es war nicht das Ziel, eine repräsentative Stichprobe zu befragen. Die ausgewählten Interviewpartner:innen bildeten eher eine erweiterte Fokusgruppe, die aus Personen bestand, die den Interviewern bekannt waren und von ihnen ausgesucht wurden. Der Vorteil dieses Ansatzes gegenüber einem Setup per Stichprobe besteht in der vertraulichen Atmosphäre der Interviews, und in der Möglichkeit, Respondent:innen zu erreichen, die sonst zögern würden, sich auf einen unbekanntem Interviewer einzulassen. Die Umfrage wurde mit Hilfe eines speziellen Fragebogens unternommen, als individuelle Interviews über Zoom. Die Interviews dauerten im Schnitt zwischen 30 und 50 Minuten.

»Relokant:innen« – Allgemeine Charakteristik und Typologie

Insgesamt wurden 48 Personen interviewt, 38 Männer und 10 Frauen. Die größte Gruppe stellten Personen, die in ihren Vierzigern waren, gefolgt von denen zwischen 30 und 40 und jenen, die 50 und älter waren. Der/die jüngste Respondent:in war 27, der/die älteste 73. Die Verteilung nach Aufnahmeländern sieht wie folgt aus: Deutschland: 25, USA: 6, Israel: 3, Armenien: 2, Lettland: 2, Litauen: 2, Österreich, das Vereinigte Königreich, Georgien, Dänemark, Kasachstan, Polen, die Tschechische Republik und Finnland: jeweils 1. Aufgrund ihrer wissenschaftlichen Spezialisierung lassen sich die Respondent:innen wie folgt differenzieren: Geschichtswissenschaft: 15, Politikwissenschaft: 9, Soziologie: 8, Wirtschaftswissenschaften: 4, Internationale Beziehungen: 4, Kommunikationswissenschaft: 2, Linguistik: 2, und andere: 4. 28 der Respondent:innen haben einen Dokortitel (erster akademischer Titel nach dem Universitätsabschluss), fünf wurden habilitiert (zweiter akademischer Titel) und eine Person ist Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften. Vier Personen sind Doktorand:innen und zehn haben keinen akademischen Titel. Auch wenn der Kreis der von uns Interviewten relativ klein ist, lassen sich bestimmte Typen von »Relokant:innen« unterscheiden, die sich vor allem aus dem Alter und der Phase der jeweiligen akademischen Karriere ergeben.

1. Junge Kosmopolit:innen (sechs Personen): Junge Personen am Beginn ihrer akademischen Karriere, unter anderem Doktorand:innen und frisch Promovierte. Sie haben Anstellungen als PhD-Student:innen inne oder sind in PhD-Projekte eingebunden, wobei sie oft Stipendien erhalten. Ihre Emigration birgt allgemein und aus verschiedenen Gründen weniger Herausforderungen: Sie sind für gewöhnlich nicht durch familiäre Verantwortungen oder Kinder beeinträchtigt. Für sie sind sprachliche Probleme kein Thema, weder im Alltag noch im wissenschaftlichen Umfeld. Sie sind in die globale wissenschaftliche Community eingebunden, leicht auszubilden und für Forschungsprojekte anpassungsfähig, die nicht notwendigerweise mit Russland zu tun haben.

2. Nachwuchs im Exil (zehn Personen): Zu einer weiteren Kategorie von Wissenschaftler:innen gehören jene, die nach der Verkündung der Mobilmachung im September 2022 und angesichts einer möglichen Grenzschließung eilig das Land verlassen haben. Sie hatten keine Zeit für eine eingehende Stellensuche oder Visaverfahren und zogen oft in »visafreie« Länder wie Armenien, Georgien, Kasachstan, Serbien oder Montenegro. Von dort aus suchten sie Orte für einen ständigen Wohnsitz. Sie springen von einem Stipendium zum nächsten, und sie wechseln dabei nicht nur oft die Stadt, sondern auch das Land, weil sie keine langfristige Anstellung finden können.

3. Renommierte Wissenschaftler:innen (15 Personen): Wissenschaftler:innen in der mittleren Phase ihrer Karriere mit einem gewissen akademischen Kapital und Verbindungen zu Kolleg:innen an westlichen Universitäten und Forschungszentren. Die Kolleg:innen haben eine helfende Hand ausgestreckt, aber in vielen Fällen war es dann lediglich möglich, ein halbes oder ein Jahr über die Runden zu kommen, ohne Aussicht auf eine Verlängerung. Für diese »Relokant:innen« wird die Situation dadurch verschärft, dass sie 1) nicht ganz von vorn anfangen und stattdessen das Kapital einsetzen wollen, das sie akkumuliert haben; das engt die Beschäftigungsmöglichkeiten für sie ein; 2) die meisten haben Familie und Kinder und müssen sich der Herausforderung stellen, diese unterzubringen.

4. Etablierte Wissenschaftler:innen im Exil (5 Personen). Eine eigene Kategorie bilden politisch aktive Wissenschaftler:innen, die sich in ihrer Heimat administrativem Druck gegenübersehen, was zum Verlust der Position und einer drohenden strafrechtlichen Verfolgung führte. Für sie ist die Auswanderung eher eine Flucht als ein Umzug in ein vorbereitetes Umfeld. Sie haben Verbindungen und Kolleg:innen, die bereit sind zu helfen. Jene jedoch, die in NGOs gearbeitet haben, was gewöhnlich für diese Gruppe der Fall war, können jetzt weder ihre Universitätslaufbahn wiederaufnehmen noch im vollen Maße bei westlichen NGOs mitarbeiten.

5. Teammitglieder (7 Personen). Eine andere Gruppe besteht aus Forscher:innen verschiedenen Alters, die oft in Thinktanks oder NGOs gearbeitet haben, die als unerwünscht eingestuft oder von der Regierung geschlossen wurden. Beispiele sind »Memorial«, wo viele ehrwürdige Mitglieder in oder kurz vor der Rente stehen, das »Sacharow-Zentrum«, das »Moscow Carnegie Center« und »Transparency International«. Aufgrund der massenhaften Emigration schaffen sie es, ihre Teams im Kern zusammenzuhalten oder sogar den institutionellen Rahmen zu bewahren. Hier ist

die »Moskauer Schule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften« (meist »Schaninka« genannt) ein prominentes Beispiel: Die ehemaligen Mitarbeiter:innen bauen derzeit in Montenegro ein College auf.

6. Im Westen befindliche Forschende (4 Personen). Einige Wissenschaftler:innen befanden sich zu Beginn des Krieges im Ausland, im Rahmen eines Praktikums oder eines kurz- oder mittelfristigen Vertrags. Sie mussten das Land nicht verlassen; sie kehrten einfach nicht zurück, was die Probleme im Zusammenhang mit der Ausreise und der anfänglichen Eingliederung milderte. Dadurch waren sie den »renommierten Professor:innen« einen Schritt voraus, als der ursprüngliche Vertrag auslief und sie dringend etwas Neues finden mussten.

Die größten Herausforderungen bei der Emigration

Die größte Herausforderung, vor der die meisten Emigrant:innen stehen, ist deren **rechtliche Status**, insbesondere das Visum oder die Aufenthaltsgenehmigung. Die Beantragung eines Visums ist meist mit großen Schwierigkeiten verbunden: die Wartezeiten sind lang, bei der Verlängerung des Visums, bei der Beantragung eines Folgevisums, nachdem der alte Aufenthaltstitel abgelaufen ist, oder bei der Aufenthaltsgenehmigung sind weitere Hürden zu überwinden. Für jene in Deutschland, die kurzfristige Stipendien erhalten, ist das besonders belastend, da der Wechsel von einem Stipendium zum anderen es teils erfordert, das Land zu verlassen, um ein neues Visum zu beantragen. Das alles trägt zur Ungewissheit bei hinsichtlich eines langfristigen Aufenthalts im Land.

Das Problem, das am häufigsten genannt wurde, betrifft die **Anmietung von Wohnraum**. Das umfasst die komplexe Frage, eine Unterkunft zu finden, die besonders in Berlin eine Herausforderung darstellt. Hinzu kommen Verhandlungen mit dem/der Vermieter:in, wobei auch eine Unsicherheit in Bezug auf Anmeldung, den russischen Pass, Bankkonto, Arbeitsvertrag und anderem besteht. Viele der Befragten haben das mit unkonventionellen Mitteln geschafft, etwa durch persönliche Beziehungen oder die Unterstützung deutscher Kolleg:innen.

Ein beträchtlicher Anteil der Befragten hatte Probleme, eine **Anstellung** zu finden, wobei fast ein Viertel von ihnen sich gegenwärtig als »unabhängige Forscher:innen« positionieren. Im Grunde bedeutet das: Sie haben keine dauerhafte Anstellung. Die Betroffenen sind dazu gezwungen, sich von einem einmaligen Projekt zum nächsten entlang zu hangeln. Diese Situation kann auf objektive Probleme zurückzuführen sein, etwa auf eine mangelnde Beherrschung der Sprache. Und es hängt oft auch mit deutschen Kolleg:innen zusammen, die in den Anfangsphasen beträchtliche Unterstützung geleistet hatten, und die die begrenzten Ressourcen ihrer Institutionen nun ausgeschöpft haben. Die zentralisierten Unterstützungsprogramme für diese Emigrant:innen sind unzureichend.

Es gibt nur ganz wenige Befragte, die *nicht* von Schwierigkeiten mit der **deutschen Bürokratie** berichten, die von vielen als fremd und ungewöhnlich wahrgenommen wird. Unterstützung durch Kolleg:innen, von deutschen wie von anderen Emigrant:innen, die früher angekommen waren, ist hier von unschätzbarem Wert. Deutsche NGOs, besonders jene, die politische Migrant:innen unterstützen, reichen hier helfend ihre Hand.

Die **Eröffnung eines Bankkontos** ist eine weitere Hürde, vor der fast jede:r steht. Es gibt Vorschriften – allgemeine und bei gewissen Banken spezifische –, die es extrem schwierig oder nahezu unmöglich machen, mit einem russischen Pass in einer deutschen Bank ein Konto zu eröffnen. Das ist zwar unangenehm, aber irgendwie verständlich. Schwerer nachvollziehbar ist, dass bestehende Einschränkungen umgangen und dann Bankkonten eröffnet werden können, wobei jedes Mal auf persönliche Beziehungen und Bekannte zurückgegriffen wird.

Durch den Umstand, dass die Zahlungssysteme **Kreditkarten** russischer Banken blockieren, fallen die Schwierigkeiten, bei einer deutschen Bank ein Konto zu eröffnen, noch mehr ins Gewicht. Dadurch fehlt es Personen, die dem russischen Regime entkommen sind oder gar unter ihm zu leiden hatten, praktisch an Mitteln, den eigenen Lebensunterhalt zu gewährleisten. Ihre Ersparnisse, sofern vorhanden, sind in Russland verblieben. Das bekommen die Emigrant:innen besonders schmerzlich zu spüren, wenn sie frisch angekommen sind (und sei es mit einem Vertrag) und dann beträchtliche Mittel benötigen, um verschiedene Dinge im Zusammenhang mit der Abwanderung zu regeln. Wenn sie etwa eine Wohnung anmieten, diese einrichten wollen oder einfach für den Lebensunterhalt bis zur ersten Gehaltszahlung.

Einige der Befragten zählten zu den Problemen bei der Eingewöhnung das Gefühl des »**Verlustes ihrer Mission**«, die ihrer Arbeit in Russland den Sinn verlieh. Neben den praktischen, alltäglichen Problemen, vor denen jede:r Migrant:in steht, sollte die veränderte Motivationslage nicht vergessen werden: Viele der Relokant:innen haben in Russland in ihrem Fachbereich gearbeitet, weil sie sich für die Zukunft des Landes einsetzen wollten. Jetzt aber müssen sie neben grundlegenden Notwendigkeiten wie Brot und Unterkunft ihrem Berufsleben auch einen neuen Sinn geben. Dieses Gefühl wird von drei Befragten im Alter von 44, 53 und 59 Jahren – alle aus der Kategorie »renommierte Wissenschaftler:innen« – mit nahezu identischen Worten ausgedrückt: »Wir haben die Möglichkeit verloren, strategisch und patriotisch über die Zukunft nachzudenken. Unsere Anstrengungen sind entwertet worden. Wir haben unsere Mission verloren.«

Die Situation der Relokant:innen und ihre Selbstwahrnehmung

Jede Migration, besonders wenn sie eilig erfolgt, bringt für gewöhnlich einen Statusrückgang mit sich. Unsere Respondent:innen sind da keine Ausnahme. Eine zusammenfassende Einschätzung ihres Status im Wissenschaftssystem auf einer Fünf-Punkte-Skala (mit 1 als geringstem Status, 5 als höchstem) wird in Tabelle 1 gezeigt. Insgesamt sind russische Wissenschaftler:innen in Bezug auf ihren Status um eine Stufe abgesunken.

Tabelle 1: Selbstwahrnehmung des akademischen Status von russischen Wissenschaftler:innen vor und nach der Migration (n=48)

Wahrgenommener Status	1 (niedrigster Status)	2	3	4	5 (höchster Status)	Außerhalb der Wissenschaft
In Russland vor der Migration (Anzahl)	1	12	29	2	0	4 (Rücktritt vor der Migration)
Nach der Migration (Anzahl)	7	23	10	0	0	8

Die Selbsteinschätzung der aktuellen Situation auf einer Skala von 1 (vollkommen unzufrieden) bis 5 (vollkommen zufrieden) stellt sich wie folgt dar:

- 1 – 6 Personen
- 2 – 11 Personen
- 3 – 12 Personen
- 4 – 6 Personen
- 5 – 11 Personen

Es kann angenommen werden, dass diese Selbsteinschätzung zu optimistisch ist, da die Menschen ihre jetzige Situation mit derjenigen vergleichen, wovon sie geflohen sind.

Als die Befragten ihre jetzige Situation anhand verschiedener Faktoren damit verglichen, wie sie vor der Abwanderung war, bezeichneten 13 Personen ihre Situation jetzt als besser, 23 als schlechter und 12 Personen als gleichwertig. Was den finanziellen Aspekt anbelangt, so berichteten 11 Personen von einer Besserung und fünf von einer Verschlechterung; für die meisten (31) gab es keine Veränderung. Das gleiche Muster ergibt sich bei der Einschätzung des sozialen Status: zehn Befragte gaben an, er habe sich verbessert, sieben sahen eine Verschlechterung, während 30 sagten, er sei unverändert geblieben. Die Verteilung stellt sich anders dar, wenn es um das berufliche Umfeld und die Möglichkeiten dort geht. Hier lauten die Werte 10, 19 und 18. Insbesondere mit Blick auf das moralische und psychologische Wohlergehen haben 35 Befragte eine Verbesserung angegeben, fünf eine Verschlechterung und sieben keine Veränderungen.

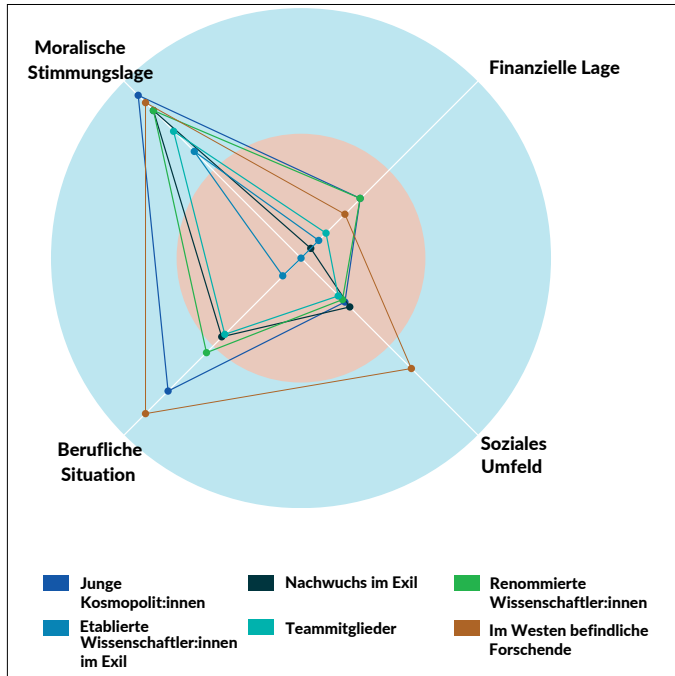
Gleichzeitig sei es so, wie eine:r der Befragten aus der Kategorie »Teammitglieder« es formulierte, dass die bürgerlichen und politischen Freiheiten den verringerten Lebensstandard mehr als kompensieren. Grafik 1 unten stellt die Selbsteinschätzung der Veränderungen nach Kategorien der Befragten dar.

»Im Westen befindliche Forschende« (4. Kategorie) und junge Kosmopolit:innen (1. Kategorie) erlebten die größten Zugewinne und die geringsten Verluste durch die Migration, wobei nur die im Westen befindlichen Forschenden eine positive Veränderung auch hinsichtlich des sozialen Umfelds erfuhren. Deren Selbsteinschätzung in Bezug auf den professionellen Status ist unter allen Kategorien die höchste. Und ihr moralisches und psychologisches Wohlergehen ist fast am größten. In finanzieller Hinsicht haben »renommierte Wissenschaftler:innen« (3. Kategorie) und junge Kosmopolit:innen (1. Kategorie) geringere Verluste als andere erlitten, während »Wissenschaftler:innen im Exil« (4. Kategorie) größere finanzielle Einbußen verzeichneten. Letztere berichten rekordverdächtig niedrige Werte in Bezug auf sämtliche anderen Aspekte der Situation nach der Migration im Vergleich zu der, die sie in Russland hatten.

Die größte Unterschied bei der Selbsteinschätzung ist bei der beruflichen Komponente zu beobachten, wobei diese bei den Kategorien »Im Westen befindliche Forschende« (6.), »junge Kosmopolit:innen« (1.) und »renommierte Wissenschaftler:innen« (3.) positiv ausfielen und bei den anderen negativ. Der geringste Unterschied ergab sich bei der Einschätzung des moralischen und psychologischen Wohlergehens, wo alle das Gefühl haben, dass es nach der Migration eine Verbesserung gab. Ähnliches gilt für die Einschätzung des sozialen Umfelds, wo bei fünf von sechs Emigrant:innen-Kategorien fast im gleichen Maße das Gefühl eines Verlustes vorherrschte. Nur bei »im Westen befindlichen Forschenden« wurde hier eine Verbesserung wahrgenommen.

Für Migrant:innen in Deutschland und in anderen Ländern fällt die Bewertung des finanziellen Status und des sozialen Umfelds geringer aus. Die Einschätzung des moralischen und psychologischen Wohlergehens sowie der beruflichen Möglichkeiten ist merklich positiver.

Grafik 1: Selbsteinschätzung der befragten Wissenschaftler:innen in Bezug auf Statusveränderungen, die sich nach der Migration ergaben



Anmerkung: Die Grafik zeigt die Selbsteinschätzungen durch die Befragten in Bezug auf die Statusveränderungen, die sich nach der Migration ergaben, und zwar entlang von vier Achsen: finanzielle Situation, soziale Beziehungen, professionelle Selbstverwirklichung und Zustand der Stimmungslage. Die Veränderungen wurden auf einer Skala von 1 (drastische Verschlechterung) bis 5 (drastische Verbesserung) festgehalten. Die Mitte des Kreises entspricht einer drastischen Verschlechterung, das Äußere des Kreises einer drastischen Verbesserung. Der rote Bereich bedeutet Verschlechterung, der blaue Verbesserung.

die zum Teil an Startups erinnern, zählt die Gründung eines College in Montenegro durch Personen, die früher zur »Schaninka« in Moskau gehörten. Darüber hinaus gibt es ein komplexes Projekt zur Zukunft Russlands, das auf eines der informellen Seminare an der Higher School of Economics (HSE) zurückgeht. »Einsame überleben nicht«, sagte eine:r der Befragten zur Frage der Zusammenarbeit mit emigrierten Kolleg:innen. Es bestehen verschiedene Formen der Selbstorganisation von Relokant:innen in Netzwerken. In unseren Interviews wurde »Scholars without borders« (<https://scholarswithoutborders.humboldt.edu/>) genannt: »Ich behalte sie im Auge, bin dort aber nicht aktiv. Sie bieten Schulungen, Treffen auf neutralem Boden und erteilen Mini-Stipendien.« Ein anderes Netzwerk ist »Academic Bridges« (<http://www.academicbridges.sbs/>, https://www.youtube.com/@academic_bridges): »[...] wir arbeiten seit 2023; es begann alles mit einer Konferenz, und dann mit einem Kernteam von sechs Personen unter einigen Dutzend Teilnehmer:innen (zwei in Deutschland, zwei in Armenien, drei in Russland); eine Person ist noch hinzugekommen, auch in Deutschland; wir haben bereits 6–7 Seminare abgehalten.«

Ausblick in die Zukunft und Rückkehrabsichten

Die meisten Befragten verwiesen bei der Frage nach einer Rückkehr darauf, dass dafür nicht nur ein Regimewechsel in Russland vonnöten sei, sondern auch eine Normalisierung der gesamten Situation im Land. Das sei aber in der näheren Zukunft nicht zu erwarten. Viele Befragte, besonders jüngere, meinten, sie wollten sich im Westen niederlassen und mindestens zehn Jahre bleiben, um sich zu integrieren, die Staatsbürgerschaft zu erlangen und für die Bildung ihrer Kinder sorgen.

Eine:r der Befragten unter 60 aus der Gruppe der »renommierten Wissenschaftler:innen« (3) sagte: »Zurückkehren? Wenn du damit rechnest, wirst du enttäuscht sein. Beim Pflügen soll man nicht zurückschauen. Du musst leben, als ob es keine Rückkehr gibt.«

Andererseits meinte ein:e 37-jährige:r aus der Kategorie »junge Kosmopolit:innen« (1): »Ich kann mir im Prinzip eine Rückkehr vorstellen, es ist aber unklar, wann. Ich investiere in die Integration, ich lerne die Sprache, statt Arti-

Bewahrung und Wiederaufbau der wissenschaftlichen Gemeinschaft

Migration unterbricht bestehende Verbindungen in einer Gemeinschaft von Wissenschaftler:innen und sorgt – im Prinzip – dafür, dass die Migrant:innen Einzug in eine andere Gemeinschaft halten. Die Integration dauert sehr viel länger als der Abschied von der alten. Die Verbindungen zu jenen, die geblieben sind, werden im Allgemeinen aufrechterhalten, allerdings in beträchtlich verringertem Umfang. Bei der Kommunikation mit Kolleg:innen, die in Russland geblieben sind, zeigen die Befragten mehr Zurückhaltung und Vorsicht; das Thema Krieg wird vermieden. Einerseits versuchen sie, den Kolleg:innen in Russland, die sich in engmaschig überwachten sozialen Netzwerken bewegen, nicht zu schaden. Andererseits ist der Krieg ein unangenehmes, gefährliches Thema, das in Russland in der öffentlichen Kommunikation unterdrückt wird. In einigen Fällen werden zuvor angestoßene Projekte, unter anderem in Arbeit befindliche Publikationen, fortgeführt. Die Verbindung zu russischen Institutionen wurde in mehreren Fällen beibehalten, unter anderem durch Online-Vorlesungen oder Führungsrollen in Forschungszentren.

Die Interaktion unter den Migrant:innen selbst ist intensiver. Sie umfasst nicht nur freundschaftliche Beziehungen, sondern auch eine Zusammenarbeit bei Projekten. Zu den Projekten, an denen mehrere Befragte beteiligt sind und

kel zu schreiben; ich suche nach Möglichkeiten, die Wissenschaft zu verlassen, wo alles überbevölkert ist. Es ist aber noch unklar, wohin ich gehen soll.«

Für Respondent:innen über 50, deren Karrieren nicht in erster Linie in der Wissenschaft erfolgen, ist die Situation anders. Sie haben ihre »Blase ohne viel Integration in das Leben vor Ort«. Ein:e 48-jährige Respondent:in aus der Gruppe der »Teammitglieder« (5) meinte: »Du musst dich auf eine lange Zeit einstellen, aber es gibt noch Hoffnung, und wir haben beschlossen, unsere Wohnung in Moskau nicht zu verkaufen. Ich arbeite vor allem mit Russ:innen zusammen; wenn ich mich in Deutschland mit der Sprache usw. integrieren wollte, müsste ich aus allen unseren Projekten aussteigen, und das will ich nicht.«

Die gegenwärtige Situation ist nur für knapp über ein Drittel der Befragten akzeptabel oder eher befriedigend, während ebenfalls ein Drittel eher unzufrieden oder gar nicht zufrieden ist.

Die Erfahrungen der 2000er Jahre, als der russische Staat sich dafür einsetzte, dass erfolgreiche russische Wissenschaftler:innen aus dem Ausland zurückkehren, und diejenigen die zurückkehrten, oft negative Reaktionen von Kolleg:innen erlebten, die in Russland schwierige Zeiten durchgemacht hatten, legen nahe, dass Rückkehrpläne heute trügerisch sind und womöglich gar nicht verwirklicht werden könnten.

Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen

Die Entwicklung von Russlands Überfall auf die Ukraine zu einem anhaltenden und unabsehbar langen Krieg erfordert eine Neubewertung der Strategie des Westens, sowohl gegenüber Russland insgesamt wie auch gegenüber Russ:innen, die ihr Land verlassen haben.

Die philanthropischen Bemühungen für die vom derzeitigen Krieg Betroffenen, die traditionell von Ländern des Westens übernommen wurde, sind beträchtlich verlängert worden. Es ist wichtig, neue Ansätze zu finden und Strategien zu entwickeln, die sich an einer gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit orientieren. Anstatt lediglich finanzielle Hilfe zu leisten, sollte der Fokus auf der Schaffung einer Infrastruktur liegen, mit der die Potenziale der ankommenden Wissenschaftler:innen maximal genutzt werden könnten. Eine mögliche Lösung wäre, die Netzwerke zu bewahren und deren strukturelle Größenvorteile zu nutzen, indem aus Russland migrierte Wissenschaftler:innen, besonders jene aus großen Forschungseinrichtungen wie der »Schaninka« oder dem »International Center for the Study of Institutions and Development« (ICSID) der HSE, gewissermaßen gebündelt werden. Es wäre überlegenswert, ob die deutsche Bundesregierung nicht einige Hundert Stipendien in den Bundesländern einrichten könnte, um bestehende Forschungszentren durch Russ:innen zu stärken, die nach Deutschland emigriert sind. Um die Belastung für den deutschen Haushalt auszugleichen, sollten russische Oligarchen in die Finanzierung dieser Zentren eingebunden werden, womöglich unter der Bedingung, dass persönliche Sanktionen gegen sie gelockert werden.

Der Aufbau eines Netzwerks solcher Forschungszentren würde helfen, das Problem der Russland-Expertise anzugehen, das zunehmend akut wird. Es sollte erkannt werden, dass der Kreis fähiger Expert:innen in Russland kleiner wird, also eine Ressource, die traditionell von westlichen Expert:innen angezapft wurde. Gleichzeitig scheint es keine große Nachfrage nach Expert:innen zu geben, die Russland verlassen haben. In Russland vollzieht sich ein rapider Wandel, und Entscheidungen westlicher Politiker:innen stützen sich auf Expert:innen-Analysen, die aus der Vorkriegszeit stammen und schnell veraltetes Wissen darstellen. Die Expert:innen wiederum geraten lediglich zu Kommentator:innen, wenn sie keine Forschung betreiben. Es ist sehr wichtig, verschiedene Forschungsprojekte zu initiieren, auch vernetzte, die Bereiche wie Wirtschaft, Soziales, die innenpolitische Entwicklung, die politischen Eliten, sozioökonomische und politische Prozesse in den Regionen, das Verhältnis zwischen den Regionen und dem Zentrum und die lokale Regierungsführung abdecken.

Die Situation der Abwanderung aus Russland hat sich in gewissem Sinne stabilisiert. Die meisten, die zur Auswanderung bereit waren, haben das inzwischen getan. Eine neue Emigrationswelle wird es nur geben, wenn es zu plötzlichen Veränderungen im Innern (Mobilmachung, Repressionen, keine Möglichkeiten mehr, sich beruflich über Wasser zu halten) und/oder externen Anstößen kommt. Zu den externen Veränderungen gehört der Beginn von transparenteren, langfristigen Programmen, die es Einzelpersonen ermöglichen, ohne beträchtliche Ersparnisse und ohne eine Grundlage (in Form einer etablierten Reputation und Beziehungen ins Ausland) ein neues Leben zu beginnen.

Bislang sind Push-Faktoren wirksam gewesen, und diejenigen, die es nicht mehr ertragen konnten und einen Ort hatten, wo sie hinkonnten, zogen dann auch fort. Jetzt bedarf es Pull-Faktoren, um starke, fähige und initiativreiche Personen anzuziehen – um die Qualität der Russlandexpertise zu erhöhen und das Putin-Regime zu schwächen, in dem ihm die Zukunft entzogen wird.

Ein besonderes Problem ist die Aufenthaltsverlängerung für jene, die zuvor im Rahmen von schnell aufgelegten Kurzzeitstipendien gekommen waren und in den paar Monaten keine langfristige Anstellung finden konnten. Das Problem wird durch den Umstand verschärft, dass Ausschreibungen für Förderprogramme einen recht langen Zyklus

haben. Und wenn ein:e Forscher:in diesen Zeitraum nicht mit einem Visum oder einer Aufenthaltsgenehmigung abdecken kann, muss er oder sie das Land verlassen und in einem Land mit Visafreiheit für Russ:innen auf den Bescheid warten. Zudem wird das Bankkonto mit Erlöschen des Aufenthaltstitels geschlossen. Es werden spezielle Langzeitprogramme für Russ:innen benötigt, um deren Integration in die deutsche Wissenschaftswelt zu befördern, wobei unter anderem eine direkte Konkurrenz zu Ukrainer:innen beseitigt werden muss – dass die Aufmerksamkeit für Ukrainer:innen Vorrang hat, ist nur verständlich und gerecht.

Es ist wichtig, in Zukunft das unweigerlich zunehmende Problem des rechtlichen Status der nach Deutschland zuwandernden Russ:innen anzugehen, wobei man von reaktiver Taktik zu einer proaktiven Strategie übergehen sollte. Viele sind wegen der zunehmenden politischen Repressionen in Russland nicht in der Lage, zurückzufahren und ihre Papiere – vor allem Pässe – zu erneuern, wenn sie auslaufen.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Klagen über die schwerfällige und strenge deutsche Bürokratie, die nur schwerlich effizienter zu machen ist, nicht immer begründet sind. Viele Migrant:innen finden Wege, dieses Problem zu umgehen, indem sie mit Hilfe von Bekannten einen früheren Termin bekommen und ein Bankkonto einrichten oder eine Wohnung mieten. Gleichwohl ist es notwendig, die geltenden Vorschriften und Regeln für russische Relokant:innen kritisch zu analysieren und mit Blick auf eine Lockerung zu überdenken.

Viele der Befragten haben die bedeutende Rolle unterstrichen, die diverse Freiwillige und zivilgesellschaftliche Organisationen spielten, um ihnen bei der Eingliederung und Integration in eine neue und ungewohnte Umgebung zu helfen. Daher könnte es effizienter sein, bereits bestehende zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich als effektiv erwiesen haben, staatlich zu unterstützen, statt das Eingreifen des Staates zu verstärken.

Die Wahrnehmung, wie lange die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen anhalten wird, hat sich verändert. Nun ist mit einem viel längeren Planungshorizont zu rechnen, deswegen müssen die ursprünglichen Programme verändert werden. Diese hatten jene unterstützen sollen, die migriert sind, um das Ende des Albtraums abzuwarten. Jetzt braucht es langfristige Initiativen, die auch für Deutschland von Nutzen sind.

Dieser Artikel stützt sich auf Ergebnisse des Projekts »Russia 2022/2023. Persecution in the academic sphere and forced emigration«, das von Mai bis Oktober 2023 vom Russland-Team bei »Science at Risk: Emergency Office« (Akademisches Netzwerk Osteuropa e.V., Berlin) durchgeführt wurde (https://web.archive.org/web/20240123210559/https://science-at-risk.org/wp-content/uploads/2024/01/SAR-Monitoring-Report_Russia-Dec-2023-1.pdf). Der Autor möchte sich persönlich und im Namen der Befragten bei Deutschland, seiner Regierung und seinen Bürger:innen für die Unterstützung bedanken, die wir in dieser für uns und das demokratische Russland schwierigen Zeit erfahren.

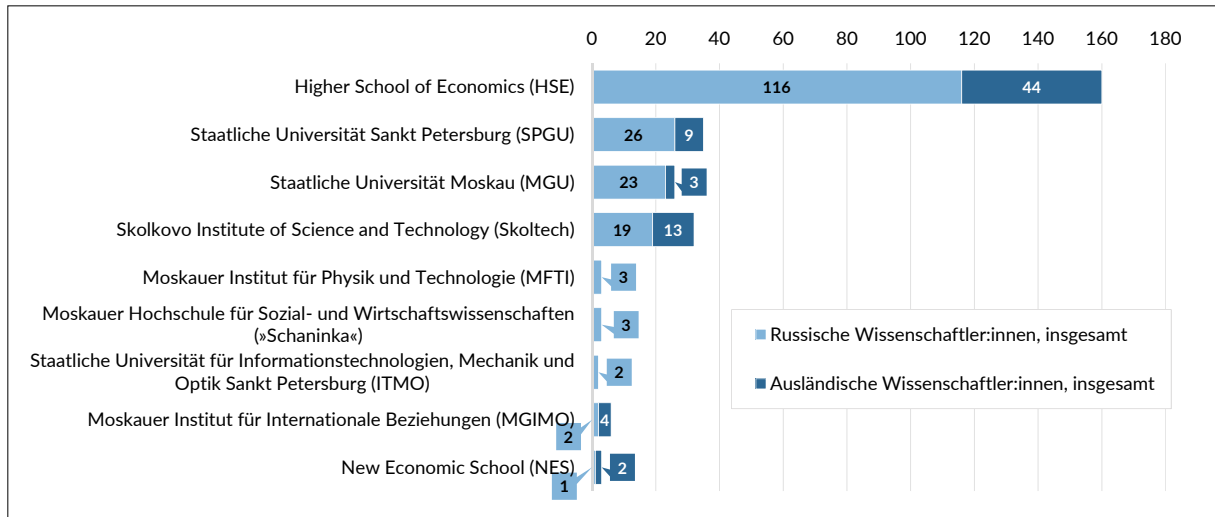
Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Nikolay Petrov ist Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und Consulting Fellow bei Chatham House in London. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Innenpolitik in Russland und deren Einfluss auf die Außenpolitik, das politische Regime sowie Eliten und Entscheidungsprozesse in Russland. Von 2013 bis 2021 war er Professor und Leiter des »Laboratory for Regional Development Assessment Methods« an der Higher School of Economics in Moskau.

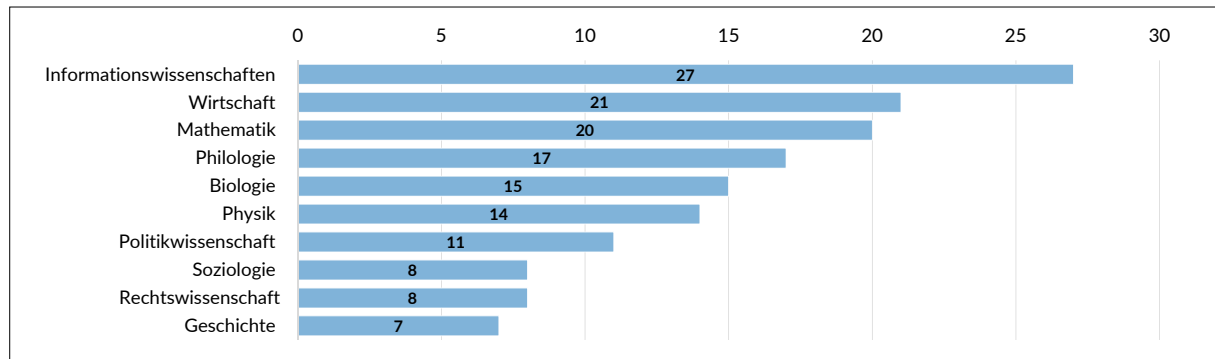
Russlands Brain Drain

Grafik 1: Nach Kriegsbeginn verließen 195 namentlich bekannte russische und 75 ausländische Wissenschaftler:innen das Land. Die Higher School of Economics verlor die meisten Wissenschaftler:innen



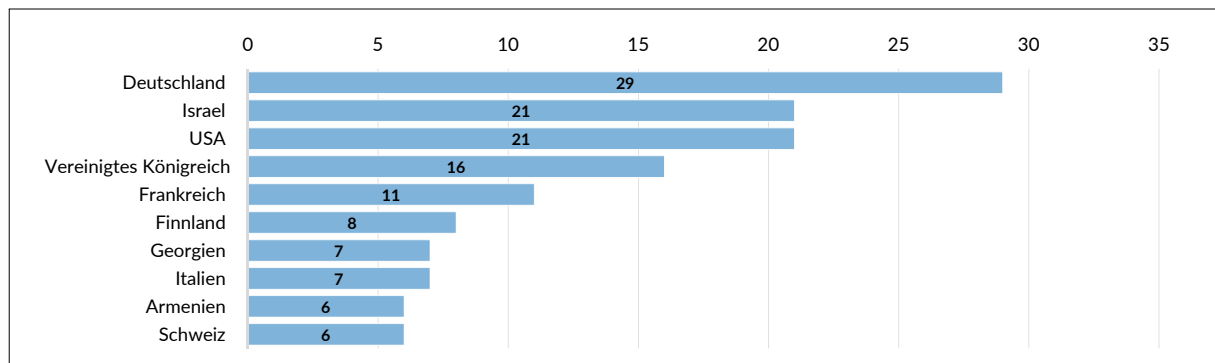
Quelle: Darija Talanowa (2023). Achtung, Brain Drain (Sledite sa uchodom mysli). Nowaja Gaseta Jewropa. <https://novayagazeta.eu/articles/2023/08/17/sledite-za-ukhodom-mysli>

Grafik 2: Welche wissenschaftliche Disziplinen verlieren die meisten Wissenschaftler:innen?



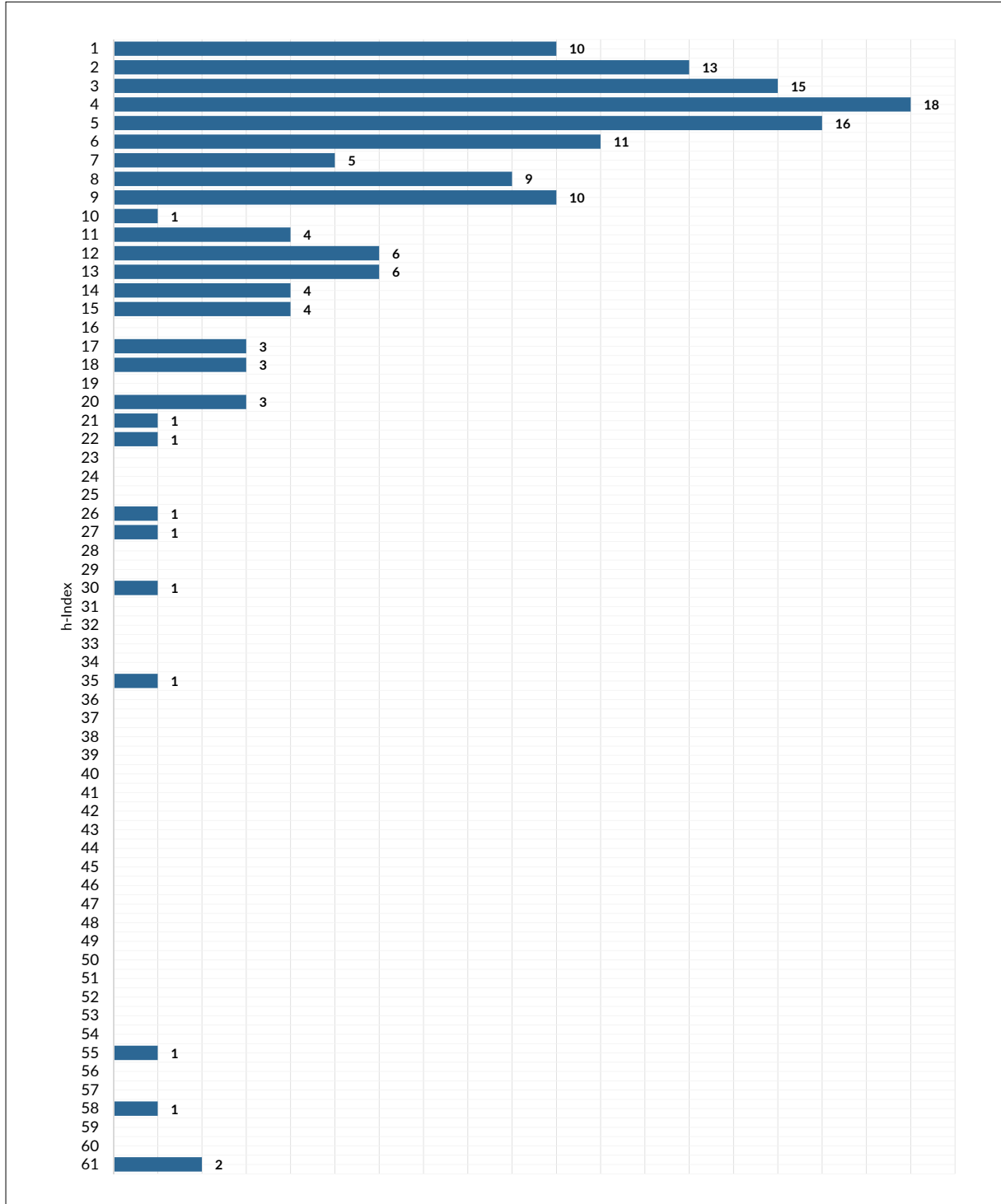
Quelle: Darija Talanowa (2023). Achtung, Brain Drain (Sledite sa uchodom mysli). Nowaja Gaseta Jewropa. <https://novayagazeta.eu/articles/2023/08/17/sledite-za-ukhodom-mysli>

Grafik 3: Wohin russische Wissenschaftler:innen auswanderten. Deutschland, die USA und Israel sind die beliebtesten Ziele für das wissenschaftliche Exil



Quelle: Darija Talanowa (2023). Achtung, Brain Drain (Sledite sa uchodom mysli). Nowaja Gaseta Jewropa. <https://novayagazeta.eu/articles/2023/08/17/sledite-za-ukhodom-mysli>

Grafik 4: Die meistzitiertesten Wissenschaftler:innen verlassen Russland
 45 Wissenschaftler:innen, die ins Exil gegangen sind, haben einen Zitationsindex (h-Index) von 10 oder höher



Quelle: Darija Talanowa (2023). Achtung, Brain Drain (Sledite sa uchodom mysli). Nowaja Gaseta Jewropa. <https://novayagazeta.eu/articles/2023/08/17/sledite-za-ukhodom-mysli>

»Wir wollen jedes Kind erreichen«

Einleitung von Dekoder

Wladimir Putin setzt auf die junge Generation. Seine Strategen haben bereits Mitte der 2000er Jahre die Jugendbewegung Naschi (dt. Die Unsrigen) ins Leben gerufen. Als deren Funktionäre älter wurden, wurden sie ersetzt durch Iduschtschije Wmeste (dt. Wir gehen gemeinsam). Es folgte Set, »Das Netz« für die Generation Social Media und natürlich die militaristisch-patriotische Junarmija, die unter der Aufsicht des Verteidigungsministeriums Wehrsport betreibt.

Das neueste Projekt heißt Bewegung der Ersten, was nicht von Ungefähr an die Pioniere erinnert. Das Portal Verstka hat recherchiert, mit welchen Versprechen Schülerinnen und Schüler zu den Aktionen der Ersten gelockt werden und was sich der Staat die Formung der jungen Generation im Geiste von Patriotismus und Putinismus kosten lässt.

Bald soll eine neue Jugendorganisation an allen Schulen in Russland ihre Tätigkeit aufnehmen. Was steckt hinter der Bewegung der Ersten, und wie ist sie aufgebaut?

Seit zwei Jahren existiert in Russland eine landesweite Organisation für Kinder und Jugendliche – die Bewegung der Ersten (Dwischenije perwych). Aktuell gibt es 30.000 Standorte im ganzen Land und in den besetzten Gebieten der Ukraine. Bis Anfang Herbst waren mehr als eine Million Menschen der Organisation beigetreten, und im laufenden Jahr ist geplant, zusätzlich sieben Millionen Schüler und Studenten als Mitglieder zu gewinnen. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, »jedes Kind zu erreichen«, deshalb sollen Ableger an allen Schulen, in den meisten Universitäten, Colleges, weiterführenden Bildungseinrichtungen und sogar in Unternehmen entstehen. Verstka hat recherchiert, wie die Bewegung Kindern die Staatsideologie einpflanzt und allmählich allgegenwärtig wird.

»Das sind Pioniere, oder?«

»Wir haben diese Organisation ins Leben gerufen, um Russland eine große Zukunft zu sichern. Um allen Generationen ein würdiges und glückliches Leben zu ermöglichen. Um die Welt zum Besseren zu verändern. Wir sehen uns als Pioniere unseres Vaterlandes.« Neun Schüler einer Schule in Lipezk tragen auf der Bühne der mit Luftballons in den Farben der Trikolore geschmückten Aula das »feierliche Gelöbnis« der Aktivisten der Bewegung der Ersten vor. »Unsere Mission ist es, für Russland zu sein, Menschen zu sein, zusammen zu sein, in Bewegung zu sein, die Ersten zu sein.«

Der offiziellen Legende nach geht die Gründung einer russischen Kinder- und Jugendbewegung (RDDM), der Bewegung der Ersten auf Diana Krassowskaja zurück – eine Schülerin aus Sewastopol, die 2014 von Luhansk auf die Krim gezogen ist. Wladimir Putin »unterstützte« die Idee. Im Juli 2022 unterschrieb der russische Präsident einen entsprechenden Erlass und übernahm per-

sönlich den Vorsitz im Aufsichtsrat der Bewegung. Laut dem Erlass können sich der Bewegung Mitglieder zwischen 6 und 18 Jahren anschließen sowie Erwachsene (einschließlich volljährige Studenten), die als Mentoren fungieren und Veranstaltungen organisieren können.

Der Name Bewegung der Ersten wurde auf der ersten Vollversammlung der Organisation im Dezember 2022 gewählt – allerdings erst im dritten Anlauf. Die anderen Vorschläge waren: Pioniere, Gagarin-Bewegung, Neue Generation und Großer Wandel. Nachdem die Wahl gefallen war, soll Putin gefragt haben: »Die Ersten – was soll das heißen? Das sind Pioniere, oder?« Woraufhin die Vize-Premierministerin Tatjana Golikowa sagte: »Ja. Früher hießen die so.« Und obwohl der Präsident vorschlug, den Namen noch einmal zu »überdenken«, blieb es dabei.

Vorstandsvorsitzender der russischen Kinder- und Jugendbewegung (RDDM) wurde Grigori Gurow, der seit 2017 in der föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten gearbeitet hatte und seit 2021 stellvertretender Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung war.

Der neuen Bewegung wurden die Russische Schülerbewegung (Rossijskoje dwischenije Schkolnikow RDSch) und andere große Kinderverbände angegliedert. Dazu gehören die Junarmija (dt. Junge Armee), der Wettbewerb Großer Wandel, die Nowosibirsker Union der Pioniere und die Pioniere von Baschkortostan, die alle zu Mitbegründern der RDDM wurden.

Die Bewegung der Ersten entstand also nicht aus dem Nichts. Die Russische Schülerbewegung gab es in Russland bereits seit 2015. Sie wurde auf eine Initiative von Wladimir Putin hin gegründet und widmete sich der »Erziehung und Lebensgestaltung« von Schülern auf Basis des »Wertesystems der russischen Gesellschaft«. Finanziert wurde die Bewegung von der Föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten Rosmolodjosh. Mit der Gründung der Bewegung der Ersten wurde das alte Format aufgelöst.

Die militaristisch-patriotische Bewegung Junarmija untersteht formell nun auch der neuen Organisation. Um in die Bewegung der Ersten einzutreten, müssen sich die Mitglieder jedoch gesondert registrieren. In vielen Regionen sind die Standorte der Junarmija weiterhin autonom, auch wenn sie anlässlich militaristisch-patriotischer Veranstaltungen mit der neuen Bewegung zusammenarbeiten.

Lisa ist 15. Seit der zweiten Klasse ist sie Mitglied einer Jugendbewegung im Gebiet Krasnojarsk. Sie führt biologische Untersuchungen durch und tritt bei Konferenzen auf. 2022 erzählte ihr der wissenschaftliche Leiter von dem Forum Ökosystem, das auf der Halbinsel Kamtschatka stattfand. Dort konnten Mitglieder der Bewegung der Ersten teilnehmen, die das Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen hatten. Die Schülerin bewarb sich und wurde eingeladen. Im Auswahlgespräch gab sie an, dass sie sich seit ihrer Kindheit für Biologie und Ökologie interessiert.

Bei der Eröffnung wurde eine Ansprache von Wladimir Putin übertragen, als Redner waren der [Erste stellvertretende – dek] Leiter der Präsidialverwaltung Sergej Kirijenko und andere Staatsbeamte eingeladen. Die Vorträge handelten jedoch nicht nur von Ökologie. »Die Redner kamen, um mit uns über die Welt zu sprechen, über das, was jetzt im Land passiert. Sie drückten ihre Unterstützung für unsere Bewegung aus und motivierten uns, weiterzumachen«, erinnert sich Lisa im Gespräch mit Verstka. »Sie sagten, dass jetzt nicht die günstigste Zeit für das Land sei, und dass man auf der Hut sein müsse und aufpassen, was man sagt: Man weiß ja nie, wer vor einem steht. Sie sagten auch, dass im Internet alle möglichen Leute unterwegs wären und man nicht auf jeden hören sollte, weil viele Falschinformationen verbreitet würden.«

Inhaltlich umfasst die Bewegung der Ersten insgesamt zwölf Bereiche: Bildung und Wissen; Wissenschaft und Technik; Arbeit, Beruf und Wirtschaft; gesunde Lebensführung; Kultur und Kunst; Freiwilligenarbeit und ehrenamtliches Engagement; Sport; Medien und Kommunikation; Diplomatie und internationale Beziehungen; Tourismus und Reisen; Ökologie und Umweltschutz; Patriotismus und historisches Gedächtnis. Zu jedem Bereich initiieren die Aktivisten landesweite, regionale und schulische Projekte, Festivals, Konzerte, Wettbewerbe und Contests – im Programm der Bewegung füllen die möglichen Formate zwei ganze Seiten.

Auch wenn nicht alle Bereiche in direktem Zusammenhang mit Patriotismus und Wehrerziehung stehen, definiert das Programm der Bewegung als Ziele ihrer Bildungsarbeit »Formulierung und Verteidigung der Interessen des Vaterlandes, Selbstverwirklichung und zivile Bildung von Kindern und Jugendlichen im Kontext der russischen Identität«. So lief beispielsweise den

ganzen Sommer über die Kampagne Ein Buch für einen Freund: Schüler sammelten ihre Lieblingskinderbücher und schickten sie zu Beginn des Schuljahres an Schulen in den [okkupierten] Regionen Cherson und Saporischja und in die sogenannten Volksrepubliken DNR und LNR.

»Das Ziel der Bewegung der Ersten ist Patriotismus«, erklärt ein Gesprächspartner von Verstka freierhand, der als Erziehungsberater für 17 Schulen im Föderationskreis Nordwest verantwortlich ist. »Indem man die Wissenschaft voranbringt, verbessert man den Status seines Landes. Alles ist miteinander verknüpft. Es gibt keine Erziehung ohne Bildung und keine Bildung ohne Erziehung.«

Die Bewegung der Ersten verfolgt jedoch auch offen militaristische Projekte. Zum Beispiel die militärischen Ausbildungscamps Der Verteidiger als Mentor, in denen junge Teilnehmer der Militärischen Spezialoperation Kinder unterrichten. Oder Sarniza 2.0 – eine moderne Version des seit Sowjetzeiten bekannten militaristisch-patriotischen Rollenspiels. Nach Angabe von Grigori Gurow lernen die Teilnehmer, wie man Drohnen steuert, mit Funkgeräten umgeht und Fakes entlarvt.

Die am weitesten verbreitete und einfachste Form der Arbeit der Bewegung der Ersten sind jedoch Aktionen, die anlässlich staatlicher Feiertage durchgeführt werden. Am Tag des Vaterlandsverteidigers wurden Schulkinder beispielsweise aufgefordert, Briefe an russische Armeeingehörige zu schreiben, und am Tag der russischen Flagge sollten sie die Trikolore zeichnen. Bei einer anderen Aktion mit dem Namen Wir sind Bürger Russlands erhalten Jugendliche, die ihr 14. Lebensjahr vollendet haben, ihre Pässe an einem besonderen Datum (zum Beispiel am Tag Russlands am 12. Juni oder zum Tag des Wissens am 1. September) und in einer feierlichen Atmosphäre: mit gehisster Flagge und zur russischen Hymne.

Daniil Ken, der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft Aljans utschitelei, ist der Meinung, dass auch der Scheinbar neutraler Aktionen und Projekte letztlich auf Ideologearbeit mit den Schülern hinausläuft. »Manche durchschauen das vielleicht nicht«, sagt er zu Verstka, »manche lassen sich vielleicht davon täuschen, dass ziemlich viele der Aktivitäten quasi unpolitisch sind. Sie spielen ja auch Volleyball, gehen ins Museum, pflanzen Bäume. Aber wie funktioniert das: Zuerst gibt es ein Event zu einem ganz neutralen Thema, und dann streuen sie eine Videobotschaft von Putin mit Glückwünschen zum Jubiläum ein. Alles, was mit dem Staat oder der Geschichte zu tun hat, zielt auf Loyalität.«

Die Illusion eines sozialen Aufstiegs

Wassilissa aus der Oblast Orenburg geht in die zehnte Klasse. Bei der Bewegung der Ersten ist sie seit einem

halben Jahr. Es sei ihr sehr wichtig gewesen, Mitglieder aus anderen Regionen kennenzulernen, erzählt sie Verstka. Wassilissa hat im Wettbewerb Universitärer Nachwuchs (Universitetskije smeny) gewonnen und bekam eine Reise nach Moskau bezahlt, wo sie nicht nur andere Schüler und Schülerinnen, sondern auch Prominente traf.

Wassilissa möchte Journalistin werden und bat die Organisatoren des Projekts, am Moskauer Kulturinstitut Marketing-Team für Social Media mithelfen zu dürfen. »Ich habe bei den meisten der Veranstaltungen die Beleuchtung gemacht«, erzählt sie stolz. »Jetzt bin ich im Block für Öffentlichkeitsarbeit und würde gern in den sozialen Medien mithelfen, wenn ich darf. Ich habe große Pläne, möchte mehr über die Entstehung der Bewegung erfahren und meine Kenntnisse vertiefen.«

Um der Bewegung der Ersten beizutreten genügt es, sich auf deren Website zu registrieren, als Teilnehmer oder als Mentor (diese Option steht Erwachsenen offen – Pädagogen, Eltern, volljährigen Studierenden), dort einen Fragebogen auszufüllen und einen Aufnahmeantrag hochzuladen. Laut Tatjana Kossatschjowa, der Vorsitzenden der Zweigstelle Rjasan, wird in der Regel jedes Kind aufgenommen.

Ihr zufolge liegt die Motivation der Kinder darin, Neues zu lernen, sich weiterzubilden, kostenlos in andere Regionen zu reisen und dort die allrussischen Kinderzentren zu besuchen. Wer an Freiwilligenprojekten teilnimmt, bekommt ein Freiwilligenbuch, anhand dessen ihm an manchen Hochschulen Zusatzpunkte angerechnet werden (gleichwertig mit einem goldenen GTO-Abzeichen und einer guten Note für die Abschlussarbeit). Außerdem können die Sieger des Wettbewerbs Großer Wandel (Bolschaja peremena) auf Staatskosten an russischen Hochschulen studieren und bei der Aufnahmeprüfung Zusatzpunkte erhalten. Umgekehrt können Studierende, die Mitglieder der Bewegung sind, zusätzliche Bildungsangebote nutzen und dafür Bildungsnachweise nach staatlichem Muster erhalten.

Daniil Ken, der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft Aljans utschitelei merkt an, dass die Bewegung der Ersten »die Illusion eines sozialen Aufstiegs für die Jugend« erzeuge. Wer sich ausprobieren möchte, bekomme hier die Gelegenheit. Die Kinder könnten an Medienprojekten teilnehmen, dem Schulkomitee beitreten und den Leiter der Bezirksverwaltung treffen. Eine Funktion in der Bewegung bekämen aber nur einige Wenige anvertraut, sagt der Experte.

»Welche Perspektiven haben Oberschüler in einer Kleinstadt? Sie wissen, wie niedrig die Gehälter sind, sie kennen den Zustand der Betriebe. Ihre Aussichten sind nicht allzu rosig. Und da kommt der Staat auf sie zu und sagt: ›Alles gut, das wird schon. Ihr werdet Karriere machen, Anerkennung bekommen und Status. Mit

uns gemeinsam wachsen. Wir sind stark, stell dich unter unsere Fahne, dann wird alles gut.« Auf diese Weise versuchen sie, mögliche Proteststimmungen bei Oberschülern oder Studierenden einzudämmen«, sagt Ken.

Wie viel lässt sich der Staat die Bewegung der Ersten kosten?

Die Bewegung hat eine föderale, eine regionale, eine lokale und eine Ebene in den Schulen und Hochschulen. Auf föderaler und regionaler Ebene gibt es Koordinationsräte. Auf föderaler Ebene hat Kirijenko den Vorsitz, auf regionaler jeweils das Oberhaupt der Region. Des Weiteren sitzen Vertreter regionaler Behörden aus den Bereichen Kultur, Sport, Wirtschaft, Medien, Bildung und Jugendpolitik in den Koordinationsräten.

Die allrussischen Projekte der Bewegung der Ersten sowie die Gehälter der Mitarbeiter des zentralen Apparats werden aus dem staatlichen Budget sowie mit Zuschüssen aus unterschiedlichen Haushaltsebenen finanziert. Grigori Gurow zufolge kostet die Bewegung vier Milliarden Rubel jährlich [etwa 41 Millionen Euro – dek]. Zudem werden den regionalen Zweigstellen im Wettbewerbsverfahren Subventionen zugesprochen, laut Gurow in Höhe von rund zehn Milliarden Rubel jährlich [mehr als 100 Millionen Euro – dek]. 6000 Menschen sind insgesamt in der Organisation beschäftigt, sagt er.

Schüler werben Schüler

Darja aus Omsk ist 15 Jahre alt. Vor drei Jahren ist sie der Bewegung der Schüler Russlands beigetreten und hat bereits am ersten Kongress der Bewegung der Ersten 2022 teilgenommen. Danach überzeugte sie sechs weitere Kinder aus ihrer Schule, Aktivistin der Bewegung zu werden. Sie baten ihre Schulleitung, an ihrer Schule eine Primärzelle zu registrieren, gründeten einen Sowjet perwych (dt. Rat der Ersten) und treffen sich seitdem alle paar Monate, um zukünftige Projekte zu planen. Derzeit entsteht an Darjas Schule zum Beispiel ein Naturfreunde-Verband.

In vielen Regionen wurden an den meisten Schulen und Colleges Vertretungen eröffnet. Jeder Pädagoge kann eine solche Zelle leiten. Meistens übernehmen diese Rolle jedoch die pädagogischen Berater, erfährt Verstka von einem Kurator des Föderationskreises Nordwestrussland. Das ist ein neues schulisches Amt, das 2023 russlandweit in allen Bildungsstätten eingerichtet wurde. Pädagogischer Berater kann werden, wer an der Ausschreibung Navigator der Kindheit (Nawigator detstwa) teilnimmt, von denen es bereits drei gab, und die jedes Jahr im Frühling neu ausgeschrieben wird. In der Stellenbeschreibung steht, dass man in dieser Funktion für das Zusammenspiel zwischen Schulen und gesellschaftlichen Organisationen zuständig ist.

Nicht nur an Schulen, auch an Hochschulen plant die Bewegung über hundert neue Zellen. Primärzellen entstehen an Colleges, technischen Lehranstalten und Weiterbildungsinstituten: an Sportschulen, in Kulturpalästen, Jugendzentren – und sogar in Unternehmen. Mitarbeiter all dieser Organisationen, aber auch Eltern von Studierenden melden sich als Mentoren. So führen etwa Kadetten der Militärakademien militärisch-patriotische Projekte an und Studierende der Medizin leiten ein Erste-Hilfe-Projekt. »Die Primärzellen bewegen sich über den Rahmen der Schulen hinaus, um jedes Kind zu erreichen«, sagt Tatjana Kossatschjowa, Vorsitzende der Zweigstelle Rjasan.

Grigori Gurow betonte mehrmals, dass die Teilnahme an der Bewegung der Ersten nicht erzwungen werden darf. Gemäß Artikel 34 des föderalen Bildungsgesetzes muss die Teilnahme an jeglichen gesellschaftlichen Vereinigungen im Rahmen der Tätigkeit von Bildungseinrichtungen freiwillig erfolgen. Formal ent-

spricht die Tätigkeit der Bewegung an Schulen einem außerschulischen Angebot und ist nicht Teil des Lehrplans.

Daniil Ken berichtet Verstka allerdings, dass bei der Lehrgewerkschaft bereits Beschwerden von Eltern eingetroffen seien, deren Kinder zu Veranstaltungen der Bewegung mitgenommen wurden, obwohl sie keine Mitglieder sind. »Manchmal macht die ganze Klasse oder Schulstufe irgendeine Aktivität, die unter der Schirmherrschaft der Bewegung und mit ihrer Symbolik stattfindet«, erzählt Ken. »Die Ressource Kind ist super-verfügbar. Man braucht nur ins Sekretariat zu gehen und zu sagen: ›Morgen legen alle neunten Klassen am Grab des unbekanntenen Soldaten Blumen nieder oder kommen zum Schaman-Konzert in die Aula – dann stehen alle bereit.«

Übersetzung: Jennie Seitz und Ruth Altenhofer

Über die Autorin

Jekaterina Krassotkina ist Journalistin beim russischen Onlinemedium Wjorstka (dt. Layout), welches im April 2022 als Reaktion auf den großflächigen russischen Angriff gegen die Ukraine gegründet wurde.

Die Originalfassung des vorliegenden Beitrags von dekode.org ist online verfügbar unter <https://www.dekode.org/de/article/staatliche-jugendorganisation-bewegung-der-ersten>

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode.org für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

CHRONIK

26. Dezember 2023 – 14. Januar 2024

26.12.2023	Alexej Nawalnyj meldet sich aus seiner neuen Haftanstalt »Strafkolonie Nr. 3« bei Charp in der Polarregion, wohin er aus der Region Wladimir verlegt wurde. Das ist der erste Kontakt nach 20 Tagen. Zuvor hatte er u. a. auf Plakatwänden in Moskau und über Soziale Medien eine gegen den Präsidenten Wladimir Putin gerichtete Wahlstrategie für die Präsidentschaftswahlen 2024 veröffentlicht.
30.12.2023	Das Oberste Gericht der Republik Adygeja verurteilt den 18-jährigen Schüler Kewin Lik zu vier Jahren Haft in einer Strafkolonie wegen Staatsverrat. Er soll in der Stadt Majkop militärische Einrichtungen fotografiert haben und die Bilder an Staatsvertreter im Ausland per E-Mail verschickt haben. Informationen zu besagten Einrichtungen sind teils im Internet frei verfügbar. In 2023 gab es einen Höchststand von neuen Anklagen wegen Staatsverrats (63 Fälle). Aktuell sitzen 70 Menschen mit einer solchen Anklage in Haft.
30.12.2023	Nach Tagen gegenseitiger Angriffe sterben nach russischen Angaben 22 Menschen nach ukrainischen Luftangriffen auf die Stadt Belgorod. Über 100 Menschen werden verletzt. Am selben Tag räumt das Verteidigungsministerium ein, dass der Niedergang von Raketen und Raketenteilen auf die Stadt auch durch die eigene Luftabwehr verursacht wurde. Dies sei unumgänglich gewesen, um größere Schäden zu verhindern. Tage später werden 300 Einwohner:innen aus der Stadt evakuiert. Der Dezember war gekennzeichnet durch heftige Luftangriffe der russischen Seite auf die Ukraine, bei dem es zu zahlreichen toten und verletzten Zivilisten kam. Die Ukraine griff ihrerseits die Krim und ein Kriegsschiff im Hafen von Feodossija an.
31.12.2023	In mehr als 20 Regionen wird das Silvesterfeuerwerk aus Sicherheitsgründen und wegen Unangemessenheit zu Kriegszeiten abgesagt. Darunter fallen Grenzregionen wie Brjansk, Belgorod, Kursk, Woronesh sowie die Oblast Rostow, viele Regionen des europäischen Teils Russlands, die Stadt Moskau, die annektierte Krim und Sewastopol sowie Städte am Ural.
02.01.2024	Wie die Nachrichtenwebseite Mediazona berichtet, waren die Hälfte der vom Präsidenten Wladimir Putin 2023 unterzeichneten Dekrete geheim. Nach Berechnungen des Mediums ist es eine Steigerung zum Jahr 2022 (45 %) und vergleichbar mit dem Jahr 2001 (47 %) zu Zeiten des zweiten Tschetschenienkriegs.
03.01.2024	Russland und die Ukraine tauschen 478 Kriegsgefangene unter Vermittlung der Vereinigten Arabischen Emirate aus. Das russische Verteidigungsministerium spricht von 248 Gefangenen, die nach Russland zurückgekehrt sind. In die Ukraine kehren 224 Soldat:innen und 6 Zivilisten zurück. Das ist der umfangreichste Gefangenenaustausch seit Kriegsbeginn.
08.01.2024	Ein Militärflugzeug lässt in einem Notabwurf eine FAB-250-Bombe über eine Kleinstadt in Luhansk fallen. Dies bestätigt das Oberhaupt der selbsternannten Republik, Leonid Pasetschnik. Dies ist der zweite Vorfall dieser Art innerhalb einer Woche. Niemand wird verletzt.
12.01.2024	Nach Berechnungen des Demographen Alexej Rakscha sind in Russland 2023 zwischen 1.261.000 und 1.263.000 Mio. Kinder zur Welt gekommen. Das ist der niedrigste Stand seit 200 Jahren; die Berechnung bezieht sich auf das Staatsgebiet Russlands vor 2014 ohne annektierte Gebiete.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Anastasia Stoll

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Maximilian Hartl
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

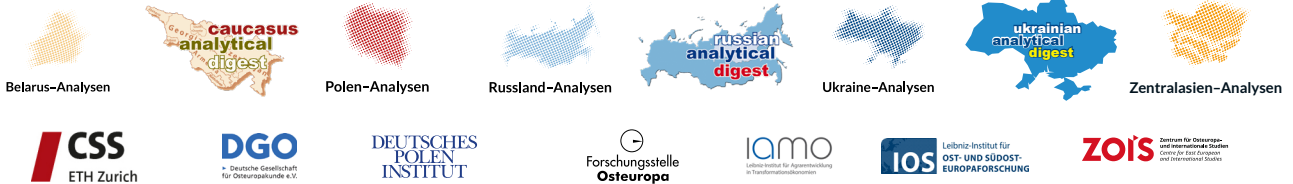
ISSN 1613-3390 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>